

SCHÖN WAR DIE ZEIT ...?

Aufklären statt verklären: Alltag und Unrecht in der DDR



Wolf Biermann



Stefan Wolle und Sibyll Klotz



Katrin Göring-Eckardt



Marianne BIRTHLER und Alice Ströver



Publikum



Elmar Faber und Ines Geipel

SCHÖN WAR DIE ZEIT ...?

**Aufklären statt verklären:
Alltag und Unrecht in der DDR**

**Eine Veranstaltungsreihe der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Abgeordnetenhaus von Berlin**

VIELEN DANK!

Die Veranstaltungsreihe wäre nicht denkbar gewesen ohne die praktische Unterstützung von Menschen, die immer wieder Ideen und Personalvorschläge in die Diskussion geworfen haben. Allen voran danken wir Anette Detering, auch für die Bereitstellung der Materialien der früheren Veranstaltungen

der Abgeordnetenhaus-Fraktion, außerdem Jochen Staadt, Christian Booß, Joachim Goertz und Christian Puls sowie Almuth Tharan, Stefan Wolle und Uwe Dähn. Für die Transkription der Reden und administrative Hilfe gilt der Dank Christiane Schubert und Jochen Aulbach.

Inhalt

Vorwort Alice Ströver	4
Vorwort Dr. Jochen Staadt	5
Kapitel 1 // Auftaktveranstaltung: Unsere DDR – Eure DDR Unterdrückungsstaat oder bedeutendes sozialistisches Experiment?	6
Kapitel 2 // Ich leiste was – ich leiste mir was! Wie sozial und familienfreundlich war die DDR?	11
Kapitel 3 // Mythos Chancengleichheit Vom Fahnenappell bis Staatsbürgerkunde – Schulischer Alltag in der DDR	19
Kapitel 4 // Zwischen Völkerfreundschaft und Fremdenfeindlichkeit Ausländerinnen und Ausländer in der DDR	24
Kapitel 5 // Wir waren die stärkste der Parteien Von der SED zur Linkspartei	31
Kapitel 6 // Null Bock auf DDR: Hippies, Punks, Skins Jugendszene und Systemreaktion	37
Kapitel 7 // Operation West-Berlin Der Einfluss der Staatssicherheit auf die Politik der westberliner Parteien und die Folgen für deren programmatische Ausrichtung	45
Kapitel 8 // Leseland DDR Literatur als Kampfmittel des Sozialismus?	51
Kapitel 9 // Smogalarm Umweltpolitik in Groß-Berlin	57
Kapitel 10 // Aufklären statt verklären 20 Jahre nach der friedlichen Revolution	63
Brief von Wolf Biermann	69
Schlusswort	74
Literaturverzeichnis	76
ModeratorInnen der Veranstaltungen	77
Impressum	78



Vorwort

Es war eine Veranstaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Doping im Sportfördersystem der DDR, die uns auf die Idee gebracht hat, weitere Themen zum Leben in der DDR im politischen Raum zu besprechen. Muss nicht noch viel mehr über den Alltag, über das konkret Erlebte geredet werden, um zu verstehen, was heute ist und welche politischen Schlussfolgerungen aus der Aufklärung über das Leben in der DDR für heute zu ziehen sind?

In den 90er Jahren gab es eine starke Fokussierung auf die Aufarbeitung der Rolle der Staatssicherheit und ihrer Strukturen, individuelles Aktenstudium und »Täter-suche«. Was aber war vom organisierten Alltag in der DDR-Gesellschaft zu halten und was davon ist es wert bis heute weitergetragen zu werden? Mit dieser Veranstaltungsreihe wollten wir in kontroversen Debatten die tatsächlichen Lebensbedingungen im Alltag der DDR und die Persönlichkeitsentwicklung von Menschen, die in dieser Diktatur gelebt haben, in den Blick nehmen. Im Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin fanden wir einen kompetenten Partner zur Bearbeitung der einzelnen Themen.

Unser erklärtes Ziel war es, einer zunehmenden Beschönigung der politischen Verhältnisse in der ehemaligen DDR entgegenzutreten und die Rolle der Einheitspartei SED und ihrem Einfluss in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein größere Aufmerksamkeit zu schenken. Wichtig war uns vor allem, konkrete Strukturen der DDR-Gesellschaft zu untersuchen.

Es sollte um Fragen gehen wie: Welche Deformationen bringt ein System hervor, dessen Menschen der Allmacht

eines Partei- und Staatsapparates ausgeliefert waren? Und wie konnte es möglich sein, dass sich eine ganze Gesellschaft so lange die politischen Entscheidungen weitgehend widerstandslos aufzwingen ließ?

Für den größten Teil der Bevölkerung in der DDR existierte eine Nischengesellschaft, die heute zum Teil mit verklärten nostalgischen Augen betrachtet wird. Deswegen sollte eine Veranstaltungsform gefunden werden, die Menschen zum Sprechen bringt, die sich als Zeitzeugen oder direkt Betroffene bisher eher selten zu Wort gemeldet haben. Ergänzt wurden diese Aussagen durch bisher vorliegende wissenschaftliche und politische Auswertungen zum jeweiligen Thema.

Wir wollten aber auch einen Bezug zu heutigen politischen Erfordernissen herstellen mit dem Ziel, zu konkreten Wünschen für die Berliner Landespolitik zu kommen, die dann auch zu Veränderungen, zum Beispiel zu einer stärkeren Beachtung der DDR-Aufarbeitung als Thema in Berliner Schulen, führen sollten.

Es waren zehn höchst interessante Veranstaltungen mit weit über die Tagesaktualität hinausgehenden Diskursen und Ergebnissen. Diese wollen wir Ihnen in dieser Dokumentation präsentieren.

*Alice Ströver
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Abgeordnetenhaus
von Berlin, kulturpolitische Sprecherin*



Vorwort

Schön war die Zeit...? – für manche ja und für andere ganz und gar nicht. Die Deutschen haben nach allen Systembrüchen, die sie im 20. Jahrhundert durchlebt oder selbst herbeigeführt haben, ganz verschiedene Erinnerungen an das untergegangene Regime gepflegt. Nach der erfolgreichen demokratischen Revolution von 1918 trauerten viele dem Kaiser nach und wollten ihn wieder haben. Sogar nach der Niederwerfung des NS-Regimes durch die Alliierten und die Offenbarung der furchterlichen Verbrechen der Nazi-Diktatur mochten viele Zeitgenossinnen und Zeitgenossen sich ihre schöne Erinnerung an HJ, BDM und »Kraft durch Freude« nicht trüben lassen.

Auch nach dem Sturz der SED-Herrschaft hielten viele der über zwei Millionen SED-Mitglieder an der Systemideologie und den eingeübten Vorurteilen gegen die offene und pluralistische Gesellschaft fest. Ganz anders als es die totalitären Weltveränderungsideologien glauben machen wollten, entsteht das Selbstbewusstsein einer Gesellschaft nicht aus einem gleichgeschalteten Geschichtsbild. Geschichte wird von Menschen gemacht, unterschiedlich erlebt und durchlitten. Die kritische Debatte darüber, was sich in den Gesellschaften der beiden deutschen Staaten in den Jahren der Teilung ereignet hat und welche Lebenswelten in das wiedervereinte Land mitgebracht worden sind, kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und aktuelle Konflikte auf ihre Vorgeschichte zurück zu führen und Ursachen für aktuelle politische Streitfragen kennen zu lernen.

Für die Opfer und Gegner des SED-Regimes stellt sich die vierzigjährige DDR-Geschichte ganz anders dar als für seine Parteigänger und Mitläufer. Die Frage, wer was wie in der DDR erlebt hatte und wer die Verantwortung

für die Aufrechterhaltung der Diktatur trug, war bereits Anfang der 90er Jahre Thema einer gemeinsamen Veranstaltungsreihe von Bündnis 90/Die Grünen, dem Unabhängigen Historikerverband und dem Forschungsverbund SED-Staat der FU, die mit prominent besetzten Podien auf großes öffentliches Interesse stieß. Zehn Jahre später stellten sich die bereits damals diskutierten Fragen erneut, aber vor dem Hintergrund des seither gelebten Lebens auch vielfach auf neue Weise. Das gab den Anstoß für die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern und politisch aktiven Bündnisgrünen, die zur Vorbereitung der Veranstaltungsreihe »Schön war die Zeit...?« zusammenfanden und zwei Jahre lang munter und kontrovers die in dieser Broschüre dokumentierten Debattenabende konzipiert haben.

Keine andere der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien hat sich so intensiv wie die Bündnisgrünen in öffentlichen Veranstaltungen mit der Geschichte des SED-Regimes befasst, dessen Herrschaftszentrum sich vierzig Jahre lang mitten in Berlin befand. Das Erbe der SED-Diktatur belastet die deutsche Hauptstadt bis in die heutige Zeit auf besondere Weise und trägt noch immer zu Konflikten im politischen Raum bei. Die hier dokumentierte Veranstaltungsreihe war ein hoffentlich beispielgebender Versuch, über diese Zusammenhänge aufzuklären und damit der Verklärung dessen, was die DDR bis 1989 war, mit Fakten und konkreten Lebenserfahrungen zu begegnen.

*Dr. Jochen Stadt
SED-Staat Forschungsverbund
der Freien Universität Berlin*

Kapitel 1 // Auftaktveranstaltung Unsere DDR – Eure DDR

Unterdrückungsstaat oder bedeutendes sozialistisches Experiment?

Termin:	23. Mai 2007
Podium:	Marianne Birthler (Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen), Prof. Dr. Lothar Bisky, MdB (Vorsitzender der Linkspartei/PDS), Franziska Eichstädt-Bohlig, MdB (Vorsitzende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin), Pascale Hugues (französische Journalistin), Prof. Dr. Klaus Schroeder (Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat, Freie Universität Berlin)
Moderation:	Alice Ströver, MdB (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin)
Impulsreferat:	Wolf Biermann (Liedermacher und Autor)

Von der Auftaktveranstaltung haben wir leider keine Aufzeichnung gemacht sondern nur eine knappe Mitschrift. Wir waren mit bescheidenen Erwartungen an die Organisation gegangen und hatten eigentlich nur mit 60 bis 80 TeilnehmerInnen gerechnet. Aber der Saal war übertoll, an die 300 Menschen waren gekommen! – Eigentlich hätten wir das wissen müssen – mit Wolf Biermann als Zugpferd und in Kontroverse zu Lothar Bisky! Schließlich war Biermann gerade erst am 27. März 2007 auf Initiative der Oppositionsparteien und nach langem Geziere und Gezergel der rot-roten Wowereit-Koalition zum Ehrenbürger Berlins gekürt worden.



Wolf Biermann hatte sich ausbedungen, nicht mit dem Podium zu sitzen. Mit einem Vertreter der SED-Nachfolgepartei wollte er nicht am selben Tisch sitzen. (»Sie sind mir zu nah!«) Das änderte nichts daran, dass dieser Abend vom Schlagabtausch Biermann gegen Bisky lebte, was sich schon äußerlich darin ausdrückte, dass Biermann, der sich nach seiner leidenschaftlichen Anklage gegen das SED-Regime vorne in die erste Reihe gesetzt hatte, immer wieder erregt nach vorne ans Rednerpult sprang und von dort aus Lothar Bisky attackierte, kraftvoll unterstützt von Marianne Birthler und mit historischen Fakten untermauert von Klaus Schroeder.

Franziska Eichstädt-Bohlig, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, machte nicht nur die mangelnde Selbstkritik der Linkspartei sondern vor allem auch die Fehler der Bonner Vereinigungspolitik für die häufige DDR-Nostalgie verantwortlich. Die französische Journalistin Pascale Hugues schlug vor, diese typisch deutsche Selbstzermentung doch zu beenden und die Freude über die gelungene Vereinigung nach vorne zu stellen.

Wolf Biermann: Dies ist auch ein Streit um die Zukunft unseres Landes

Wolf Biermann hat statt eines kurzen Beitrags für diese Dokumentation einen Brief an die Abgeordnete Franziska Eichstädt-Bohlig geschrieben (siehe Seite 69).

Marianne Birthler: Es fehlt die ehrliche Auseinandersetzung der SED-Nachfolgepartei

Die DDR war eine politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Katastrophe, von der sich Ostdeutschland und die Ostdeutschen bis heute nicht erholt haben. Die nach zwölf Jahren Nationalsozialismus und dem II. Weltkrieg zerstörte Zivilgesellschaft hatte durch den er-

neuten Verlust von Freiheit, Demokratie und bürgerlichen Rechten keine Chance zur Regeneration.

Die DDR war eine Diktatur. Eine demokratische Legitimation gab es zu keinem Zeitpunkt. Spätestens 1953 war offenkundig, dass die Macht der SED mit Gewalt und Gewaltandrohung gegen das Volk verteidigt werden musste. Die These, in der DDR sei eine ursprünglich gute und richtige Idee schließlich pervertiert worden, ist falsch. Denn es waren die ersten Jahre, die besonders grausam waren. Gerade nach dem Krieg wurden in Stalins Regime entsprechend viele politische Geheimprozesse durchgeführt, unzählige Inhaftierungen mit hohen Strafen und Todesurteilen vorgenommen und viele Bürger in die Sowjetunion deportiert.

Marianne Birthler

Die DDR war auch kein antifaschistischer Staat. Es gab keine konsequente Verfolgung von NS-Straftätern. Eine Reihe von Nazis wurden in die Partei

und die Massenorganisationen integriert. Vor allem gab es keine Anerkennung von Schuld und Verantwortung gegenüber Israel, ebenso wenig wie eine Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld und Verantwortung. Hitler wurde quasi zum Westdeutschen erklärt, die DDR-Bürger zu Erben der Opfer und Widerstandskämpfer, und die Altnazis wurden ausschließlich im Westen gesehen. Der Antifaschismus diente der Legitimation der eigenen Diktatur und wurde als Kampfbegriff missbraucht, um tatsächliche und vermeintliche Systemkritiker zu diskreditieren.

Anstelle einer ehrlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde eine neue Diktatur errichtet. Erneut beherrschten Unfreiheit, Repression und Einschüchterung politischer Gegner das Leben der Menschen, wurden demokratische Werte bekämpft und bürgerliche Freiheitsrechte abgeschafft.

Es genügt nicht, Mauerbau, Biermann-Ausbürgerung, die Überwachung und Verfolgung politischer Gegner, die Entmündigung der Bürger und eine Justiz, die sich als

Waffe im Klassenkampf verstand (um nur einige Beispiele zu nennen) als Fehler anzusehen, die man – um eines besseren Sozialismus willen – besser vermieden hätte. Tatsächlich wäre die DDR ohne diese »Fehler« nicht besser gewesen, sondern von der Bildfläche verschwunden. Der Kampf der SED gegen das eigene Volk war keine bedauerliche Randerscheinung des Systems, sondern sicherte die Macht der SED und damit die Existenz der DDR. Das hatte die SED spätestens nach dem Aufstand von 1953 begriffen.

Lothar Bisky: Man darf die Geschichte der Menschen nicht delegitimieren

Ich bin hier hergekommen, um mich genau dieser Selbstkritik zu stellen. Ich habe auch zu DDR-Zeiten immer wieder versucht, unabhängiges und selbstkritisches Denken und Arbeiten zu befördern. Das antifaschistische Engagement in der DDR war ein ehrliches Anliegen, denn die Kommunisten der ersten Stunde waren alle vom antifaschistischen Kampf geprägt. Der Aufbau der DDR war vor allem zu Beginn ein echter Versuch der Kommunisten als einer Minderheit im Land, ein sozialistisches Gemeinwesen zu schaffen.

Für mich gilt: Selbstkritik ja, aber es darf nicht um die Delegitimierung der Geschichte der Menschen in der DDR gehen. Wer das tut, darf sich nicht wundern über die Verklärung der DDR, die den Menschen doch vielfache Sicherheit und mehr soziale Gerechtigkeit bot als der Kapitalismus heute.

Ja, die DDR ist abgewählt worden. Ihre Macht ist implodiert und die friedliche Revolution ist ein Glück für unser Land. Aber ich denke schon, dass es eine Erneuerung unserer Partei gegeben hat. Was wir wollen ist, dass diese Idee des Sozialismus nicht verloren geht – wir wollen weiter für soziale Gerechtigkeit eintreten, denn die eine oder andere Maßnahme ist für den Klassenkampf heute durchaus noch notwendig! Wir müssen sachlich

über die Fehler der DDR reden, aber ich bleibe der DDR verbunden.

Klaus Schroeder: Die DDR war eine sozialistische Diktatur.

Anders als von Lothar Bisky unterstellt, geht es nicht um die Delegitimierung des Lebens von Menschen, sondern um die Delegitimierung dieser Diktatur, die die SED mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht errichtet hat. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zeigte der SED mit ihrem totalitären Machtanspruch ihre Grenzen auf – die Mehrheit der Menschen wollte ihren Sozialismus nicht. Seit diesem Zeitpunkt verfolgte die SED-Führung das Trauma, es könnte wieder zu einem 17. Juni kommen.

In der DDR gab es weder Gewaltenteilung und Rechtsstaat noch von der SED unabhängige öffentliche Debatten. Ziel war die Schaffung einer neuen Gesellschaft und eines neuen Menschen. Hierzu war der Partei fast jedes Mittel recht. Auch wenn offene Anwendung von Gewalt und Einschüchterung nicht zuletzt aufgrund der Beobachtung durch die Westmedi-

en in den letzten beiden Jahrzehnten abnahmen, blieb die DDR eine (spät) totalitäre Parteidiktatur. Die DDR war nicht einmal sozial ein besonders gerechter Staat. So besaßen z.B. 10 Prozent der Bankkonteninhaber 60 Prozent des Geldvermögens, was jedoch öffentlich nicht bekannt war. Die vergleichsweise schwache Produktivität der zentralistischen Planwirtschaft versuchte die DDR u.a. durch eine rigorose Ausplünderung der Natur mit der Folge gigantischer Umweltschäden etwas zu kompensieren. Alles in allem war die DDR ein Staat, der den Einzelnen entmündigte, indem er ihn dem totalitären Machtanspruch der herrschenden Partei unterwarf.

Lothar Bisky

»Der Aufbau der DDR war vor allem zu Beginn ein echter Versuch der Kommunisten als einer Minderheit im Land, ein sozialistisches Gemeinwesen zu schaffen.«

Zur Person:

Lothar Bisky wurde 1941 in Zollbrück (Polen) geboren. Er hat Kulturwissenschaften studiert und war Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen »Konrad Wolf« in Potsdam Babelsberg. Lothar Bisky ist 1963 in die SED eingetreten. Politische Ämter hat er seit Gründung der PDS 1989 übernommen: Er war lange Jahre Vorsitzender der PDS, später gemeinsam mit Oskar Lafontaine Vorsitzender der Linkspartei. Von 2005 bis 2009 war Bisky Bundestagsabgeordneter der Linkspartei, 2009 wurde er ins Europäische Parlament gewählt.

Zur Person:

Prof. Dr. Klaus Schroeder, geboren 1949 in Travemünde, ist Politikwissenschaftler und Zeithistoriker. Er lehrt an der Freien Universität Berlin und ist dort Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat. Die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze hat er in der Nacht vom 9. zum 10. November verschlafen

SCHÖN WAR DIE ZEIT ...?

1 // UNTERDRÜCKUNGSSTAAT ODER BEDEUTENDES SOZIALISTISCHES EXPERIMENT?

Zur Person:

Franziska Eichstädt-Bohlig, geboren 1941 in Dresden, ist Architektin und Stadtplanerin und gehört seit 2006 der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin an. Die Grünen-Politikerin ist eine der InitiatorInnen der Veranstaltungsreihe »Schön war die Zeit...?«. Zur Zeit der Wiedervereinigung war Franziska Eichstädt-Bohlig Baustadträtin in Kreuzberg. Sie hat unter anderem dafür gesorgt, dass Linien aus Kopfsteinpflaster zur Erinnerung an den verschwindenden Mauerverlauf angelegt werden.

Zur Person:

Pascal Hugues, geboren 1959 in Straßburg, ist französische Journalistin und Schriftstellerin. Sie lebt seit Jahren in Berlin und schreibt für verschiedene deutsche und französische Zeitungen und Zeitschriften. Zur Wendezeit war sie Berlin-Korrespondentin einer französischen Tageszeitung.

Franziska Eichstädt-Bohlig: Wir müssen über die Ursachen der DDR-Verklärung sprechen

Nach der Vereinigung löste der rüde Kapitalismus der Wendezeit mit seinen neuen Eigentumsrechten, der Treuhandpolitik und vielfachen Arbeitsplatzverlusten das SED-Regime ab. Dies vor allem führte zur Verklärung des Lebens im DDR-Staat und zur Überhöhung der Erinnerung an die damalige soziale Sicherheit. Neben der fehlenden Aufarbeitung des SED-Unrechts sind vor allem die von Bonn aus gemachten Fehler der Vereinigung für die vielfache Sehnsucht nach der Wärmestube DDR mitverantwortlich.

Ich bin aber auch entschieden gegen die Verharmlosung des SED-Unrechts. Immer wieder wird behauptet, wer vom Unrechtsstaat DDR redet, würde das Leben einzelner Menschen oder aller DDR-Bürger desavouieren. Die Menschenrechtsverletzungen von Staat und Partei bleiben aber Unrecht, auch wenn unter dieser Diktatur viele Menschen ein rechtschaffenes Leben geführt haben. Da kann sich die SED und ihre Nachfolgepartei nicht nachträglich hinter den Bürgern der DDR verstecken.

Pascal Hugues: Warum könnt Ihr Deutschen Euch nicht freuen?

Warum könnt Ihr euch nicht freuen über die gefallene Mauer, über die Vereinigung? Warum quält Ihr euch gegenseitig? Warum könnt Ihr nicht offen und ehrlich mit den Widersprüchen der Geschichte und den eigenen Fehlern umgehen? Auf beiden Seiten der damaligen Mauer. Macht es euch doch nicht so schwer!

Leidenschaftliches aus dem Publikum:

»Dass ich selbst denken soll und denken darf, das habe ich erst nach dem Fall der Mauer gelernt.«

»Ich bin 20 Jahre alt, mein Vater war bei der NVA – ich will endlich wissen, was das Leben meiner Eltern geformt hat!«



2 // Ich leiste was – ich leiste mir was!

Kapitel 2 // Ich leiste was – ich leiste mir was!

Wie sozial und familienfreundlich war die DDR?

Termin:	4. Juli 2007
Podium:	Daniela Dahn (Autorin), Ulrike Poppe (Studienleiterin Evangelische Akademie zu Berlin), Dr. Ursula Schröter (Soziologin), Dr. Stefan Wolle (Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin)
Moderation:	Dr. Sibyll Klotz (Bezirksstadträtin, Bündnis 90/Die Grünen)
Impulsreferat:	Ulrike Poppe

Im Westen Deutschlands wurden und werden manche Errungenschaften des sozialen Systems der DDR bewundert. Wir wollen hinterfragen, ob die sozialen Leistungen für alle Menschen da waren oder ob ein ausschließlich leistungsbezogenes System den Alltag bestimmte. Wie wurde mit dem Teil der Gesellschaft umgegangen, der sich dem »Aufbau des Sozialismus« verweigerte? Wie mit Behinderten und psychisch Kranken? Stand es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie tatsächlich so gut wie häufig angenommen? Wie weit ging die Gleichberechtigung von Frauen wirklich?

Der SED ging es um die Arbeitskraft der Werktätigen. Ob Frauenförderung, Kindergärten oder Versorgung – alles war dem untergeordnet. Ulrike Poppe, frühere DDR-Oppositionelle, hat in ihrem Impulsreferat eindrücklich von ihren konkreten Alltagserfahrungen in der DDR berichtet: Sie hat sehr plastisch beschrieben, wie es mit dem Recht auf Arbeit, Wohnung und Bildung in der DDR aussah. Insbesondere unterstrich sie, dass Bildungsförderung nicht nur vom Leistungsvermögen abhing, sondern wesentlich von der politischen Einstellung, der sozialen Herkunft und möglicherweise von besonderen Verdiensten der Eltern. Außerdem wies Ulrike Poppe darauf hin, dass man bei nichtkonformem Verhalten auch in der Versorgung mit knappen Gütern, wie Wohnraum oder Ferienplätzen benachteiligt war. Wer alt, behindert oder psychisch krank war, lebte in der DDR unter teilweise unmenschlichen Bedingungen.

Die Autorin Daniela Dahn war der Meinung, dass in der DDR die in der Menschenrechtsdeklaration der UNO festgeschriebenen sozialen Rechte, wie die auf Arbeit und Soziale Sicherheit, weitgehend realisiert wurden. Über gesellschaftliche Instanzen seien sie auch einklagbar gewesen. Sie sah darin sogar einen Vorteil gegenüber der Bundesrepublik. Dagegen seien die bürgerrechtlichen, freiheitlichen Menschenrechte hochgradig defizitär gewesen. Ulrike Poppe widersprach nachdrücklich. Diese Einklagbarkeit einzelner Rechte oder gar eine Verwaltungsgerichtsbarkeit als Korrektur für die Behörden hatte im SED-Staat nie existiert.

Daniela Dahn korrigierte: Das »Gesetz über das Verfahren der Gerichte zur Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen« vom 14.12.1988 war eine grundsätzliche Neuorientierung des Rechtswesens der DDR. Allerdings viel zu spät und zu halbherzig. Der für sie wichtigste Grund für das Scheitern der DDR war der Mangel an Demokratie.

Für den Historiker Stefan Wolle war Sozialpolitik in der DDR in erster Linie Legitimationspolitik. Der ganze Zynismus dieser Politik zeige sich zum Beispiel daran, dass Rentner ausreisen durften. Der Arbeit schrieb Stefan Wolle in der DDR eine geradezu mythische Funktion zu. Im Strafgesetzbuch § 249 stand, wer sich einer geregelten Arbeit entzieht, kann mit einer Strafe bis zu

2 Jahren Freiheitsentzug im Wiederholungsfall bis zu 5 Jahren belegt werden.

Uneinigkeit bestand darüber, welchen Wert Leistung in der DDR gehabt hat – ob zum Beispiel diejenigen, die viel geleistet haben, sich auch etwas leisten konnten. In diesem Zusammenhang kritisierte Ulrike Poppe die Intershops, wo es Westprodukte gab, die nur mit Devisen bezahlt werden konnten.

Speziell zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der DDR äußerte sich Ursula Schröter, Soziologin aus der DDR, die zu diesem Thema forscht. Auch in der DDR habe es ein Patriarchat gegeben, es sei für Frauen aber zumindest erträglicher als in der Bundesrepublik gewesen.

Impulsreferat:

Ulrike Poppe: Grundrechte nach Lesart der SED

Für den SED-Staat war die Sozialpolitik einer der entscheidenden Faktoren, in denen sich die Überlegenheit der eigenen gegenüber anderen Sozialordnungen erweisen sollte. Die Lösung der sozialen Frage war nicht nur das traditionelle Fundament, auf das sich die SED-Führer in ihrer Politik beriefen. Sie war von hoher Relevanz für die Legitimation der Machtverhältnisse und damit letztlich auch für die gesamte Existenz als deutscher Teilstaat.

Ein stetiger Ausbau der sozialen Netze, der sich in allen Statistiken ausweisen lässt, konnte tatsächlich das Gefühl vermitteln, alles Mögliche werde getan, um das soziale Lebensniveau zu heben. Andererseits war aber kaum übersehbar, dass die ökonomische Grundlage immer weniger ausreichte, um diese Leistungen finanzieren zu können.

Der sozialpolitische Anspruch bestand nicht nur in der Absicherung sozialer Risiken. Durch breit angelegte Subventionsprogramme sollte ein möglichst hohes Maß an sozialer Gleichstellung erreicht werden. Ich möchte im Folgenden darauf eingehen, wie die Rechte auf Arbeit, Wohnung und Bildung in der DDR ausgesehen haben.

Bildungsförderung hing nicht nur vom Leistungsvermögen ab, sondern auch von der politischen Einstellung, der

»Es war aber kaum übersehbar, dass die ökonomische Grundlage immer weniger ausreichte, um die sozialen Leistungen finanzieren zu können.«

Ulrike Poppe

Zur Person:

Ulrike Poppe, geboren 1953 in Rostock, war in der DDR sehr aktiv als Bürgerrechtlerin. Als Regimekritikerin blieben ihr viele soziale Rechte vorenthalten, die für andere selbstverständlich waren. Ulrike Poppe war Mitbegründerin der oppositionellen DDR-Bürgerbewegung »Demokratie Jetzt«. Am 9. November 1989 gehörte sie zu den vielen feiernden Menschen auf der Berliner Mauer am Brandenburger Tor. Den Mauerfall hat sie bis in den Morgen in Westberliner Kneipen gefeiert. Zur Zeit der dokumentierten Debatte war Ulrike Poppe Studienleiterin an der Evangelischen Akademie zu Berlin. Seit März 2010 ist sie die erste Stasi-Beauftragte des Landes Brandenburg.

sozialen Herkunft und möglicherweise von besonderen Verdiensten der Eltern. Weil ich zum Beispiel kein Arbeiter- und Bauernkind war und weil bei den wenigen zum Abitur zugelassenen Schülern in meinem Dorf die Quote bezüglich der sozialen Herkunft eingehalten werden musste, sollte ich zunächst kein Abitur machen dürfen. So ging es vielen, insbesondere denen, deren Eltern nicht SED-Mitglied waren oder gar der Kirche angehörten.

Das Recht auf Wohnung bewirkte immerhin, dass es keine Exmittierungen gab. Aber die Wohnungen hatten keiner Mindestnorm zu entsprechen, so dass eine feuchte Einzimmerwohnung mit Außentoilette hinter einem Brettverschlag auf dem Flur für ausreichend galt. Die Wohnverhältnisse waren häufig auch ein Grund, einen Ausreiseantrag in den Westen zu stellen.

Ich lebte viele Jahre in Berlin in einer dunklen Paterhinterhofwohnung, ein Zimmer und Küche, Toilette außerhalb. Weil drei Wände feucht waren, ließ ich ein Hygienegutachten anfertigen. Massiver Schimmelbefall wurde darin bestätigt. Als ich damit zum Wohnungsamt ging, wurde mein Antrag auf eine Wohnung erneut abgelehnt, mit der Begründung, dass ich erst ein Baby haben müsste, das durch den Schimmel gefährdet sei. Und ich war kein Einzelfall.

Bei aller kritischen Betrachtung der DDR-Sozialpolitik will ich die Bedeutung, einen sicheren Job zu haben, keineswegs gering schätzen. Nur sei auch hier

erlaubt, näher hinzusehen. Die Arbeitsproduktivität war gering, das ist bekannt. Die Vollbeschäftigung hatte ihren Preis. Und wie stand es mit dem Recht des einzelnen? Regimekritiker wischten Fußböden, reinigten Friseurbecken oder schnitten Tannen, unabhängig davon, ob sie einen akademischen Abschluss hatten. Es gab natürlich kein Arbeitslosengeld, also nahm man den Job, den man kriegen konnte. Ohne Arbeit konnte man schnell ein Strafverfahren wegen Asozialität bekommen. Das alles betraf nicht viele, aber es konnte jeden treffen, der sich politisch unliebsam machte.

Dass die politischen Grundrechte nur auf dem Papier standen, weiß wohl heute jeder. Freiheit der Meinung, der Presse, der Information usw. waren eine permanente

Forderung der Opposition. Aber auch die sozialen Rechte waren als Rechte für den einzelnen nicht einklagbar.

Oft wird übersehen, dass Fürsorge und Förderung durch den Staat an Wohlverhalten gebunden war. Wer von der vorgeschriebenen Norm abwich, wer gar systemkritische Äußerungen tat, konnte aus der Geborgenheit herausfallen.

Arbeitsmarktferne Gruppen wie z.B. Alters- und Invalidentrentner waren materiell sehr schlecht abgesichert. Zu 80 bis 90 Prozent erfolgte die Pflege älterer Menschen in der Familie. Etwas über 5 Prozent der Altersrentner waren in Pflegeheimen untergebracht. Ich habe Feierabendheime, so nannte man sie in der DDR, kennen gelernt, die so beengt waren, dass vier bis sechs Betten in einem kleinen Raum standen. Obwohl die Alten zum Teil nicht bettlägerige Patienten waren, gab es keinen Stuhl, keinen Sessel und keinen Tisch. Sie mussten im Bett liegen. In den Heimen herrschten miserable hygienische Zustände. Das wenige, schlecht ausgebildete, schlecht bezahlte und unmotivierte Personal stellte die Menschen dort durch Medikamente und Wodka ruhig. Das habe ich selbst mit angesehen. Ähnlich verhielt es sich mit den psychisch Kranken und geistig Behinderten.

Ein ganz besonderes Kapitel ist die Jugendhilfe. Ich habe in einem sogenannten Durchgangsheim gearbeitet. Das waren Einrichtungen der Jugendhilfe, die es in jeder Bezirkshauptstadt gab. Gefängnisähnliche Bauten, in denen Kinder und Jugendliche aufbewahrt wurden, bis eine Entscheidung vom Amt erfolgte, ob sie in ein Heim kommen oder in den Jugendwerkhof oder zurück zu Eltern oder Verwandten. Schwerst traumatisierte Kinder, sexuell missbrauchte Kinder, deren Eltern ins Gefängnis gekommen waren, wurden dort ohne psychologische Betreuung verwahrt wie Sträflinge.

Ich meine, wer darüber urteilen will, wie sozial ein Staat ist, sollte sich dessen Altenpflegeheime, psychiatrische und Behinderteneinrichtungen, Jugendfürsorgeeinrichtungen und Gefängnisse ansehen.

Für die Gesundheit zahlte man einen verhältnismäßig niedrigen Sozialversicherungsbeitrag. Die Ausstattung mancher Provinzkrankenhäuser war recht einfach, um die Kosten niedrig zu halten. Personal war knapp, und man

»Ohne Arbeit konnte man schnell ein Strafverfahren wegen Asozialität bekommen. Das alles betraf nicht viele, aber es konnte jeden treffen, der sich politisch unliebsam machte.«

Ulrike Poppe

musste auf bestimmte Operationen, z.B. neurologische, sehr lange Wartezeiten in Kauf nehmen, was für manche das Todesurteil war. Anders sah es zum Beispiel im Regierungskrankenhaus in der Berliner Scharnhorststraße aus, wo die Vorzugspatienten behandelt wurden: Nomenklaturkader, verdiente Künstler, Diplomaten, Verfolgte des Naziregimes, höhere Parteifunktionäre, MfS- und NVA-Offiziere. Die Mängel in der Gesundheitsversorgung waren übrigens auch einer der Gründe, die ganz oben standen, einen Ausreiseantrag zu stellen.

Da die Bundesrepublik zurzeit um die Finanzierung zusätzlicher Kindertagesstätten ringt, will ich noch ein paar Worte zur Kinderbetreuung in der DDR sagen. Nahezu flächendeckend gab es Betreuungsangebote. Allerdings waren die Plätze in Babyboomzeiten auch knapp, jedenfalls in der Stadt Berlin. Da man aber um jeden Preis die Mütter in der Produktion halten wollte, wurden die Einrichtungen über jedes vernünftige Maß vollgestopft. Die Folge waren Platz- und Personalmangel. Die Krippen durften von den Eltern nicht betreten werden. Die Kinder reagierten häufig mit Krankheit auf die Schmalspurversorgung in vielen, sicherlich nicht in allen Krippen.

Als meine Kinder klein waren, hielt ich die Aufbewahrung meiner Kinder in einer Krippe für nicht verantwortbar. Andererseits war unsere Familie auf zwei Gehälter angewiesen. Da es vielen anderen Müttern auch so ging, gründeten wir einen Kinderladen, den einzigen in der DDR. Wir bezahlten gemeinsam eine Betreuerin, später zwei, für fünf bis acht Kinder. Die Mütter und Väter halfen, soweit sie konnten, wechselseitig mit.

Aber eine solche Eigeninitiative rief den Argwohn der Staatsmacht hervor. Aber immerhin zweieinhalb Jahre hat dieser Kinderladen existiert. Als unsere Kinder das Kindergartenalter erreicht hatten, schlug die Staatsmacht zu. Ich befand mich gerade den zweiten Tag im Gefängnis. Es war im Dezember 1983, als eines Morgens die Schaufensterscheibe eingeschlagen wurde in der Husemannstraße, in Prenzlauer Berg, und die Möbel, das Bettzeug, das Spielzeug auf einen LKW geworfen und abtransportiert wurden. Danach wurde das Schaufenster zugemauert.

»Dass ich hier vorwiegend von negativen Erfahrungen berichtet habe, ist meinem Eindruck geschuldet, dass es zu vielen Verklärungen kommt, vor allem in Bezug auf die Sozialleistungen in der DDR.«

Ulrike Poppe

Die Schule meines Sohnes hatte innen kahle Wände und abgebröckelten Putz. In allen Ecken standen kaputte Möbel, lag Dreck. Wer eine Toilette benutzen wollte, musste sich ein Taschentuch vor die Nase halten. Dass Lernen vielleicht auch Spaß machen kann, war dort vermutlich unbekannt. Schon nach kurzer Zeit kam die Staatssicherheit in die Schule und klärte die Lehrerschaft über die staatsfeindlichen Eltern des gerade eingeschulten Kindes auf. Das war für mich übrigens der dunkelste Moment in der ganzen Oppositionszeit, als ich das Gefühl hatte, nun rächen sie sich an unseren Kindern.

Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen zur Rolle der Frauen. Bekanntlich waren die Frauen in der DDR viel stärker in die Arbeitswelt integriert. Die Frauenförderung diente beschäftigungs- und bevölkerungspolitischen Zielen. Es fehlte ja überall an Arbeitskräften. Die Ausgestaltung der Frauenpolitik aber behielten sich die obersten SED-Funktionäre vor. Unter den 11 Sekretären des Zentralkomitees der SED gab es eine Frau. Im Politbüro, wie die meisten wissen werden, saß keine Frau, es gab, ich glaube, zwei Kandidatinnen. Und dort wurden die wichtigen Entscheidungen auch zur Frauenpolitik gefällt.

Formal hatten die berufstätigen Mütter im Vergleich zu heute eine ganze Reihe Hilfen, um Berufstätigkeit und Mutterschaft vereinbaren zu können. Nur waren sie damit noch nicht von der Doppelbelastung befreit. Drastische Versorgungsmängel, fehlende Dienstleistungen, schlechte Wohnverhältnisse und geringer Verdienst in den typisch weiblichen Berufen erschwerte ihren Alltag. Damit will ich nicht den Gleichstellungsvorteil gegenüber den Frauen in der Bundesrepublik kleinreden. Aber ich möchte auch den Blick dafür schärfen, dass die Fördermaßnahmen für berufstätige Mütter in der DDR durch andere, systembedingte Beschwerden im alltäglichen Leben teilweise aufgewogen wurden.

Dass ich hier vorwiegend von negativen Erfahrungen berichtet habe, ist meinem Eindruck geschuldet, dass es zu vielen Verklärungen kommt, vor allem in Bezug auf die Sozialleistungen in der DDR. Und vielleicht habe ich auch mehr Negativerfahrungen gemacht als andere, weil mein Weg in diesem Land kein gerader war.

Diskussionsbeiträge:

Stefan Wolle: Sozial statt demokratisch

Sozialpolitik war in der DDR an erster Stelle Legitimation. Es ist versucht worden, den Staat, der keine demokratische Legitimation hatte, über die sozialen Errungenschaften, insbesondere über die Vollbeschäftigung zu legitimieren. Es wurden 1958 unter Republikflüchtigen Umfragen gemacht. Es wurde gefragt, warum sie geflohen seien. Schon damals sagten rund 70 Prozent, die sozialen Bedingungen seien in Ordnung gewesen. Was sie zur Flucht bewogen hätte, seien die politischen Verhältnisse gewesen.

Man hat über die Sozialpolitik versucht, Bindungen zu schaffen. Diejenigen, die man brauchte, nicht nur die Systemträger, sondern auch die Arbeiter in den Großbetrieben, waren gar nicht so schlecht gestellt. Es gab zum Beispiel in den Betrieben eigene Verkaufsstellen, wo man besser einkaufen konnte. Sehr schlecht gestellt waren die Rentner mit ihren niedrigen Renten. Aber Rentner durften ja in den Westen ausreisen, wenn sie wollten. Hier wird der ganze Zynismus deutlich. Die Schilderungen der Altersheime und psychiatrischen Einrichtungen von Ulrike Poppe sind nicht übertrieben.

Ursula Schröter: Die DDR war nicht die gesuchte Alternative

Für mich steht außer Zweifel, dass die DDR an ihren eigenen Defiziten kaputt gegangen ist und dass wir, die wir in der DDR gelebt haben, diese Defizite aufzuzeigen haben. Nicht um die DDR nachträglich zu verteufeln, sondern um gemeinsam über eine neue Alternative zur gegenwärtigen Gesellschaft nachzudenken. Ob eine Veranstaltungsreihe wie diese hier, die sich ausschließlich das Ziel setzt, der DDR-Verklärung entgegenzuwirken, zu konstruktiven Alternativ-Überlegungen kommt, bezweifle ich. Die »Wahrheit« ist wohl nur auf dem schmalen Pfad zwischen Verklärung und Verteufelung zu finden.

Als ich mich weltanschaulich entschieden habe, hielt ich die DDR für eine dauerhafte Alternative zur Bundesrepublik. Ich wollte in einer Gesellschaft leben, in der es

keine Obdachlosen gibt und in der niemand an einem Krieg verdient. Heute weiß ich nicht nur, dass die DDR nicht dauerhaft war, sondern auch, dass sie nicht in jeder Hinsicht eine Alternative war. Es gab beispielsweise ein handfestes Patriarchat, von den DDR-Frauen (auch von mir) bis in die 80er Jahre hinein weitgehend mitgetragen. Heute sehe ich hier einen entscheidenden Widerspruch zu einer emanzipatorischen Gesellschaft und insofern eine Ursache des Scheiterns.

Wie kommt es, dass viele ehemalige DDR-Bürger die sozialen Errungenschaften in der DDR sehr hoch halten? War der Zugang zu den sozialen Leistungen abhängig von konformem Verhalten?

Daniela Dahn: Menschenrechte und soziale Rechte

Ich will die Menschenrechtsdeklaration der UNO als Maßstab anlegen: Die freiheitlichen Menschenrechte waren in der DDR hochgradig defizitär. Man hatte es schwer, wenn man politisch oppositionell war. Das ist bekannt. Aber die sozialen Rechte sind nicht weniger wichtig. Die einen leben erst durch die anderen.

In Art. 25 ist das Recht auf Wohnung garantiert, nicht auf schöne und gute Wohnung, aber auf Wohnung. In Art. 22 soziale Sicherheit, in Art. 23 das Recht auf Arbeit, in Art. 16 die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Ich denke, unterm Strich hat die DDR diese sozialen Menschenrechte besser eingehalten. Es gab keine Arbeitslosigkeit und keine

Obdachlosigkeit. Keine Frau musste wegen des Berufes auf ein Kind verzichten, in der Bundesrepublik sahen sich ein Drittel aller Frauen dazu gezwungen – eine unmenschliche Entscheidung. Es entspricht keineswegs meiner Erfahrung, dass Eltern Krippen nicht betreten durften und diese grundsätzlich überfüllt waren. Im ersten Jahr hatte ich meine Tochter übrigens in einem privaten Nest mit fünf Kindern in Spindlersfeld. Das hat niemanden gestört. Vorsicht vor unbelegbaren Verallgemeinerungen!

»Für mich steht außer Zweifel, dass die DDR an ihren eigenen Defiziten kaputt gegangen ist und dass wir, die wir in der DDR gelebt haben, diese Defizite aufzuzeigen haben.«

Ursula Schröter

Ulrike Poppe: Einspruch

Es gab keine Verwaltungsgerichtsbarkeit in der DDR. Das hieß, gegen den Staat, gegen staatliche Stellen konnte man nicht klagen. Man konnte Eingaben schreiben, aber man hatte keine Garantie, dass man eine Antwort auf die Eingabe bekam.

Gab es die Gleichberechtigung der Frau in der DDR? Frauen leisteten 80 Prozent der Hausarbeit, verdienten weniger als Männer und in der Arbeitswelt gab es typische Frauenberufe, trotz der Kranführerin.

Ulrike Poppe: Frauen sollten der Politik fern bleiben

Ich erwarte ja gar nicht von der SED, dass sie vorschreibt, wie ich mit meinem Mann den Haushalt teile. Aber ich erwarte von Machthabern, dass sie einer Gesellschaft die Möglichkeit eröffnen, dieses zu thematisieren. In dem sie zum Beispiel Frauenorganisationen zulässt. Aber wir, die wir uns als »Frauen für den Frieden« zusammenschlossen hatten, waren Staatsfeinde. Wir haben das thematisiert und wurden von der Staatsmacht verfolgt. Der DFD war die einzige zugelassene Frauenorganisation. Ich habe mir angeguckt, was sie machten. Sie boten Beratungen, wie man einen Weihnachtskarpfen zubereitet, wie man Bad und Küche hygienisch sauber hält und einen Pullover strickt. Ich habe nichts gegen diese Themen, aber zu politischen Fragen gab es kaum Angebote. Der DFD hat die Frauen in die traditionelle Rolle gedrängt.

Welche Rolle spielte Arbeit bei dem Zugang von Sozialleistungen? Wie ging die DDR mit denen um, die sich von diesem hohen Arbeitsideal distanzieren?

Stefan Wolle: Sanktionen und Arbeitserziehung

Wenn man vier Wochen lang nicht gearbeitet hatte, meldete sich zunächst die Polizei und fragte höflich, ob man nicht die Absicht habe, mal wieder arbeiten zu gehen. Sie stellten eine Frist bis zum Ende des Monats und drohten mit Sanktionen, falls keine Arbeit aufgenommen wurde. Es gab die Möglichkeit der Arbeitserziehung. Über Gerichtsurteile konnte man sechs Monate in die Braunkohle geschickt werden. Die Arbeit hatte eine geradezu mythische Funktion in der DDR. Da trifft sich

das protestantische Arbeitsethos mit preußischem Ordnungssinn. Wer zum Beispiel als Student unangenehm auffiel, dem konnte es passieren, dass er in die Produktion geschickt wurde, um am Busen der Arbeiterklasse neue Kraft zu saugen.

Ich leiste was – ich leiste mir was, das war ein Leitspruch des 8. Parteitag der SED. Ist das wirklich so gewesen, dass diejenigen, die etwas geleistet haben, sich auch etwas leisten konnten?

Ulrike Poppe: Westgeld war zweite Währung

Das traf immer weniger zu, hatte ich den Eindruck. Gerade mit der Einrichtung von Intershops, mit Genexkäufen und Delikatläden wurde ein Anreiz geschaffen, auf nicht normalem Wege zu Geld zu kommen. Die Berufe, an denen Mangel herrschte, wie z.B. Handwerker, die ließen sich teilweise ihre Arbeit nur noch mit Westgeld bezahlen. Das bedeutete für diejenigen, die einen Klempner brauchten, dass sie ihr DDR-Geld eins zu acht oder eins zu zehn eintauschen mussten.

Daniela Dahn: Ideologie vor Leistung

Es gab die DM als Zweitwährung, das war ungerecht und ärgerlich. Aber es gab keinen einzigen Beruf, der »nur noch mit Westgeld« arbeitete. Ich halte nichts von solchen Übertreibungen. Wenn hier hauptsächlich gängige Klischees bedient werden, wird man schwerlich zur Aufklärung beitragen. In einer Emnid-Umfrage wurde gefragt, ob die DDR »ganz überwiegend schlechte Seiten« gehabt habe. Acht Prozent der Ostdeutschen stimmten dem zu. Und 78 Prozent der Westdeutschen. Diese abnorme Kluft kann nicht nur durch Verklärung zustande gekommen sein. Ein objektiver Ansatz für diese Reihe hier müsste lauten: Aufklären statt verklären und verteufeln.

Ein Grund, warum die DDR untergegangen ist, war, dass so viel Leistung verhindert wurde. Die Leute wollten viel kreativer sein, wollten viel mehr machen und dann war wieder kein Material da. Sie wurden vielfach daran gehindert etwas zu leisten. Erfindungen wurden nicht umgesetzt, aus Materialgründen, aus ideologischen Gründen. Weil jedes Neue etwas Altes verdrängt. Das Leistungsprinzip wurde ständig selbst unterlaufen.

Zur Person:

Ursula Schröter, geboren 1941 in Leipzig, ist gelernte Stenotypistin, studierte Mathematikerin und promovierte Soziologin. Sie beschäftigt sich vor allem mit der Rolle der Frauen in der DDR, wozu sie zahlreiche Aufsätze und Bücher veröffentlicht hat. Am 9. November 1989 war sie ganz normal arbeiten.

Zur Person:

Daniela Dahn, geboren 1949 in Berlin, ist Journalistin und Schriftstellerin. Sie lebte und publizierte in der DDR. Den 9. November hat sie mit ihrer damals vierjährigen Tochter zu Hause verlebt, aber gleich am Morgen des 10. Novembers besuchte sie zusammen mit ihrer Tochter West-Berlin.

Kapitel 3 // Mythos Chancengleichheit

Vom Fahnenappell bis zur Staatsbürgerkunde – Schulischer Alltag in der DDR

Termin:	31. Oktober 2007
Podium:	Prof. Ines Geipel (Schriftstellerin und Professorin an der Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch«), Tobias Barthl (Schulleiter in Lichtenberg), Joachim Goertz (evangelischer Pfarrer), Stefan Liebich, MdA (Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus von Berlin), Regina Mönch (Redakteurin Feuilleton der FAZ)
Moderation:	Andreas Otto, MdA (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin)
Impulsreferat:	Regina Mönch

Die »allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit« war das Ziel des Bildungssystems der DDR. Die Ideologie war der rote Faden, der sich durch alle Schulfächer zog. Wehrezierung, Fahnenappell und Staatsbürgerkunde prägten den Alltag der Einheitsschule. Das Modell einer gemeinsamen Schule bis zur 10. Klasse gilt in manchen Bildungsdiskussionen als Vorbild. Bot das DDR-System allen Kindern und Jugendlichen optimales Lernen und größtmögliche Förderung? Taugen die Erfahrungen der DDR-Schulen als Konzept für heutige Gemeinschaftsschulprojekte?

Dass die Volksbildung der SED kein Vorbild für das heutige Bildungswesen ist, darin waren sich alle Diskutanten im Grundsatz einig. Die Podiumsteilnehmer, alle selbst mit der Lebenserfahrung der DDR-Schule ausgestattet, lieferten eine biographisch geprägte Debatte. Die Journalistin Regina Mönch referierte über das Erziehungs- und Bildungssystem der DDR. Dabei flossen auch ihre Erfahrungen als Mutter eines 1989 11-jährigen Sohnes ein. Sie beschrieb ein System, das darauf angelegt war, Unmündigkeit und Deformation zu erzeugen. Anpassung wurde belohnt, kritisches Denken unterdrückt, Chancengleichheit existierte nicht. Wer immer an der Doktrin der Erziehung zur allseitigen Persönlichkeit zweifelte, wurde als politischer Gegner denunziert und zum Schweigen gebracht. 1989/90 wurde in der DDR viel über Bildungspolitik diskutiert. Vor allem über die gravierenden Versäumnisse des Schulsystems und insbesondere die Verantwortung von Lehrern und Funktionären bis hinauf zu Margot Honecker, der Volksbildungsministerin. Es ist nicht zu verstehen, warum alle Lehrer, von ein paar Ausnahmen abgesehen, in den Schuldienst der wiedervereinten Republik übernommen wurden. Und zwar nicht nur die wenigen Pädagogen aus Leidenschaft, sondern viele ehemalige Genossen, die jeden ideologischen Schwachsinn als Wahrheit verkauften.

Die Podiumsteilnehmer erzählten von eigenen Erfahrungen in der Schule. Der Linke Politiker Stefan Liebich sprach davon, dass er einhundertfünfzigprozentig zum SED-System stand und mangels Westfernsehen gar keine Welt außerhalb der DDR-Schule kannte. Heute, mit historischem Abstand, kann er zugeben, dass das Bildungssystem der DDR einseitig war und keine Chancengleichheit für jene, die das System ablehnten, bot. In einer ähnlich indoktrinierten Welt lernte die ehemalige Sportlerin Ines Geipel. Vor der Sportzeit war sie in einem Sprach-Internat, das im Hinblick auf die Schüler einen Vertrag mit dem MfS unterhielt. Nach 1989 wurde bekannt, dass mehr als 17 000 minderjährige Schüler als IM's verpflichtet worden waren.

»Ein Mann hatte soeben kämpferisch dazu aufgerufen, sich künftig nur noch der Wahrheit und dem eigenen Gewissen verpflichtet zu fühlen. In die Stille danach fiel die Antwort einer Frau: ,Aber das haben wir nicht gelernt!«

Regina Mönch

Dass es in der DDR-Schule solidarischer zugeht als heute, bezeichnete der Pfarrer Jochen Goertz als Märchen. Wenn jemand aus der Linie ausscherte, dann hörte die Solidarität auf.

Der Bezug zur aktuellen Berliner Bildungsdebatte konzentrierte sich unter breiter Beteiligung des Publikums auf zwei Themen. Es muss mehr gesprochen werden über die Volksbildung in der DDR, über die Diktatur in der Schule und die Rolle der Lehrer – primär im Osten, weil da die Defizite besonders groß sind. Und was die Gemeinschaftsschule angeht, ist die POS kein Vorbild. Schon gar nicht sollte das Gefühl entstehen, die DDR-Schule wäre die bessere gewesen. Schulleiter Tobias Barthl betonte, Kinder müssen ihre eigene Meinung einbringen dürfen. Dies ist eine Grundvoraussetzung für eine gute und zeitgemäße Schule.

Impulsreferat:

Regina Mönch: Schule der Unmündigen

1989. Die DDR befand sich in Auflösung und irgendwo in einem Saal in Ost-Berlin hatten sich Menschen zu einer Lesung mit Christa Wolf zusammengefunden. Danach entbrannte eine heftige Diskussion, in diesem kurzen Herbst der Anarchie nichts Ungewöhnliches. Ein Mann hatte soeben kämpferisch dazu aufgerufen, sich künftig nur noch der Wahrheit und dem eigenen Gewissen verpflichtet zu fühlen. In die Stille danach fiel die Antwort einer Frau: »Aber das haben wir nicht gelernt!« Die Frau erzählte, wie sie, angehalten, sich anzupassen, zu einer schizophrenen Person geworden sei und nun nicht einmal mehr sagen könne, was ihre eigene Meinung ist. Viele stimmten ihr zu und man war sich schnell einig darüber, wer daran die Schuld trug: Die Volksbildung, ihre Behörden, das Erziehungssystem der DDR, das diesen und andere Befunde erwachsener Unmündigkeit und Deformation erst erzeugt und dann mit einem Tabu belegt hatte.

Mein Sohn war im Wendeherbst 1989 elf Jahre alt geworden. Ich hatte diese Schulzeit von Anfang an begleitet als Elternvertreterin, damals hieß das Elternaktiv. Ich war die einzige Nichtgenossin, schon das war einigen Lehrern, aber auch gewissenhaften SED-Eltern eine Zumutung. An einem der ersten Schultage im Herbst 1989 hatte die Deutschlehrerin meines Sohnes, unbeeindruckt vom wirklichen Leben, die Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR auf den Stundenplan gesetzt. Die Mitarbeit war lau, zumal viele fehlten, weil sie, wie es auf Anordnung der Schulbehörde hieß, noch zur »Kur« oder noch nicht »aus dem Urlaub zurück« waren. Die meisten Kinder wussten natürlich, dass die anderen wahrscheinlich nie zurückkommen würden, dass sie im Westen waren, in einer Botschaft, in einem Zeltlager in Ungarn oder sonst wo, nur nicht mehr in ihrer kleinen DDR-Welt. Darüber hätten sie gern mit ihrer Lehrerin geredet. Aber die wollte an der herrlichen Zukunft in den Farben der DDR weitermalen. Bis ein Mädchen fragte, was der Unsinn solle und was sie, die Lehrerin eigentlich von Stalin halte. Wir glauben bis heute nicht, dass dieses Mädchen wusste, wer Stalin war, aber die Lehrerin verlor, wie erhofft, sofort die Fassung. Sie tobte. Sie lasse sich und ihre Partei nicht von einer frechen Göre beleidigen, schrie sie und verwies das erschrockene Kind vor die Tür. Mein Sohn wollte schlichten und musste darum eine Stunde in der Ecke stehen, mit dem Gesicht zur Wand. Der Rest der Klasse schwieg – wie üblich. Wochen später wurde auch an dieser Schule heftig diskutiert, auch über diese Lehrerin. Aber sie blieb, wie so viele, deren Eignung für diesen Beruf zu hinterfragen sich gelohnt hätte.

Ich habe zehn Jahre später in meiner Heimatstadt in Sachsen eine Lehrerin aus meiner alten Schule wiedertreffen. Sie war Beamtin, sie hatte ein Häuschen und der von ihr so forsch und inniglich verteidigte Arbeiter- und Bauern-Staat war – was ihr entgangen zu sein schien – vor allem mit seinen Arbeitern und Bauern untergegangen, nicht mit seinen Systemträgern. Sie ließ sich über die gräßlichen Zeiten aus und die Gymnasiasten, mit denen sie sich heute herumschlagen müsse. Früher, da wurde ja strenger gesiebt. Sie habe es außerdem satt, ein Bürger zweiter Klasse zu sein. Was, dachte ich mir, wenn sie diese Ressentiments an ihre Schüler weitergibt?

Zwölf Prozent etwa eines jeden Jahrganges durften hoffen, zu DDR-Zeiten das Abitur zu machen. Dahinter verbarg sich ökonomisches Kalkül. Mehr allseitig entwi-

ckelte Persönlichkeiten, so war es beschlossen, wurden nicht gebraucht. Mit Chancengleichheit hatte das nichts zu tun, zumal nonkonforme junge Menschen oft gar nicht erst auf die Erweiterten Oberschulen kamen.

1991, als die Schulsysteme umgestellt wurden, änderte sich das schlagartig. Die Eltern hatten die Wahl und sie wählten, sozusagen von Null auf Hundert, genauso wie Eltern im Westen. Davon zu reden, man habe ihnen das übergestülpt, ist absurd.

Wenn jetzt die Einheitsschule in modifizierter Form wieder auferstehen soll und dafür eine vermeintliche Chancengleichheit ins Feld geführt wird, wären zwei, drei Dinge anzumerken: Bessere Chancen für benachteiligte Kinder erreicht man nicht, wenn man ein neues Etikett aufklebt. Die Selektion von Bildungsmilieus, die allein schon auf dem Stadtplan nachzuzeichnen wären, hält man nicht auf, indem man Gleichheit vorgaukelt, wo schwierige soziale Verhältnisse, Sprachnot und Bildungsferne trennen. Das braucht andere Konzepte, aber es braucht sie dringend. Es ist auch kein Geheimnis, dass hierzulande viele Lehrer Schüler, die nicht dem traditionellen Milieu fürs Abitur entstammen, unterschätzen. Warum soll das anders werden, wenn draußen Gemeinschaftsschule draufsteht? Vor allem aber ignoriert dieses kostspielige Experiment alle Warnungen der Bildungsforscher von Rang, an Schulstrukturen und damit Bildungstraditionen herumzubasteln.

Diskussionsbeiträge:

Stefan Liebich: Ungegliedertes Schulsystem besser

Es hat mir Spaß gemacht in der DDR zu lernen. Ich geriet nicht an die selbstverständlich existierenden Grenzen, auf die Frau Mönch hier auf sehr eindrucksvolle Weise hingewiesen hat, denn ich stand bis zum Schluss einhundertfünfzigprozentig zum System. Ich maße mir nicht an, ein objektives Bild abzuliefern, sondern ich kann ihnen nur sagen, wie ich meine Schulzeit erlebt habe. Ich bin beispielsweise in Hohenschönhausen in eine Schule gegangen, wo bis auf zwei Schülerinnen und Schüler glaube ich, die gesamte Schülerschaft Eltern hatte, die bei den bewaffneten Organen waren. Das führte dazu, dass beispielsweise so etwas wie Westfernsehen einfach nicht zum Pausengespräch gehörte.

Zur Person:

Stefan Liebich wurde 1972 in Wismar geboren, ist in der DDR aufgewachsen und zur Schule gegangen. Er war Mitglied der Organisationen »Junge Pioniere« und FDJ. Später gründete er den Marxistischen Jugendverband »Junge Linke« mit. An seinem 18. Geburtstag (1990) trat er der PDS bei. Die Nacht des Mauerfalls hat er zu Hause in Berlin-Marzahn verschlafen. Stefan Liebich war von 1995 bis 2009 erst für die PDS, dann für die Linkspartei Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Seit 2009 ist er Bundestagsabgeordneter.

Zur Person:

Regina Mönch ist 1953 in Pirna (Sachsen) geboren. Sie ist Journalistin und hat schon in der DDR als Reporterin und Redakteurin bei verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften gearbeitet. Heute ist sie Redakteurin bei der FAZ. Seit 20 Jahren beschäftigt sie sich schwerpunktmäßig mit Bildungspolitik. Am 9. November 1989 war Regina Mönch auf einer streitbaren Versammlung des »Neuen Forums« zu Bildungsfragen.

In den späten 80er Jahren hatten wir in Marzahn politische Auseinandersetzungen darüber, dass es bei uns vor allem als Modeerscheinung aber sicherlich auch mit dem ernstesten politischen Hintergrund die sogenannten Faschos gab. Wir haben damals nicht Neonazis gesagt, aber das waren sie natürlich. Die Schattenseiten des Systems habe ich nicht persönlich sondern erst jetzt in den letzten Jahren durch Reflexion, Nachdenken, Gespräche immer stärker zur Kenntnis genommen. Politischen Druck gab es bei der Debatte »Bist du bereit drei Jahre zur Armee zu gehen.« Das betraf nicht mich selbst, ich war sowieso Bewerber für die bewaffneten Organe. Aber heute weiß man, dass maßgeblicher Druck auf viele Schüler ausgeübt wurde. Bei der Zulassung zum Abi ging es natürlich um Leistung, aber es ging auch um die sogenannte »gesellschaftliche Arbeit«, und darum, ob man sich an den vorgegebenen Werten orientierte. Das alles sind Punkte, die mich ganz klar festhalten lassen: Chancengleichheit hat es in der DDR im Schulsystem nicht gegeben. Ein Grund mehr, warum die DDR kein demokratischer Staat gewesen ist. Und trotzdem lassen sie mich das zum Schluss sagen: Die Art und Weise, wie wir da gelernt haben, führt mich immer noch zu dem Gedanken, dass ein ungegliedertes Schulsystem besser ist als ein gegliedertes.

Zur Person:

Prof. Ines Geipel wurde 1960 in Dresden geboren und kennt DDR-Internats aus eigener Erfahrung. Sie ist Schriftstellerin und Professorin für deutsche Verssprache an der Berliner Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch«. Den Tag des Mauerfalls hat sie in Darmstadt erlebt – bei ihrer Abendschicht in einer Darmstädter Weinstube, bekleidet mit einem rosafarbenen Dirndl.

Ines Geipel: Neue Debatte über die zweite Diktatur fehlt

Meine Eltern waren beide stramme Kommunisten. Ich bin Jahrgang 1960 und wusste bis 2004 nicht, dass mein Vater zwischen 1972 und 1985 als Agent regelmäßig in den Westen gefahren ist. Erst durch Akteneinsicht ergab sich die Möglichkeit, diese Geschichte zu klären. Meine Eltern hatten mich 1974 auf die Internatsschule Wickersdorf geschickt, eine der beiden Spezialschulen für Russisch. Diese Schule wurde vor hundert Jahren als Reformschule gegründet. Als das Reformschulmodell 1953 in der DDR verboten wurde, kamen gute Lehrer in Haft. Die Schule wurde nach und nach ein roter Kristall, ideologische Ausbildungsstätte für systemnahe Kinder. Etliche dieser Kinder wurden als Minderjährige vom Geheimdienst verpflichtet und sind noch heute krank an diesem Missbrauch. Es gibt viele seelische Schäden. Insofern sind das sehr unterschiedliche Geschichten, die hier erzählt werden.

DDR-Schule heißt für mich vor allen Dingen, von sich abzukommen, in dieser Erziehungsdiktatur den Bezug zu sich zu verlieren. Aber mit diesen Bruch Erfahrungen später etwas machen zu müssen. Das ist enorme Behinderung, kann, wenn man nicht zerstört wurde, aber auch zum Vorzug werden. Ich denke, wir haben jetzt eine zweite Aufarbeitungsrunde zu machen, insbesondere auch zum Thema Schule. Eine neue, differenzierte Debatte darüber, was diese zweite deutsche Diktatur war. Die Heranwachsenden heute sind zwar in Ost wie West stark von deutscher Diktaturgeschichte geprägt, aber sie haben keine direkten Erfahrungen mit ihr. Da geht es in meinen Augen jetzt insbesondere um Verantwortung. Und das möchte ich Herrn Liebich an der Stelle sagen, dass es über die Jahre der Auseinandersetzung - egal, ob es um Strukturgeschichte der DDR ging, DDR-Zwangsdoping oder verhinderte Literatur - keinerlei konstruktive Vorschläge Ihrer Partei dazu gegeben hat. Mehr und mehr versuchen ehemalige Stasileute den öffentlichen Diskurs zu bestimmen und Geschichte zu drehen. Dass das nicht passiert und die Opfer nicht weiter diskreditiert werden, dafür trägt auch Die Linke Verantwortung und müsste sich etwa in innerparteilichen Debatten über die Erziehungsdiktatur DDR widerspiegeln.

Joachim Goertz: Märchen von der Solidarität in der DDR

Diese Mär davon, dass es in der DDR-Schule eine größere Solidarität gegeben hätte als heute, stimmt einfach nicht. Das lässt sich an einem ganz einfachen Kriterium beurteilen. Nämlich dann, wenn jemand, aus welchen Gründen auch immer, aus der Linie ausgeschert ist. Dann hat die Solidarität aufgehört. Die Schüler sind, mehr oder weniger direkt, dazu aufgefordert worden: »Mit dem gibst du dich lieber nicht mehr ab.« Da rede ich jetzt nicht nur aus meinen subjektiven Erfahrungen. Als ich in den 80er Jahren in Thüringen auf dem Dorf Pfarrer war, habe ich natürlich in der Christenlehre und im Konfirmandenunterricht mitbekommen, mit was die Schüler konfrontiert worden sind. Und ich erinnere mich noch ganz genau an die Geschichte von einem Jungen, den sie 10 Jahre zur Armee zerrren wollten. Wie sie die armen Eltern bearbeitet haben, damit er unterschreibt. Und welchen Kampf es gekostet hat, ihn da rauszuholen.

Beitrag aus dem Publikum: Später Sieg des DDR-Bildungssystems?

Ich bilde Studienräte für das Gymnasium aus und merke noch immer bei den jungen Kolleginnen, ob sie eine Sozialisation haben, wo sie DDR-Schule noch sehr stark erlebt haben. Und ich gucke mir nicht an, aus welchen Teil Deutschlands sie kommen. Ich merke es sofort an Reaktionen im Umgang mit Störungen. Dass sie viel rigider sind, vielleicht oft auch zu ihrem eigenen Schutz. Dass sie sehr unreflektiert die DDR-Schule sehen. Das ging so weit, dass mir eine Referendarin sagte, sie könne bei mir nicht bleiben, weil ich gesagt habe, die DDR war eine Diktatur. Durch die Einengungen aufgrund der Rahmenpläne heute sagen viele Kollegen aus der ehemaligen DDR: Unser Schulsystem war doch besser. Jetzt wird nach 12 Jahren das Abitur gemacht, jetzt gibt es eine Prüfung nach der 10. Klasse, es werden Tests geschrieben. Sie sind davon überzeugt, dass sie damals auf der richtigen Seite gestanden haben. Das, was sie im Geschichtsunterricht gelernt haben, nämlich dass sie zu den Siegern der Geschichte gehören, das realisiert sich jetzt. Sie sind die Sieger dieses Bildungssystems und ihnen dieses Bewusstsein zu nehmen, das ist ganz schwer. Weil die Trennung vorgenommen wird zwischen der Schule als Organisation und Inhalte werden überhaupt nicht reflektiert. Was für blödsinnige Inhalte im Deutsch- oder Geschichtsunterricht vermittelt wurden. Das wird nicht reflektiert, und das ist das Problem.

Tobias Barthl: Kinder brauchen Zeit und Raum!

Ich bin fest davon überzeugt, dass es in der DDR für viele Schüler und Eltern negative Erfahrungen mit der Institution Schule gab. Sei es die Diskriminierung innerhalb eines Klassenverbandes oder die Nichtzulassung zur EOS.

Auf der anderen Seite gab es aber auch Schüler, welche gern und hochmotiviert in der DDR-Schule lernte. In der Regel erreichten diese Kinder und Jugendlichen ihre Ziele und wurden auch stark unterstützt. Das Schulleben war enger geknüpft und die Kontrolle und Meldung sehr intensiv und vielseitig. Eine offene Auseinandersetzung mit angesprochenen Problemen war kaum möglich. Wer das nicht akzeptieren wollte oder doch Versuche der DDR-kritischen Argumentation wählte, musste mit Repressalien rechnen. Zum Glück ist diese Zeit vorbei und

wir sollten im Interesse aller zukünftigen Generationen immer nach vorn schauen, ohne die Vergangenheit zu vergessen oder sogar zu verherrlichen.

Zur derzeitigen Diskussion um die Gemeinschaftsschule: Falls die derzeitigen Regierungsparteien unter der Gemeinschaftsschule eine Schule in der Grundidee der DDR-Schule sehen, so sehe ich nicht die Notwendigkeit sich an der Entwicklung dieser Schulform zu beteiligen. Sollte es aber eine Schule für ALLE – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern oder von der politischen Neigung der Eltern sein, so lohnt es sich mit diesem Schulmodell zu beginnen. Die Rahmenbedingungen stimmen noch lange nicht. Alle die Schule bestimmenden Faktoren müssen neu gedacht werden und im positiven Sinne für die Kinder verändert werden. Für diese Schulen brauchen wir hochengagierte Lehrerinnen und Lehrer. Eine neue Form der Schulorganisation ist notwendig, Raum für Diskussionen und Gesprächsrunden muss vorhanden sein und Zeit, um mit allen Schülerinnen und Schülern sprechen zu können, darf nicht fehlen.

Eine Schule der Zukunft braucht die Freiheit im Denken und die Unterstützung im Handeln.

Zur Person:

Joachim Goertz ist 1956 in Weimar geboren. Dort ist er auch auf die Polytechnische Oberschule gegangen. Ein staatliches Abitur und dadurch auch ein staatliches Studium blieben ihm verschlossen. Abitur hat er am Kirchlichen Proseminar Naumburg gemacht, anschließend hat er am Katechetischen Oberseminar Naumburg Theologie studiert. Bis 1989 hat er als evangelischer Pfarrer in Thüringen gearbeitet, sei 1989 arbeitet er als Pfarrer in St. Bartholomäus in Berlin. Den 9. November 1989 hat er zu Hause in Ost-Berlin erlebt.

Zur Person:

Tobias Barthl wurde 1964 in Magdeburg geboren. Er ist Mathematik- und Physiklehrer und hat in der DDR an einer Polytechnischen Oberschule gearbeitet. Heute ist er Leiter einer Schule in Lichtenberg. Der 9. November 1989 fiel in die Zeit seines Grunddienstes bei der NVA (Nationale Volksarmee).

Kapitel 4 // Zwischen Völkerfreundschaft und Fremdenfeindlichkeit

Ausländerinnen und Ausländer in der DDR

Termin:	23. Januar 2008
Podium:	Almuth Berger (ehemalige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg), Wolfgang Beyreuther (ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des FDGB, DDR-Staatssekretär für Arbeit und Soziales, Mitglied der Volkskammer und des ZK), Thúy Nonnemann (lebte in Westberlin und engagierte sich nach dem Mauerfall für vietnamesische Vertragsarbeiter, Migrationsrat Berlin), Roberto Rivera (lebte als Chilene in der DDR), Elena Demke (Referentin beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen)
Moderation:	Christian Booß (Journalist)
Impulsreferat:	Almuth Berger

Der Ausländeranteil in der DDR war gering, deren Wahrnehmung im öffentlichen Leben vermutlich auch. Einige dieser Migranten kamen als sogenannte VertragsarbeiterInnen, andere im Rahmen der internationalen Solidarität, zum Beispiel als Flüchtlinge aus Chile. Wie ist es diesen Menschen im Alltag ergangen? Sind sie ins Wohn-Ghetto abgeschoben und von der Gesellschaft ignoriert worden oder ein aktiver Teil der DDR-Gesellschaft gewesen? Wie haben die Medien Ausländer dargestellt? Hat die heute verstärkt in den neuen Ländern wahrnehmbare Fremdenfeindlichkeit eine Ursache im früheren Umgang des Systems mit Ausländerinnen und Ausländern?



4 // Zwischen Völkerfreundschaft und Fremdenfeindlichkeit

Almuth Berger, ehemalige Ausländerbeauftragte Brandenburgs, schilderte in ihrem Einleitungsreferat die Lage der ausländischen Bevölkerung in der DDR. 1989 gab es in der ehemaligen DDR nur gut ein Prozent nichtdeutsche Bevölkerung. Das Asylrecht war kein individuelles Recht des Asylsuchenden, sondern ein Recht des Staates auf Asylgewährung für sogenannte Politemigranten.

Es habe ein Dilemma gegeben zwischen dem Anspruch des Staates, eine demokratische, von den Ideen der internationalen Solidarität getragene Politik zu machen und der Realität, in der Integration kaum vorgesehen war. Das verstärkte Auftreten von Rassismus nach 1989 in den östlichen Ländern beruht nach Ansicht von Almuth Berger auch mit auf den geringen Erfahrungen und Kontakten mit Menschen anderer Herkunft. Dies habe zur Sündenbockfunktion, die Ausländer nach der Wiedervereinigung sehr schnell in den östlichen Ländern zugewiesen wurde, beigetragen.

Völkerfreundschaft war vom Staat verordnet, wurde aber nicht gelebt. Almuth Berger sieht es als eine solidarische Leistung der DDR an, dass sie jungen Menschen aus Entwicklungsländern eine Ausbildung ermöglicht hat und die Chance, Geld mit nach Hause zu nehmen. Aber zunehmend sei dieser Gedanke zurückgedrängt worden zu Gunsten ökonomischer Interessen und des Schuldenabbaus.

Wolfgang Beyreuther, ab 1977 als Staatssekretär im Arbeitsministerium für die Vertragsverhandlungen mit den jeweiligen Regierungen zuständig, verteidigte die Kooperationsprojekte mit befreundeten Ländern als solidarischen Akt der DDR-Führung. Dies galt nicht nur für die Vertragsarbeiter sondern auch für Studenten aus Entwicklungsländern wie z.B. aus Mozambik.

Thúy Nonnenmann ist vor 40 Jahren aus Vietnam nach West-Berlin gekommen. Als die ersten Boat People 1979 nach Berlin kamen hat sie das DRK und die Caritas bei ihrer Arbeit in ihrer Integrationsarbeit mit Beratung und Sprachvermittlung unterstützt.

1980 gab es die ersten Verträge zwischen Vietnam und der DDR zum Einsatz vor allem in der Leichtindustrie. Die VertragsarbeiterInnen aus Vietnam lebten in Heimen. Kontakt zur Bevölkerung war ihnen verboten. Die Lebensumstände waren schockierend, insbesondere für Frauen. Nonnenmann hat ihnen Deutschunterricht erteilt, leider nicht für lange Zeit, weil die Leute arbeiten mussten, um nachweisen zu können, dass sie von ihrem Einkommen leben konnten, um einen Aufenthaltstitel zu bekommen.

Roberto Rivera kam als Kind politischer Emigranten aus Chile. Damals suchten in der Mehrzahl chilenische Intellektuelle Zuflucht in der DDR. Da ein Teil von Ihnen jedoch nicht unbedingt mit den politischen Verhältnissen in der DDR konform waren, nutzten viele die DDR als Sprungbrett und verließen das Land schnell wieder, zum Beispiel, um nach Schweden zu gehen.

Für Elena Demke beschreibt das Verhalten des DDR-Staates gegenüber Ausländern sehr gut der Begriff der Fürsorgediktatur. Sie wurden versorgt, eingekleidet und bekamen zumindest am Anfang Sprachkurse. Von Seiten der deutschen Bevölkerung gab es eine Faszination des Exotischen, aber kaum Begegnungen auf Augenhöhe. In der medialen Darstellung konnte unter dem Deckmäntelchen der Solidarität Rassismus weiterleben oder sich neu entfalten. Fremdenfeindlichkeit war der DDR ein Tabuthema.

Diskussion:

Almuth Berger: Völkerfreundschaft wurde nicht gelebt

In einem Text über das Zusammenleben mit Ausländern aus den späten 80er Jahren, der zumindest in Ost-Berlin kursierte, kommt folgender Satz vor: «Wir haben die Freundschaft, mehr brauchen wir nicht». Dieser Satz drückt sehr deutlich das Dilemma aus, auf das wir immer wieder stoßen, wenn es um Ausländerinnen und Ausländer in der DDR geht. Solch eine Haltung war in der DDR weit verbreitet.

Auf der einen Seite ist der Anspruch des Staates und der führenden Partei, eine demokratische, von den Ideen der internationalen Solidarität getragene Politik zu machen. Es gab in der DDR eine ganze Reihe von Menschen, die eine solche Völkerfreundschaft und Solidarität durchaus sehr ehrlich gemeint und praktiziert haben. Es gab auch Ausländerinnen und Ausländer, die eine solche Haltung erlebt haben.

Ein ehemaliger Vertragsarbeiter aus Mozambik sagte später über seinen Aufenthalt in der DDR:

»In Deutschland, also der DDR, fühlte ich mich als ein Jemand, den fast alle gut behandelten. Sei es im Krankenhaus, bei der Arbeit, in öffentlichen Verkehrsmitteln. Ich genoss das Leben dort. Es muss eine Methode des Sozialismus gewesen sein, weil

man gut lebte. Vielleicht erschien es nur mir so, der ich aus dem elenden Afrika kam, als handele es sich um das Paradies«

Auf der anderen Seite gab es immer wieder Erfahrungen von Diskriminierung. »'ner Negerschlampe helfe ich nicht« sagte ein Passant im Eberswalde, als er von einer Frau mit einem schwarzen Baby im Kinderwagen um Hilfe gebeten wurde.

Im real existierenden Alltag der DDR gab es an vielen Stellen Verbote von Kontakten zu Ausländern. So konnte z.B. die Ehe mit einem Afrikaner mit massiven Nachteilen im Beruf bis hin zu einem Berufsverbot sanktioniert werden. Es gab die Nötigung zu Solidaritätsabgaben oder zur Mitgliedschaft in der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft. Formalisierte und ritualisierte Begegnungen ließen keine lebendigen Kontakte zustande kommen. Es gab rassistische Äußerungen oder Handlungsweisen, die, wenn sie bekannt wurden, durchaus streng bestraft, aber gleichzeitig tabuisiert wurden. »Ausländerfeindlichkeit, ich weiß gar nicht wovon sie reden. Bei uns gibt es keine Ausländerfeindlichkeit, bei uns gibt es Solidarität.« So ein Stadtbezirksbürgermeister, den ich 1988 auf rassistische Vorfälle ansprach.

Es waren folgenschwere Fehler der Politik, wenn Arbeitskräfte ins Land geholt wurden, ohne die Menschen dabei im Blick zu haben, deren Existenz eben nicht nur aus Arbeit besteht. Was nach außen als solidarischer Akt dargestellt wurde, hatte tatsächlich in hohem Maße auch eigene finanzielle Beweggründe. In welchem Ausmaß kommerzielle Interessen maßgeblich waren, ist allerdings erst mit der Möglichkeit der Einsicht in die zu DDR-Zeiten als geheime Verschlussachen behandelten Unterlagen der Verträge und der Beschlüsse des Zentralkomitees deutlich geworden. Gerade mal 1,1 Prozent der Bevölkerung der DDR, damals 17 Millionen, waren im Jahr 1989 Ausländer, 191 000 Menschen. In dieser Statistik wird die weitaus größte Gruppe von Ausländern, die Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte, mit ca. 350 000 Soldaten und Offizieren sowie ca. 200 000 Familienangehörigen und Zivilangestellten nicht mitgezählt. Diese Gruppen gehörten zwar zur Wirklichkeit

»Im real existierenden Alltag der DDR gab es an vielen Stellen Verbote von Kontakten zu Ausländern. So konnte z.B. die Ehe mit einem Afrikaner mit massiven Nachteilen im Beruf bis hin zu einem Berufsverbot sanktioniert werden.«

Almuth Berger

in der DDR, standen aber außerhalb des Alltags der meisten Menschen. Ihre Situation war geprägt durch die immer wieder beschworene unverbrüchliche deutsch-sowjetische Freundschaft und ritualisierte Begegnungen. Persönliche Kontakte zu DDR-Bürgern waren für die Soldaten verboten. Gegen die Besatzungsmacht existierten starke Antipathien in der Bevölkerung.

Wer waren die anderen 190 000 Ausländerinnen und Ausländer? Wir hatten in der DDR keine Asylbewerber oder Flüchtlinge. Wir hatten Politemigranten. Das Asylrecht war kein individuelles Recht des Asylsuchenden, sondern ein Recht des Staates auf Asylgewährung. Bürgern anderer Staaten konnte Asyl gewährt werden, wenn sie wegen politischer, wissenschaftlicher oder kultureller

Tätigkeit zur Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Interessen des werktätigen Volkes oder wegen ihrer Teilnahme am sozialen oder nationalen Befreiungskampf verfolgt wurden.

Die ersten dieser Politemigranten waren 1949 Griechen, die vor der Militärdiktatur flohen, 1950 wurden Spanier aufgenommen. Große Sympathie in der Bevölkerung genossen die Chilenen, von denen 1973, nach der Ermordung Allendes, eine größere Anzahl in die DDR kam. In den 70er und 80er Jahren fanden vor allem Angehörige afrikanischer Befreiungsbewegungen, der SWAPO oder der nicaraguanischen Befreiungsbewegung Aufnahme.

Beschlossen wurde die Aufnahme jeweils vom Zentralkomitee der SED. Für die Umsetzung und Finanzierung war dann das Solidaritätskomitee zuständig. Ausbildungen, zum Teil Kaderschulungen an verschiedenen Bezirks-, Partei- oder Gewerkschaftsschulen, aber auch Stipendien für ein Studium an einer Universität sowie medizinische Behandlungen gehörten zu den angebotenen Leistungen. So gab es im Klinikum Buch von 1978 bis 1991 eine sogenannte Solidaritätsstation, die ausschließlich der Behandlung und Rehabilitation ausländischer Patienten zur Verfügung stand. Über tausend Patienten aus 40 Ländern sind hier behandelt worden. Angefangen von Verletzten nach einem Überfall auf ein namibisches

Flüchtlingslager in Angola, bis 1990 noch zu irakischen Kurden mit schweren Napalmverletzungen.

Studenten kamen zunächst aus den Reihen der Politemigranten. Später kam eine größere Anzahl von Vietnamesen im Rahmen der Kriegsofferhilfe dazu sowie Studierende aus Entwicklungsländern oder aus befreundeten sozialistischen Staaten. In den 80er Jahren waren es dann jeweils konstant etwa 12 000 ausländische Studierende in der DDR. Insgesamt haben 50 000 ihr Diplom gemacht. Die Vergabe von Studienplätzen erfolgte nach außenpolitisch bestimmten Vorgaben des ZK der SED. Die Finanzen dafür kamen aus dem Staatshaushalt und aus dem Spendentopf des Solidaritätskomitees. Anfang der 80er Jahre kam dann noch eine neue Dimension, man entdeckte zunehmend das Studium auch als Devisenquelle. Für die gut zahlenden libyschen oder syrischen Aspiranten wurden Einzelzimmer im Wohnheim eingerichtet.

Auf jeden Fall kann man sagen, dass Universitäten und Universitätsstädte am ehesten Orte waren, in denen Ansätze von Interkulturalität erlebt werden konnten, da die ausländischen Studierenden in der Regel gemeinsam mit den deutschen Kommilitonen untergebracht waren und sich frei bewegen konnten.

Zum Schluss die wichtigste und größte Gruppe von Ausländern in der DDR, die noch benannt werden muss. Wir hatten in der DDR natürlich keine »Gastarbeiter« sondern wir hatten »ausländische Werk tätige, die zur zeitweiligen Beschäftigung bei gleichzeitiger Qualifizierung im Prozess produktiver Tätigkeit in sozialistischen Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik eingesetzt« wurden. Über die Modalitäten ihres Einsatzes, der Bezahlung, ihrer Unterbringung, ihrer Freizeit gab es detaillierte Abkommen mit der Regierung der DDR. 1990, also beim Ende der DDR, waren 90 000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus Regierungsabkommen in der DDR. 60 000 etwa aus Vietnam, 15 000 aus Mozambik, 10 000 aus Kuba, 1000 aus Angola, einige Hundert aus China, der Mongolei und Korea.

Grund für den Einsatz war der zunehmend größere Arbeitskräftebedarf der DDR. In einzelnen Fällen, besonders im Fall von Mozambik ging es allerdings vorrangig um dem Schuldenabbau Mozambiks gegenüber der DDR. Schon seit Mitte der 60er Jahre hatte es diesen zwischenstaatlich gelenkten Austausch von Arbeitskräften innerhalb des sozialistischen Wirtschaftsblocks gegeben. Vor allem mit Polen und Ungarn, später kamen dann auch Algerier, Libyer, Namibier und Iraker dazu. Mit Polen gab

es ein Abkommen über die Möglichkeit des Einsatzes als Pendler in den Grenzregionen.

Der in den Anfängen der Abkommen vorhandene Gedanke einer solidarischen Hilfe für die Entsendeländer wurde im Laufe der Zeit immer stärker von den kommerziellen Interessen der DDR überlagert. Deutlich wurde das z.B. daran, dass der Anteil an Ausbildung und Qualifizierung immer mehr zu Gunsten eines reinen Arbeitseinsatzes zurückging. Die Behandlung der Arbeiter, die Einschränkungen und die Restriktionen, denen sie unterworfen waren, haben zu Recht viel Kritik hervorgerufen. Der spätere Umgang mit ihnen in der Bundesrepublik war erneut außerordentlich problematisch.

Wolfgang Beyreuther: In der DDR gab es gelebte internationale Solidarität

Das Arbeitsministerium wurde ab 1977 von mir geleitet und zwar in historischer Gewohnheit und Folge, dass jeweils ein Gewerkschaftsfunktionär an der Spitze dieses Staatsorgans stand. Ich bin heute sehr dankbar für die vielen Erfahrungen, die mit den hochqualifizierten Mitarbeitern in diesem Staatsorgan gesammelt werden konnten. Die Arbeitsabkommen mit den Ländern Mozambik, mit Kuba und Vietnam trugen meine Unterschrift, neben der Unterschrift der Arbeitsminister der jeweiligen Länder, die Vertragsarbeiter in die DDR entsandt haben.

In Mozambik war die Lage so, dass die FRELIMO als starke gesellschaftliche Kraft 1972 entstand und 1975 siegte. Als die Leitung der FRELIMO 1975 an die Macht gekommen war, die aber nicht wusste, was man mit der Macht anfangen sollte, wandte sie sich an die Sowjetunion mit der Bitte um Hilfe. Die Sowjetunion wiederum wandte sich an die sozialistischen Länder Europas, darunter an die DDR. Da kam uns der Gedanke, die jungen Menschen, die überhaupt keine Erfahrung in der Lenkung und Leitung von Gesellschaft und Staat haben, in der DDR auszubilden. Deswegen kamen Tausende mozambikanischer Leute hierher, Kader genannt, und wurden in den verschiedensten Institution eingesetzt. Nicht nur als sogenannte Vertragsarbeiter in irgendwelchen Betrieben, auch in wissenschaftliche Bereichen.

Es gab in den Anfängen dieser Verträge nicht die Forderung oder den Wunsch der DDR, Leute kommt doch zu uns, wir haben keine Arbeitskräfte. Am Anfang stand immer der solidarische Gedanke, ihr seid ein neues, ein in die Familie der sozialistischen Länder hineingekommenes

Land, ihr habt nicht genügend Erfahrung, ihr habt keine qualifizierten Arbeitskräfte. Wir können euch helfen.

Deswegen wurde von uns die Möglichkeit zur Hilfe angeboten. Als die Vietnamesen kamen, kamen sie nicht in irgendwelche Kleinbetriebe, sie wurden in großen Betrieb und Kombinat eingesetzt. Dort lernten sie ein Vierteljahr die deutsche Sprache damit sie sich überhaupt verständigen konnten. Sie mussten untergebracht werden. Das waren Heime, in denen sonst auch deutsche Lehrlinge untergebracht waren. Die wurden geräumt, damit die vietnamesischen und mozambikanischen Werk tätigen unterkommen konnten.

Am Anfang stand der Wunsch, Solidarität zu üben. Am Ende gab es einige bedenkliche Dinge, die auch ich als verantwortlicher Staatssekretär nicht dulden konnte. Z.B. hatte 1988 die Leichtindustrie echte Probleme, die Forderungen der Plankommission zu erfüllen. Man brauchte Arbeitskräfte, umging das Arbeitsministerium und wollte mit Hilfe von Schalck-Golodkowski »Valuta Flugzeuge« nach Vietnam schicken, um damit jeweils 150 oder 200 vietnamesische Arbeiter zu holen. Das war also eine problematische Sache, denn am Ende der DDR war Mangel an Arbeitskräften da.

Die heutige Debatte hat in mir das Bewusstsein vertieft, dass die 200.000 Menschen, die hier ausgebildet worden sind, doch solidarische Gefühle in der DDR gespürt haben. Ich bin dankbar dafür, dass sich viele Menschen dafür eingesetzt haben, dass es unseren ausländischen Freunden hier gut ging. Ich habe heute erfahren, dass es Dinge gab, die man damals hätte anders machen sollen und heute besser machen würde. Ich habe in der DDR keine Ausländerfeindlichkeit propagiert und habe auch keine festgestellt.

Almuth Berger: Umgang mit Ausländern in der DDR hat Auswirkungen bis heute

Zu Anfang, in den Jahren vor 1979, war es durchaus eine solidarische Leistung der DDR zu sagen, junge Leute können hier bei uns eine Ausbildung bekommen, können arbeiten, können Geld mit nach Hause nehmen. Aber zunehmend ist dieser Gedanke zurückgedrängt worden zu Gunsten der kommerziellen Interessen der DDR, besonders im Interesse des Schuldenabbaus von Mozambik. Die DDR hatte Güter an Mozambik geliefert. Mozambik konnte das nicht bezahlen, denn sie hatten keine Devisen. Daraufhin ist vereinbart worden, dass mit

dem Arbeitskräfteinsatz diese Schulden abgebaut werden sollten. Sowohl ein Teil des Lohnes, der transferiert und nach der Rückkehr im Heimatland wieder ausbezahlt werden sollte, als auch Rentenansprüche und andere Sozialabgaben wurden an die Regierung Mozambiks nicht bar gezahlt, sondern mit den Schulden verrechnet. Das war wirklich auch ein Stück Menschenhandel.

Die Arbeiter von damals haben große Mühe gehabt, diese Gelder einzufordern und sind bis heute noch nicht voll befriedigt worden. Auf monatlichen Demonstrationen in Maputo werden immer wieder noch Forderungen erhoben.

Als nach der Wende wesentlich mehr Menschen ausländischer Herkunft in die Länder der früheren DDR gekommen sind, hatte es natürlich Auswirkungen, dass es vorher nur wenig Kontakte und kaum ein wirkliches Miteinanderleben mit Menschen anderer Herkunft gegeben hatte. Ausländerinnen und Ausländer waren vor allem als Arbeitskräfte wahrgenommen worden, kaum als Mitbürgerinnen und Mitbürger. Vorhandene Ressentiments und Ablehnungen wurden verstärkt durch die eigenen Existenzängste und Verunsicherungen, es kam sehr schnell dazu, Ausländern die Sündenbockfunktion für viele Probleme zuzuschreiben, die nach der Wende auf die Menschen in den neuen Bundesländern zukamen.

Thúy Nonnemann: Vietnamesische Frauen wurden unwürdig behandelt

Ich denke auch, dass der Solidaritätsgedanke zunächst ein Anliegen in der DDR-Führung war. Wie die Leute dann behandelt wurden, ist eine andere Sache. Vertragsarbeiter wurden auch »delegierte Werk tätige« genannt, die aus den Bruderländern kamen. Vietnamesische Vertragsarbeiter wurden in Heimen untergebracht, sie wurden kontrolliert, hatten keinen Kontakt nach außen. Sie blieben unter sich, hatten keine Möglichkeit eine Familie zu gründen.

Wie sie wohnten war beschämend. Ich habe im November 1989 so ein Heim für Frauen besucht. In einem Zimmer standen drei Betten, die durch Vorhänge getrennt waren. Für jede Frau gab es ein Bett, einen kleinen Schrank, einen Nachttisch, mehr nicht. Es gab eine Gemeinschaftsküche und Gemeinschaftsbadezimmer, und sie bezahlten für so eine Unterbringung 40 Mark. Für diesen Betrag konnte man in der DDR damals eine Wohnung mieten.

Zur Person:

Thúy Nonnemann, geboren 1938, wanderte vor gut 40 Jahren von Vietnam nach West-Berlin aus. Sie ist Bankangestellte und steht seit 1990 in enger Verbindung mit ehemaligen VertragsarbeiterInnen der DDR, insbesondere mit Frauen. Die Bankangestellte hat ihnen insbesondere bei Behördengängen geholfen. Die Nachricht des Mauerfalls hat sie bei sich zu Hause in West-Berlin im Radio gehört.

Zur Person:

Wolfgang Beyreuther, geboren 1928 in Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig, war Staatssekretär im DDR-Arbeitsministerium. Dort war er unter anderem verantwortlich für die Ausbildung ausländischer Arbeitskräfte in der DDR. Zuvor hat er eine Ausbildung als Maschinenschlosser gemacht, Maschinenbau an der Hochschule studiert und ein Diplom in Gesellschaftswissenschaften gemacht. Den 9. November 1989 hat Wolfgang Beyreuther an seinem Arbeitsplatz erlebt.

SCHÖN WAR DIE ZEIT ...?

4 // AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDER IN DER DDR

Zur Person:

Roberto Rivera Carlson, Jahrgang 1967, kam 1974 nach dem chilenischen Militärputsch mit seiner Familie in die DDR. Er hat als Exil-Chilene die DDR-Gesellschaft mit ihren inneren Widersprüchen und positiven Seiten kennengelernt. Den 9. November 1989 hat er zusammen mit vielen anderen begeisterten Menschen in Berlin erlebt. Heute ist Rivera Leiter einer Veranstaltungsagentur.

Zur Person:

Elena Demke, geboren 1968 in Potsdam, ist Historikerin und arbeitet als Referentin beim Berliner Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen. Den Tag des Mauerfalls hat sie in Leipzig erlebt. Gemeinsam mit anderen hat sie abends einen erfolgreichen Schritt im Voranschreiten der Rechte für Studierende gefeiert. Für sie waren allerdings im Erleben des Jahres 1989 die Leipziger Montagsdemonstrationen seit September und insbesondere am 9. Oktober einschneidender als der 9. November.

Die Vietnamesen wurden wie Sklaven behandelt. Sie wurden von Dolmetschern wie Vieh zur Arbeit begleitet und wieder zurückgebracht. Kontakt zur Bevölkerung der DDR gab es nicht oder nur in seltensten Fällen. Dies war von Seiten der DDR-Behörden und auch von der eigenen Botschaft unterbunden. Sie durften nur in diesen großen bewachten Heimen leben, mit bestimmter Besuchszeit und wurden bestraft, wenn abends noch Besucher im Hause waren. Deutsch lernten sie nur, bis es zur Arbeitsfähigkeit reichte.

Nach der Wende kamen Leute zu mir, die einen Dolmetscher brauchten, um einen Asylantrag zu stellen. Eigentlich sollten die Leute als Facharbeiter qualifiziert werden, aber mit den geringen Sprechkenntnissen konnten sie das nicht.

Vietnamesische Frauen wurden menschenunwürdig behandelt. Wenn sie schwanger wurden, mussten sie sich zwischen einer Abtreibung und einer Rückkehr in die Heimat entscheiden,

Ich finde, Solidarität mit einem Bruderstaat zu behaupten und die Menschen dieses Bruderstaates so zu behandeln, das ist ein leeres Wort.

Roberto Rivera: Für Chilenen war die DDR kein besonderer Hort der Freiheit

Ich wurde vor 40 Jahren in Chile geboren und kam 1974 nach dem Militärputsch mit meiner Familie in die DDR. 1973 war die ganze Welt darüber entsetzt, was da in Chile passierte. Die demokratisch gewählte Regierung Allendes wurde durch einen blutigen Putsch gestürzt. Die Bilder gingen um die Welt, als die Menschen versucht haben in Botschaften zu fliehen. Die chilenischen Dissidenten und Flüchtlinge wurden in alle Welt zerstreut.

Die DDR hat mit der Aufnahme von Flüchtlingen etwas besonderes geleistet. Auch in anderen Ländern wurden die Menschen aufgenommen, die nach dem Allende-Sturz flüchten mussten. In der DDR wurden die Asylanten schnell ins Berufsleben integriert, bekamen eine Wohnung und zinsgünstige Kredite für deren Einrichtung. Die spanische Sprache wurde für chilenische Kinder zum Pflichtfach. Natürlich kamen nicht nur Sozialisten in die DDR, sondern eine Mischung der Gesellschaft. In der Mehrzahl waren es chilenische Intellektuelle und darunter viele, die eine andere politische Orientierung, als die, die in der DDR vorherrschte, hatten. Das führte später dazu, dass viele die DDR als Sprungbrett genutzt haben,

die DDR zu verlassen und zum Beispiel nach Schweden zu gehen. Dann waren sie nicht mehr im Exil aus Chile kommend, sondern waren im Exil aus der DDR.

Elena Demke: Fürsorgediktatur, aber keine gelebte Integration

Wenn man sich für das Bild von Fremden interessiert, ist es lohnend, sich konkrete Bilder, Fotos, die verbreitet wurden, anzuschauen. Ich habe einen Bildband [Heinz Hoffmann u.a. (Hg.), Fotografie in der DDR. Ein Beitrag zur Bildgeschichte, Leipzig 1987] sowie die Zeitschrift »Elternhaus und Schule« [von den 50er Jahren bis 1990] systematisch hinsichtlich der Verwendung von Fotos mit Ausländern untersucht. Dabei wird deutlich, dass diese auf bestimmte Rollen reduziert werden. Afrikaner und Asiaten sind in der DDR als Lernende (mit der Implikation, dass sie wieder fortgehen werden) oder als Empfänger von Zuwendungen dargestellt und in der Heimat als Verfolgte und Leidende; in keinem Kontext jedoch als selbstbewusst Gestaltende. Bilder niedlicher dunkelhäutiger Kinder fungieren als Signale für das Thema Solidarität – das jedoch abstrakt bleibt. Von den Zeitschriften mit solchen Kinder-Fotos als Cover-Bild enthält keine einen Bericht zum Thema oder auch nur kurze Informationen zu abgebildeten Personen.

Bilder, die asiatisch oder afrikanisch aussehende Personen gemeinsam mit Einheimischen zeigen, gibt es nur ausnahmsweise. Da es sich bei letzteren nur um staunende Kinder oder Repräsentanten der Staatsmacht handelt, wird auch nicht Kontakt auf Augenhöhe, kein gegenseitiges Geben und Nehmen, dargestellt. Einheimische in Augenhöhe-Kontakt mit Ausländern findet man nur, wenn es sich um sowjetische Armeeingehörige handelt.

Ich meine nicht, dass die Redaktionen beschlossen oder gar Weisungen hatten, Ausländer in dieser Weise darzustellen, sondern vielmehr, dass es sich um verinnerlichte Vorstellungen des Passenden und Angemessenen in der Darstellung von Fremden handelt. Die mediale Darstellung von Ausländerinnen und Ausländern zeigt, wie hinter der Inszenierung von Solidarität Rassismus weiterleben oder sich auch neu entfalten konnte.



5 // Wir waren die stärkste der Parteien

Kapitel 5 //

Wir waren die stärkste der Parteien

Von der SED zur Linkspartei

Termin:	16. April 2008
Podium:	Günter Schabowski (Autor, ehem. Mitglied des Zentralkomitee der SED), Klaus Höpcke (ehem. stellv. Kulturminister der DDR), Prof. Dr. Konrad Jarausch (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), Werner Schulz (Bürgerrechtler)
Moderation:	Jürgen Engert (Journalist)
Impulsreferat:	Werner Schulz

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hat die DDR vierzig Jahre diktatorisch regiert. Bis heute wird jede Verantwortung für Unrecht und Verfolgung auf die Staatssicherheit fokussiert. Die SED benannte sich um in PDS und sicherte sich ihr Millionenvermögen. Heute ist sie als Linkspartei für viele Menschen politisch wieder attraktiv. Warum wird die Verantwortung der SED für das DDR-System so unkritisch gesehen? War die Revolution der Bürgerbewegten zu friedlich, um auch mit der herrschenden Partei abzurechnen? Mit welchen Machtinstrumenten sicherte die SED ihren Einfluss auf die DDR-Gesellschaft? Warum drängt niemand die PDS/Linkspartei zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit?

Der Bürgerrechtler Werner Schulz rief in seinem Impulsreferat auf, die Geschichte der SED von ihren Anfängen her zu diskutieren. Er wies darauf hin, dass bereits die KPD militärisch organisiert und gewaltbereit war. Die stalinistischen Funktionäre um Walter Ulbricht kamen 1945 mit dem Auftrag nach Berlin, eine kommunistische Kaderpartei aufzubauen. Schulz zeichnete das Bild eines von den Sowjets in Pankow abgelegten roten Eies, aus dem eine stalinistische Raupe, aber nie ein demokratischer Schmetterling wurde. Die Diktatur sollte nach dem Plan ihrer Vordenker alle Lebensbereiche durchdringen. »Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles im Griff haben« lautete das entsprechende Zitat von Walter Ulbricht.

In der auf das Referat folgenden Diskussion berichtete Klaus Höpcke, ehemaliger stellvertretender Kulturminister der DDR und für die Buchzensur zuständig, wie er als junger Genosse 1950 für das Tragen seines Parteiabzeichens angefeindet wurde. Moderator Jürgen Engert reagierte auf diese Schilderung mit einer anderen, nicht seltenen Begebenheit aus den 50er Jahren: Der Direktor einer Schule in Dresden verlas die Namen der Schüler, die der »Jungen Gemeinde« angehörten. Die jungen Christen wurden auf die Bühne der Aula zitiert und gefragt, ob sie bereit seien, aus der »Jungen Gemeinde« auszutreten. Von den auf die Bühne Zitierten blieben drei stehen. Daraufhin sagte der Direktor, jetzt werde darüber abgestimmt, ob diese Schüler auf der Schule bleiben dürften oder ob sie diese verlassen müssten.

Der ehemalige Bezirksparteichef von Berlin, Günter Schabowski, erklärte, was ihn damals an der Idee des Sozialismus faszinierte. Er beschrieb die hohe moralische Legitimation, die die Kommunisten aus der faschistischen Vergangenheit Deutschlands bezogen. Das Problem der Verführbarkeit spielte für ihn ebenfalls eine entscheidende Rolle. Werner Schulz hielt der Ausführung entgegen, dass es gerade in der DDR für Anhänger des Hitlerfaschismus oft einen nahtlosen Übergang in die SED gab.

Dass die Nachfolgepartei der SED, die PDS oder inzwischen Die Linke, heute wieder eine erfolgreiche Partei sein kann, sieht Günter Schabowski in der fehlenden Auseinandersetzung mit der Geschichte der Partei begründet. Die Debatte über die Staatssicherheit habe die Beschäftigung mit der Verantwortung der SED vergessen lassen.

Der Historiker Konrad Jarausch plädierte dafür, das Leben in der DDR breiter als mit dem verkürzenden Begriff des Unrechtsstaats zu diskutieren. Einerseits ge-

hörten die Repression der Stasi und die Überwachung durch die Partei zum alltäglichen Leben, andererseits konnten aber die Bürger der DDR versuchen, sich in die berühmten Nischen wie ihre Datschen zurückziehen, oder ihre Zelte an einem der Seen in Brandenburg aufschlagen. Dieser Widerspruch war für den Charakter der DDR grundlegend, denn ohne Alltag, so Jarausch, gibt es keine Diktatur.

Impulsreferat

Werner Schulz: Totalitär von der ersten Stunde an

»Als Bürgerrechtler brauchte man in der DDR Zivilcourage und möglicherweise den Mut der unerschöpflichen Hoffnung, dass sich etwas ändern könnte oder dass man etwas ändern kann. Ich bin nie Mitglied dieser fragwürdigen und im negativen Sinne ruhmreichen Partei SED gewesen. Für mich ist die DDR nie eine Deutsche Demokratische Republik gewesen, sondern eine Lüge mit drei Buchstaben. Sie standen vor allem für Dogmatismus, Diktatur und Realitätsverweigerung bzw. es war ein Demagogisches Diktatur Regime. Ich habe deswegen bei meiner ersten Wahl, als die DDR-Verfassung zur Abstimmung stand, im April 1968 mit Nein gestimmt. Das war meines Wissens die einzige Wahl, die es in der DDR gab, wo man im Unterschied zur Blockwahl oder dem üblichen Zettelfalten mit Ja oder Nein abstimmen konnte. Ich habe diese Verfassung abgelehnt, weil dort im Artikel 1 Absatz 1 die führende Rolle der Partei verankert war. Ich fand, dass dies keine freiheitliche Verfassung sein kann, wenn dort der ewige Führungsanspruch, der Machtanspruch einer Partei auf Ewigkeit festgeschrieben steht. So haben das etliche meiner damaligen Mitschüler auch gesehen. Etliche habe ich später in der Opposition oder am Runden Tisch wiedergetroffen.

Die SED war von Anfang an eine totalitäre Partei. Ihr Gesellschaftsmodell war das der Diktatur. Einer angeblichen Diktatur des Proletariats, die in Wirklichkeit aber die Herrschaft einer Funktionärsnomenklatura war. Die Ursachen und Gründe liegen in der Geschichte der Partei. Die KPD war seit ihrer Gründung eine durchorganisierte und zu Gewalt bereite Partei. Sie ist in einer Revolution zur Welt gekommen und hat nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Ansätze zu einer militärischen Hierarchie, einer militärischen Disziplin verstärkt. Die Stalinisierung der Partei hat ein Übriges

Zur Person:

Werner Schulz ist 1950 in Zwickau geboren. Er ist Diplomingenieur für Lebensmittelchemie und Lokomotivschlosser. Schulz ist seit den 1970er Jahren aktiv in der kirchlichen Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung. Er war seit 1981 Mitglied des Pankower Friedenskreises und gehörte 1989 zu den Gründungsmitgliedern des Neuen Forums, das im Bündnis 90 aufging. Von 1990 bis 2005 war er Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen. 2009 ist er für Bündnis 90/Die Grünen ins Europaparlament gewählt worden.

ergeben und die Klassenkämpfe und die Straßen- und Saalschlachten in der Weimarer Republik sind bekannt. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist daraus die SED gegründet worden. Im Grunde genommen haben die Sowjets ein rotes Ei in Pankow abgelegt, aus dem eine stalinistische Raupe, aber nie ein demokratischer Schmetterling geworden ist.

Nach dem Krieg waren es vor allem die Jahrgänge der damaligen Hitlerjugend, die relativ schnell das braune Hemd gegen das blaue Hemd der FDJ getauscht haben. Der NS-Staat hatte massenhaft einen totalitären Charaktertypus geprägt, der bestens in diese stalinistische Partei hinein passte. Ich habe viele Funktionäre kennen gelernt, die in der Hitlerjugend waren und die kein Problem mit ihrer reibungslosen Metamorphose hatten. Sie mussten darüber in ihrem Leben nie Rechenschaft ablegen. Einen Klärungsprozess wie 1968 im Westen hat es in der DDR nicht gegeben. Diese Parteifunktionäre wurden nie gefragt, was habt ihr denn damals gemacht, wo habt ihr mitgemacht, was war ein Fähnleinführer? So wurde das trügerische Bild geschaffen, als seien alle aus dem antifaschistischen Widerstand gekommen.

In der SED herrschten von Anfang an Misstrauen, Überwachungs- und Kontrollmethoden. Diese Krebsgeschwüre brachten die Kommunisten, welche die Emigration in Moskau überlebt hatten, aus der Sowjetunion mit. Das gesamte stalinistische Instrumentarium der Gehirnwäsche, der Überwachung im Inneren und im Äußeren kam zum Einsatz. Der Führungsanspruch der SED zog sich durch alle Gesellschaftsschichten, alle Lebensbereiche. Es ist das Kennzeichen einer totalitären Diktatur, dass sie alles beherrschen will. Zuerst wurden die Sozialdemokraten mit Druck und Zwang, zum Teil auch aus Überzeugung, mit der KPD vereint. Später wurden sie politisch matt gesetzt oder sogar personell liquidiert. Jeder Andersdenkende, das zeigen die Konflikte von 1953 und von 1956 wurde kompromißlos ausgeschaltet. Die Geschichte der KPD bzw. SED ist eine Geschichte der »Säuberungsprozesse«. Eine zentralistisch ausgerichtete Macht, die den gesamten Staat, die gesamte Gesellschaft und alle Lebensbereiche in der Hand hatte. Ich freue mich, dass man heute den Fokus auf die eigentlich Verantwortlichen in der DDR legt und nicht auf die Staatssicherheit. Die Staatssicherheit war Schild und Schwert in den Händen der Parteiführung. Nicht ein Staat im Staat. Aufschlussreich erscheint mir in diesem Zusammenhang eine Sitzung am 3. Dezember 1989, auf der Hans Modrow (damals Vorsitzender des Ministerrates und heute Ehrenvorsitzender der Linkspar-

tei, Anm. d. Red.) gesagt hat, wir machen uns den Frust der Bevölkerung, den Zorn auf die Übergriffe der Stasi zu eigen, indem wir die Schuld auf die Stasi abschieben und auf Alexander Schalk-Golodkowski (Mitglied des Zentralkomitees und Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung beim Ministerium für Staatssicherheit, Anm. d. Red.). Wir brauchen Sündenböcke, um die Partei zu retten.«

Diskussionsbeiträge

Klaus Höpcke: Buchzensur kurz vor dem Herbst 1989 abgeschafft

»Ich bin 1950 als Kandidat in die SED eingetreten, am 28. Juni, noch als Oberschüler. Damals war die Situation so, dass ein junger Mensch, der in die SED eintrat, dafür von vielen angegriffen wurde. Diejenigen, die in diesem Alter sind und in der DDR gelebt haben, können das beurteilen. Wie Sie wissen, hatte die SED ein Parteiabzeichen, und ich habe das als junger Mensch an meine Jacke gemacht. Zwei ältere Mitschüler packten mich an der Jacke und sagten, mit diesem Abzeichen wirst du nicht an der Schule rumlaufen. Ich habe gesagt, das bleibt dran, und im Laufe der Zeit haben die sich daran gewöhnt.

Meine Mitgliedschaft in der SED begann im Februar 1953, da hatte man davon, was am 17. Juni passieren sollte, noch keine Ahnung. 1953 war ich Praktikant in der Hallensischen Zeitung »Freiheit« und habe dazu beigetragen, dass die Ausschreitungen, die damals zugange waren, sich nicht auf die Redaktion und das Gebäude bezogen haben. Dann habe ich an den Diskussionen in der Redaktion teilgenommen. Wir sind in die Fabriken und Dörfer gefahren, um über die Ursachen zu diskutieren. Wir wollten dafür sorgen, dass die Bedingungen verbessert werden, damit solche Anlässe für Unruhen nicht mehr da sind.

Ein Buch gar nicht zu publizieren, war in dieser Totalität sehr selten. Es ging mehr darum, wie mit dem entsprechenden Verlag und den Autoren diskutiert wird. Um welche Passagen und Konstellationen es gehen soll. Deswegen ist es in solchen Debatten dazu gekommen, dass Autoren sich durchgesetzt haben. Teilweise wurden Zugeständnisse gemacht, aber Autoren haben auch Forderungen abgelehnt. Der häufigere Fall war der, dass letztendlich eine Verständigung stattfand. In unserer Selbstbewertung haben wir das in den letzten Jahren der

DDR trotzdem für ungünstig gehalten, weil dadurch in den Autoren selber sich eine Zensur herausbildete, die ungünstig für die Literatur war. Deswegen sind wir am Ende der DDR auch zur Abschaffung der Buchzensur gekommen. Das ist 1988 beraten, Ende des Jahres im Schriftstellerverband erläutert und ab 1. Januar 1989 praktiziert worden. Es wird im Nachhinein manchmal so hingestellt, als ob es sich um ein Ergebnis der Volksbewegung handelte. Aber man kann sagen, es war im Vorfeld der Volksbewegung, vor den Umbrüchen des Herbstes.«

Günter Schabowski: Politik der alten Bundesrepublik mitverantwortlich für Aufstieg der PDS

»Bei der Gründung der SED spielte es eine große Rolle, dass hinter uns die Zeit des Faschismus lag. Aber ich halte mir viel darauf zugute, dass ich in meiner Schulklasse in der Endphase dieses Nazideutschlands mit vier, fünf anderen eine Aversion gegen diese Naziherrschaft hatte. Und wenn die jungen Leute 1950 sich zu einer SED-Mitgliedschaft relativ leicht entschieden haben, dann kann man das nicht erklären, ohne die Tatsache, dass eine ungeheuere moralische Legitimation bestanden hat durch diese faschistische Vergangenheit. Was hatte denn Deutschland zu bieten? Nichts. Demokratie, wo war denn die? Und du (zu Klaus Höpcke, Anm. d. Red.) hast zu Recht darauf verwiesen, dass Nazis oder zumindest Leute, die damit zu tun hatten, dich angepöbeln haben. Es geht mir nicht darum zu rechtfertigen. Es geht darum zu erklären, wie es zu solchen Entwicklungen kommt. Das Problem der Verführbarkeit spielt eine enorme Rolle, und darum geht es.

Die Entartung liegt bereits bei Marx. In der absolutistischen Vorstellung einer Organisation, einer sogenannten klassenlosen Gesellschaft. Und das absurde an der ganzen Geschichte ist, dass diese klassenlose Gesellschaft nur durch einen Machtfaktor existieren kann, der alles andere einebnet. Eine einzige Partei. Und dieser Anspruch findet sich überall bei Marx. Es gibt überhaupt keine sogenannte demokratische lebensfähige Variante des Antikapitalismus. Er ist mehr oder weniger

»Es würde nicht reichen, wenn man nur erklärt, ich bin bescheuert gewesen, verführt oder sonst was.

Es hat Gründe dafür gegeben und die liegen in der eigenen Erfahrung mit den Nazis.«

Günther Schabowski

von Anfang an verseucht gewesen. Diese faschistische, unmittelbar zurückliegende Vergangenheit erleichterte uns jüngeren Leuten den Zugang zur SED. Damit war alles legitimiert und gerechtfertigt. Und im Gegenteil, der Westen kam uns vor wie die nachträgliche Rechtfertigung dieser Vergangenheit. Am 17. Juni 1953 war ich bei der Gewerkschaftszeitung »Tribüne« und kann mich noch daran erinnern, wie wir durch Berlin liefen und zu einer Argumentationsbesprechung ins ZK gingen. Wie die Radfahrkolonnen durch Berlin rasten und alles schien zu diesem Bild der westlichen feindlichen Verschwörung zu passen. So sehr war ich auch noch zu diesem Zeitpunkt unter diesem Einfluss. Es würde nicht reichen, wenn man nur erklärt, ich bin bescheuert gewesen, verführt oder sonst was. Es hat Gründe dafür gegeben und die liegen in der eigenen Erfahrung mit den Nazis.

Wenn ich SED sage, dann war das keine Partei wie die SPD oder die CDU. Es war eine Kaderpartei, die ihre Mitglieder schulte. Natürlich gab es auch Abweichungen, aber im Prinzip war die Denkweise so: Die Leute, die zur Kirche gehen, befinden sich im Unrecht, auf einem falschen Kurs. Die müssen, wenn man sie öffentlich zitiert und ihnen das nahe legt, davon abschwören. So war die Denkweise. Das war ein Moment, das immer wiederkehrte. Natürlich spielte da auch eine Rolle, dass man in diesem Wirkungskreis mit 2,3 Millionen Mitgliedern anerkannt wurde und sich durchsetzen konnte. Die Anerkennung dafür, dass wir für die bessere Sache sind. Wir werden respektiert. Wir sind die Lehrer des Volkes, auch als Journalisten. Das waren die Umstände, die den einzelnen beeinflussten.

Die Politik der alten Bundesrepublik trägt einen erheblichen Teil Verantwortung mit daran, dass die PDS sich so etablieren kann. Es ist ja nicht nur so gewesen, dass die PDS allgemein als ein Verein von grauen Mäusen betrachtet wurde. In den 90er Jahren hielt ich in den alten Bundesländern Vorträge über die PDS. Da wurde mir von Bundesbürgern entgegengehalten, es ist wunderbar, dass wir endlich eine Kraft in diesem Parlament haben, die diesem eingefuchsten oder bürokratischen Parteienapparat etwas einheizt. Da spielte natürlich die alles überstrahlende Physiognomie eines Gysi eine

Zur Person:

Günter Schabowski, geboren 1929 in Anklam/Mecklenburg-Vorpommern, hat Journalistik in Leipzig studiert. Von 1985 bis zum Zusammenbruch der DDR war er Erster Sekretär der Berliner SED. 1990 wurde er aus der SED/PDS ausgeschlossen. Am 6. November 1989 hatte Günter Schabowski einen historischen Auftritt. In seiner Funktion als Mitglied des Politbüros der SED verlas er auf einer live ins DDR-Fernsehen übertragenen Pressekonferenz vor Journalisten die »zeitweilige Übergangsregelungen für Reisende und ständige Ausreisen aus der DDR in das Ausland«, die anders als bisher »ohne Vorliegen von Voraussetzungen« angetreten werden durften. Am Ende der Pressekonferenz sagte er auf Nachfrage eines Journalisten, ab wann die neuen Regelungen in Kraft treten würden, den zur Legende gewordenen Satz: »Das tritt nach meiner Kenntnis... ist das sofort, unverzüglich.«

Zur Person:

Klaus Höpcke, geboren 1933 in Cuxhaven, war ehemaliger stellvertretender Kulturminister der DDR. Er entschied in Abstimmung mit dem Zentralkomitee der SED und dem Politbüro, welche Bücher veröffentlicht werden durften und welche nicht. Als die Mauer fiel, war Klaus Höpcke im Gebäude des Zentralkomitees der SED am Werderschen Markt. Nach der Wiedervereinigung war Höpcke bis 1999 PDS-Landtagsabgeordneter in Thüringen.

große Rolle. Es setzte nach 1990 nicht eine konsequente harte Auseinandersetzung mit dieser Partei ein, die ja im Grunde ihre Macht aufgeben musste durch den größten politischen Gau, den eine Partei überhaupt erzielen konnte, nämlich durch Fußtritt der Massen. Wir wollen doch nicht vergessen, dass die SED letztlich gestürzt wurde durch die Opposition und die Menschen in der DDR. Ohne diese Opposition, ohne den Widerstandsgest dieser Leute, die ja alles, auch Gefängnis riskierten, wäre es nie dazu gekommen. Dann hätte man in der Bundesrepublik diese Opposition gar nicht zur Kenntnis genommen. Es war doch so, dass Ende der 80er Jahre viele bundesrepublikanische Politiker die DDR besucht haben. Durch die Courage der Opposition sahen die sich genötigt, durchaus auch Kontakt aufzunehmen mit Oppositionspolitikern.

Die Leute denken nicht prinzipiell. Sie jagen die SED zum Teufel, weil sie nichts taugt. Dann kommen die großen Hoffnungen und Erwartungen und es kommt heraus, dass es zu viele negative Dinge wie z. B. Arbeitslosigkeit gibt. Dann wandelt sich das Bild. Man erinnert sich nur noch an positive Bezüge und die PDS konnte sie zitieren.

Es gibt Faktoren, die weder die SED beseitigen konnte in einem absolutistischen System, noch kann die Demokratie das lösen. Wir wissen ja, wie das ist mit der internationalen Verflechtung, dass man dort abwandert, wo am wenigsten ist. Dass hier die Arbeitsplätze verschwinden. Dass die Gewerkschaften für höhere Löhne kämpfen und damit weitere Arbeitsplätze zugrunde gehen usw. Vor diesem Irrsinn ist auch eine demokratische Gesellschaft nicht frei. Alle diese Faktoren, und das hört sich sicher nicht sehr präzise an, spielen eine Rolle, dass die PDS oder Linke, wie sie sich jetzt nennt, einen gewissen Aufschwung erlebt.«

Konrad Jarausch: Der Alltag gehört mit in die Diskussion

»Mir fehlt der Alltag in der totalitären Charakterisierung der DDR, wie sie Herr Schulz vorgenommen hat. Die anormale Normalität des Lebens im Osten hat auch viel zur jahrzehntelangen Stabilität der DDR beigetragen. Die SED-Diktatur war beides: Die Repression der Stasi und die Überwachung der Partei, aber auch, dass man die berühmten Nischen wie eine Datsche haben, dass man irgendwo sein Zelt an einem der Seen in Brandenburg aufschlagen konnte. In den letzten 10 Jahren des Sozialis-

mus hat die SED immer mehr mit Anreizen gearbeitet. Sie hat versucht, durch Belohnungen Leute zur Konformität zu kanalisieren. Sie musste nicht mehr zur physischen Gewalt greifen, sondern sie benutzte andere, subtilere Methoden. Ich denke, das was die Sache so spannend und so schwierig für die Diskussion im politischen Raum macht, ist der ursächliche Zusammenhang der Repression zu dem alltäglichen Leben, das noch existieren konnte. Das System der Unterdrückung machte ein quasi-normales tägliches Leben möglich, und das quasi-normale tägliche Leben wiederum stützte das System der Unterdrückung. Denn ohne Alltag gibt es keine Diktatur. Dieser Grundwiderspruch polarisiert auch die gesellschaftliche Erinnerung: Die Opfer und Gegner des Regimes betonen die Repression, während seine früheren Stützen und die PDS auf die relative Normalität hinweisen.«

Brief von Günter Schabowski an die Veranstalterinnen wenige Tage nach der Diskussion

Antwort von Günter Schabowski auf ein Schreiben von Franziska Eichstädt-Bohlig und Alice Ströver, in dem die beiden Abgeordneten sich für seine Teilnahme an der Diskussion bedankt haben.

*Sehr geehrte Frau Eichstädt-Bohlig,
sehr geehrte Frau Ströver,*

über Ihr Schreiben habe ich mich sehr gefreut. Herzlichen Dank dafür. Ich teile Ihre Auffassung, dass in der Tat erheblicher Aufhellungsbedarf besteht, und Sie mit Ihrer Veranstaltungsreihe leisten einen wichtigen, in der Parteienlandschaft im Grunde einzigartigen Beitrag dazu, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen und abzuwehren.

Der Medienwiderhall ist wie stets gemischt und unterstreicht damit, wie wichtig eine Initiative wie die Ihre ist.

Dass meine Erbsünde auf ewig eine bestimmte Art von Resonanz provoziert, bin ich gewöhnt. Es reizt mich nur fortzufahren. Dass Sie mir ungeachtet dessen ein solches Schreiben zukommen ließen, ehrt und bestärkt mich.

Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute und Erfolg in Ihrem politischen Wirken.

Günter Schabowski, 22. April 2008



Kapitel 6 // Null Bock auf DDR: Hippies, Punks, Skins

Jugendszene und Systemreaktion

Termin:	25. Juni 2008
Podium:	Angela Kowalczyk (Punk in der DDR, Autorin), Dr. Dagmar Enkelmann, MdB (Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag), Ralf Hirsch (Organisator der Bluesmessen), Harald Hauswald (Fotograf, Agentur Ostkreuz)
Moderation:	Peter Wensierski, (Journalist »Der Spiegel«)

Die Bands hießen »Wutanfall« oder »Die Braut haut ins Auge«. Mit ihren Texten konfrontierten sie das DDR-Establishment mit ihren Vorstellungen von Freiheit und Unabhängigkeit. Vor allem in der Punk-Musik wurde eine ganz eigene Sicht auf das Leben in der DDR entwickelt. Und zwar jenseits der staatlichen Jugendorganisation FDJ, die als Kampfesreserve der Partei agierte und das politische und kulturelle Leben der jungen Generationen dominieren sollte. Offenheit für andere Kulturen, für moderne Musik oder für unabhängiges Denken waren nicht gefragt. Dass sich zum Ende der 70er und in den 80er Jahren alternative Milieus entwickelt haben, wurde argwöhnisch beobachtet. Doch konnten diese unterschiedlichen Jugendszenen überhaupt eine gesellschaftliche Wirkung entfalten, hatten sie einen Anteil an der friedlichen Revolution? Wie haben die Sicherheitskräfte, wie hat die Partei auf diese Entwicklungen reagiert? Wo sind die AkteurInnen von damals geblieben?

Als 1980 die Zeit der rebellischen Jugend und des Punk in der DDR begann, war Angela Kowalczyk 15 Jahre alt. Auf einer Fete traf sie die ersten Punks, war fasziniert, vor allem von deren Musik. In ihr erwachte die Rebellion, sie begann Nein zu den Umständen in ihrer Umgebung zu sagen und veränderte damit ihr Leben von Grund auf. Sie fühlte sich einer anderen Lebensweise als der in der DDR »normalen« nahe.

Dort, wo sich die Punks im Plänterwald trafen, waren auch Popper und Teds. Die Toleranz, die damals im Umgang miteinander vorhanden war, die würde sie in der heutigen Gesellschaft manchmal vermissen. Einiges gefiel ihr in der DDR nicht, einen Ausreiseantrag hat sie aber wegen ihrer diabetischen Mutter zurückgezogen. Eines Tages wurde sie von der Stasi auf der Arbeitsstelle festgenommen. Ihren 17. Geburtstag verbrachte sie im Stasigefängnis.

Angela Kowalczyk entwickelte zunehmend Aversion auch gegen das politische System. Im Staatsbürgerkundeunterricht wurde Humanität gepredigt. Die Realität sah jedoch anders aus. Sie fühlte sich in die Politik hineingedrängt ohne zunächst wirklich politisch zu sein. Nie hätte sie geglaubt, ins Visier der Stasi zu geraten. Heute wisse sie, dass Punk zu sein schon als politischer Akt gesehen und sie allein deswegen bereits von der Stasi beobachtet wurde.

Dagmar Enkelmann war in den 80er Jahren als junge Lehrerin für Geschichte an der Jugendhochschule Leipzig tätig, hat einen wissenschaftlichen Blick auf Außenseiter in der DDR-Gesellschaft. Sie berichtete, dass sie in ihrer Dissertation mit dem Titel »Zur Identitätskrise der Jugendlichen in der DDR« auch ein intolerantes Verhalten der Bevölkerung auf junge Menschen mit anderen inneren und äußerlichen Wertvorstellungen – wie den der Punks – thematisiert habe. Sie sah die Ende der 80er Jahre bei Jugendlichen abnehmende Identität mit der DDR durchaus als ein Problem, auf das der Staat zu reagieren habe. Das Phänomen belegten auch andere offizielle Studien. Allerdings waren das Arbeiten, die im Panzerschrank blieben, die für die Veröffentlichung nicht vorgesehen waren. Einer dieser Protagonisten war Ralf Hirsch. Er organisierte ab 1979 die legendären Bluesmessen in Berlin. Zu den letzten Bluesmessen kamen sieben- bis achttausend Jugendliche aus der ganzen DDR – auch deswegen, weil dort nicht nur Musik präsentiert wurde, sondern Sketche zu politischen Themen wie zur Reisefreiheit oder Menschenrechtsfragen aufgeführt wurden. Das machte die Bluesmessen schnell interessant für die

staatlichen Organe, vor allem den Staatssicherheitsdienst. So gerieten viele Jugendliche in die Fänge staatlicher Maßnahmen. Sie wurden in Jugendhäuser und Jugendwerkhöfe gesteckt. In Thorgau wurden junge Menschen mit 14 Jahren eingesperrt.

Interessanterweise gab es keine oppositionellen Jugendlichen mit rechtsradikalem Hintergrund in der DDR. Junge Leute mit rechtsradikaler Gesinnung waren viel mehr in das staatliche System eingebunden. Das berichtet Harald Hauswald, wichtigster Fotograf der Szene. Die rechts angehauchten Hooligans des BFC Dynamo Berlin zum Beispiel seien bei der Stasi sehr angesehen gewesen, weil es »ordentliche Deutsche« waren.

Diskussion:

Angela Kowalczyk: Staatliche Repression hat mich in die politische Ecke gedrückt


Ich wurde 1965 in Ost-Berlin geboren und bin ganz normal aufgewachsen. Ungefähr seit meinem 15. Lebensjahr fühlte ich mich in der Schule immer mehr als Außenseiterin. Ein Schlüsselerlebnis der Veränderung war eine Party im Prenzlauer Berg, auf der ich zum ersten Mal bewusst Punkmusik der »Sex Pistols« hörte und fasziniert war. Ich sah noch ganz brav aus, aber die Rebellion war in mir erwacht und ich wagte auf einmal bewusst »Nein« zu sagen. Von dem Moment an hat sich ein Hasspotenzial auf alles aufgestaut. Der Treffpunkt der Szene war im Plänterwald. Im PW-Schuppen, in dem wir uns trafen, waren Popper, Teds, Punks. Man lernte aus allen Bereichen Leute kennen und es war Toleranz vorhanden, die ich heute manchmal vermisse. Im Staatsbürgerkundeunterricht predigten sie uns Humanität, doch in der Realität sah alles ganz anders aus. Auch mein Elternhaus sah nach außen hin richtig toll aus, aber man durfte nicht hinter die Kulissen gucken. Das war alles normal, das war das liebevolle Zuhause, das man hatte. Und man ist halb zusammengeprügelt worden.

Einmal hat uns die Volkspolizei festgenommen. Ich bin nie auf die Idee gekommen, dass ich dem Staat ins Visier gerate. Ich hatte ja nie vorgehabt, irgendwelche politischen Sachen zu machen. Mir gefielen einige Sachen in der DDR nicht. Ich habe aber einen Ausreiseantrag in der U-Haft wieder zurückgenommen. Grund war meine Mutter, die starke Diabetikerin war und es wohl nicht überstanden hätte. Außerdem konnten wir ja nicht alle

Zur Person:

Angela Kowalczyk ist 1965 in Ost-Berlin geboren. Sie hat eine Lehre zur Fachverkäuferin für Autoersatzteile gemacht, eine Ausbildung zur Wirtschaftsskauffrau und später eine Umschulung zur Zahnarthelferin. Heute arbeitet sie unter anderem als freie Autorin. Als Jugendliche rebellierte sie heftig gegen das System DDR. Am 9. November 1989 war Andrea Kowalczyk mit ihrem dreijährigen Sohn zu Hause – sie hatte Angst, dass das Ereignis eine Stasi-Finte war.

Pressemitteilung des SPIEGELS vom 3. Januar 1984 anlässlich der Erscheinung des Buchs »Null Bock auf DDR – Aussteigerjugend im anderen Deutschland«. Einer der Autoren, Peter Wensierski, hat die hier dokumentierte Diskussion moderiert.



DER SPIEGEL POSTFACH 11 04 20 2000 HAMBURG 11

SPIEGEL-VERLAG
RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
SITZ UND REGISTERGERICHT HAMBURG HRA 61 755
BRANDSWIETE 19/OST-WEST-STRASSE
2000 HAMBURG 11
TELEFON (040) 3 00 71 TELEEX 02-162 477
TELEGRAMM SPIEGELVERLAG
BLZ 200 400 00
COMMERZBANK AG, HAMBURG, KONTO-NR. 618 1986
BLZ 200 304 00
BANKHAUS MARIENBURG & CO., HAMBURG, KONTO-NR. 1413 004
DURCHWAHLNUMMER
(040) 30 07 **724**
HAMBURG, den 3. Januar 1984

Sehr geehrte

das SPIEGEL-Buch "Null Bock auf DDR – Aussteigerjugend im anderen Deutschland" beschreibt neue Tendenzen im östlichen Teil Deutschlands, die das herkömmliche Bild von der DDR erheblich korrigieren.

Die Autoren, Wolfgang Büscher, 32, und Peter Wensierski, 29, zwei West-Berliner Journalisten, haben für dieses Buch ihre jahrelangen Recherchen und Beobachtungen in der DDR ausgewertet. Beide sind Vertreter einer Generation, die frei ist von den alten Vorurteilen gegenüber der "Zone"; sie sehen in den deutschen Teilstaaten ähnliche Zivilisationsprobleme und entsprechende Protestreaktionen.

Anders als die ehemaligen Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Klaus Bölling und Günter Gaus, die in ihren Büchern über die Erfahrungen mit der offiziellen DDR berichten, zeigen Büscher und Wensierski auf, was an der Basis der DDR-Gesellschaft passiert, wo zunehmend Widersprüche und Konflikte den Alltag insbesondere der jungen Menschen bestimmen. Diese leben nicht mehr in der Nischen-Gemeinschaft, die Günter Gaus noch als typisch für die DDR schildert, sondern suchen die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit. Umweltschützer und Friedensfreunde rebellieren gegen ein System, das sie nicht eingeplant hat und tragen ihre Ideen selbst in die Organisationen der Staatspartei; sie fordern eine andere Politik. Viele der Jungen brechen aus dem privaten Bereich aus, in dem sich ihre Eltern eingerichtet haben. Provokation und Protest kennzeichnen eine alternative Szene, die längst nicht mehr nur auf eine kleine radikale Minderheit begrenzt ist. Mit ihrem Engagement für einen wirksamen Umweltschutz, mit ihrer Skepsis gegenüber dem Konsumdenken und dem Glauben an den technischen Fortschritt ähneln die jungen kritischen DDR-Bürger immer mehr ihren Altersgenossen in der Bundesrepublik.

Wir würden uns freuen, wenn Sie das Buch in Ihrer Zeitung rezensierten und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

KOMPLEMENTÄRIN RUDOLF AUGSTEIN GMBH SITZ UND REGISTERGERICHT HAMBURG HRB 13 105 GESCHÄFTSFÜHRER RUDOLF AUGSTEIN HANS DETLEV BECKER

Ein Gast aus dem Publikum der hier dokumentierten Debatte schickte uns nach der Veranstaltung eine Kopie des Deckblatts der Dissertation von Dagmar Enkelmann, auf dem der vollständige Titel ihrer Arbeit zu lesen ist.

Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
Institut für Wissenschaftlichen Kommunismus
Forschungsbereich Jugendpolitik der SED

"Analyse und Kritik des Konzepts bürgerlicher Ideologen der BRD 'Identitätskrise der Jugend der DDR'."

D i s s e r t a t i o n A

Zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors eines Wissenschaftszweiges Dr. rer. pol.

vorgelegt von:
Diplomgesellschaftswissenschaftler
Dagmar Enkelmann
geb. am 5.4.1956 in Altlandsberg

wissenschaftlicher Betreuer:
Dozent Dr. sc. Roland Bach

Gutachter:
Dr. Magda Pischke
Dozent Dr. sc. Dietmar Wittich
Dr. Erhard Krüger

Berlin, im April 1989

abhauen. Bloß, ich hätte es machen sollen, wenn ich an meine spätere Entwicklung denke. Denn mein Leben ist seit der Punkzeit irgendwo beendet worden. Der Anfang vom Ende fing damals für mein Leben an. Der Protest war nicht so bewusst. Ich bin da 'reingeschlittert und wurde so »verpolitisiert«. Eigentlich wollte ich nur ich selbst sein und mein Innerstes rauslassen. Der Druck auf uns kam von außen. Ein paar Jahre, bevor Frau Enkelmann ihre Doktorarbeit geschrieben hatte, wurden wir nicht nur vom Jugendamt, sondern von sämtlichen sogenannten staatlichen Stellen wie Volkspolizei, Stasi und Ordnern bei Diskotheken diffamiert. Uns wurde an den Kopf geworfen: »Euch sollte man doch vergasen« und so was alles. Mir hat man bis zur Wende Steine in den Weg gelegt und danach auch noch. Ich bin teilweise behindert und die gleichen Leute saßen ja wieder auf den Ämtern.

Die Jugendwerkhöfe, das ist ein Thema, das bis heute unter den Tisch gekehrt wird. Die Leute, die in Thorgau eingewiesen haben, bekommen auch keine Opferrente, obwohl sie länger als ein halbes Jahr dort waren. Und wir, die nicht mindestens ein halbes Jahr gesessen hatten, wir bekommen nicht einmal die Opferrente. Ich habe meinen 17. Geburtstag bei der Stasi verbracht. Im Januar bin ich verhaftet worden aufgrund von Flugblättern. Ich war so naiv und hatte an meiner Arbeitsstelle den Kunden Flugblätter in die Tasche gesteckt. Auf den Flugblättern standen »Wir sind im Unrecht wo immer wir bleiben« oder »Wir leben in einer gefährlichen Mausefalle.« Ich wusste, da kommt was auf mich zu. Zunächst kam ich dann sieben Wochen nach Pankow in die U-Haft. Die Staatsanwältin erklärte mir, ich sei eine Verbrecherin und würde mindestens fünf Jahre sitzen. Nach sieben Wochen bin ich wieder rausgekommen und mein Vernehmer meinte: »Na, sie werden jetzt draußen als Politische gefeiert.« Ich wollte das gar nicht, mich als was besseres oder anderes fühlen. Als ich rauskam, merkte ich dann aber sehr schnell, dass da das Gerücht gestreut wurde, ich hätte für die Stasi gespitzelt und deswegen sei ich nach sieben Wochen bereits wieder 'raus gekommen. Ich habe dann nach 1989 dazu recherchiert und diejenigen, die am lautesten

gerufen haben »Haltet den Dieb« hatten dafür von der Stasi Geld bekommen.

Wenn ich so darüber nachdenke, finde ich es im Nachhinein immer schön, das es auch die kleinen Sachen waren oder dass mache Leute nur durch ihr Denken am Stuhl der DDR gesägt haben. Man hatte bunte Haare und war politisch. Man war auf einmal politisch, schon wegen der Stasi. Jede Reaktion forderte eine Gegenreaktion.

Dagmar Enkelmann: Der Staat hatte kein Konzept für den Umgang mit Jugendkulturen

Nach meinem Geschichtsstudium in Leipzig arbeitete ich als Lehrerin für Geschichte an der Jugendhochschule. Ich war schon in einem etwas besonderen Umfeld, weil die Jugendhochschule internationale Studenten hatte. Diese Studenten kamen aus der Bundesrepublik, aus Dänemark, aus Zypern, aus afrikanischen Ländern und dem arabischen Raum. Es gab internationale Begegnungen mit einem sehr offenen Klima. Wir hatten einen anderen Informationszugang. So kamen die Studenten aus der Bundesrepublik mit Büchern, zum Beispiel Geschichtsbücher, die sie illegal eingeführt hatten. Ich durfte auch ihr Buch, Herr Wensierski, »Null Bock auf DDR« in Zusammenhang mit meiner Dissertation lesen. Der Titel meiner Dissertation hieß »Zur Identitäts-

krise der Jugendlichen in der DDR«. Die Frage war, inwieweit identifiziert sich die Jugend in der DDR immer noch mit dem Sozialismus. Untersuchungen dazu gab es am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig. Alles Arbeiten, die im Panzerschrank bleiben sollten. Wir haben 1986 und 1987 Befragungen von etwa 2000 Jugendlichen in

der DDR gemacht. Das ist ein guter Schnitt für eine soziologische Befragung. Wir haben nicht nur – wie das heute bei einigen Meinungsforschungsinstituten der Fall ist – eine bestimmte Skala von Fragen abgearbeitet, sondern wir haben auch offene Fragen gestellt. Das heißt, die Jugendlichen, die anonymisiert waren, konnten auch ihre Position aufschreiben, Zum Beispiel die Frage: Was stört an der DDR? Und dann kam eben das Thema

»Man hatte bunte Haare und war politisch. Man war auf einmal politisch, schon wegen der Stasi. Jede Reaktion forderte eine Gegenreaktion.«

Angela Kowalczyk

Zur Person:

Dr. Dagmar Enkelmann wurde 1956 im brandenburgischen Altlandsberg geboren. Sie ist Diplom-Historikerin und hat sich am 9. November 1989 in Bernau auf die Verteidigung ihrer Doktorarbeit vorbereitet, die genau einen Tag nach dem Mauerfall stattfand. Sie ist Mitglied der Linkspartei und hat einen Sitz im Deutschen Bundestag.

Ralf Hirsch: Bei Bluesmessen wurde die Jugend politisiert

1979 hatte sich ein kleiner Kreis in der Samaritergemeinde mit Pfarrer Eppelmann überlegt, etwas mehr für Jugendliche zu machen. Das einzige, das ohne staatliche Genehmigung möglich war, waren Gottesdienste. Und so entstanden die Bluesmessen. Zur ersten kamen

200, zur zweiten 400 junge Leute und dann ging es ganz schnell in die Tausende. Insgesamt haben wir in Berlin 18 Bluesmessen zuletzt mit sieben- bis achttausend Jugendlichen aus der ganzen DDR veranstaltet. Diese Bluesmessen waren auch der Versuch eine Art politisches Kabarett aufzumachen. Zwischen den Bluesveranstaltungen

wurde Sketche zu politischen Themen gespielt, zur Reisefreiheit, zu Menschenrechten in der DDR. Das machte die Bluesmessen sehr schnell interessant für die staatlichen Organe, für den Staatssicherheitsdienst. Die Organisatoren und Veranstalter wurden interessant für diese »Firma«. Zur Bluesmesse zu gehen war für Jugendliche aus der gesamten DDR mehr und mehr »in«. Dort hinzugehen war aber auch ein politisches Signal nach draußen. So ist aus einer ziemlich spontanen Idee die Blues-Messe-Tradition entstanden, die dann vier Jahre lang hielt und in der Samariterkirche und später in der Auferstehungskirche durchgeführt wurde. Die Jugendlichen, die zu den Bluesmessen kamen, waren ganz unterschiedlich. Das waren Langhaarige, ganz normale oder auch FDJler. Ich glaube, die Durchmischung bei den Jugendlichen ging durch alle Schichten. Das waren nicht nur Leute, die mit Punk, Rock oder Blues etwas zu tun hatten.

Ich selbst war schon früh politisch. Ich schrieb mit anderen zusammen einen Brief an die FDJ, sie sollten das Kriegsspielzeug aus den Läden nehmen. Als Antwort kam die Stasi zu uns. Da waren wir natürlich stinksauer, weil die FDJ nicht mit uns redete. Man wird ja nicht geboren als Oppositioneller, sondern das ist eine Entwicklung und das System hat viel dazu beigetragen. Wäre man anders mit uns umgegangen, dann wären wir vielleicht gar nicht so kritisch geworden. Dann hätte uns dieses System aber

Reisefreiheit oder Demokratie. Wir konnten feststellen, dass es eine deutlich abnehmende Identität mit der DDR gab, was sich in besonderen Jugendkulturen und gesellschaftlichen Nischen auch dokumentiert hat. Was wir wissenschaftlich gemacht haben, war für einen kleinen Kreis gedacht, nicht für die Veröffentlichung. In Diskussionen mit Pädagogen wurden unsere Untersuchungen zur Kenntnis genommen und bestätigt. Öffentlich musste alles seine Ordnung haben. Aber intern, wenn man sich zum Beispiel mit Soziologen unterhalten hat, hat man schon ein anderes Bild von der Jugend gehabt. Ich musste 1988 eine Vorarbeit abliefern. Die wurde begutachtet und ich musste dann meinen Mentor wechseln, weil wir zu sehr auf Ursachen geschaut haben, die in der DDR lagen. Auf die Arbeit kam ein Stempel drauf: »Für den internen Gebrauch«. Aber die Hoffnung, dass es irgendwann bemerkt wird und die Ergebnisse auch in die öffentliche Diskussion einfließen, die war schon da. Und man muss daran denken, dass Gorbatschow, Glasnost, Perestroika 1985 in den Diskussionen, in den Betrieben überall eine Rolle gespielt haben. Ich habe in kleinen Kreisen darüber diskutiert und diesen Weg versucht. Klar, ich bin nicht ausgestiegen. Bin dann in der Wendezeit nicht weggelaufen, sondern habe gesagt, ja, ich will diese Gesellschaft verändern und bin dann politisch aktiv geworden. Ich war nicht im Widerstand, und wer mir heute alles erzählt, er wäre im Widerstand gewesen, dann wäre die DDR schon viel eher kaputt gegangen.

Das es rechtsradikale Ideologien auch in der DDR gab, hat auch mein Weltbild etwas in Frage gestellt. Es gab dazu Untersuchungen an der Pädagogischen Akademie der Wissenschaft. Es war bekannt, dass es das gibt. Ja, es war schon zu erklären, warum es junge Leute gab, die eine andere Ideologie verfolgt haben. Die nicht wirklich Antifaschismus gelebt haben. Das gab es wie in allen anderen Ländern auch. Das hat es in der DDR auch gegeben, leider nicht öffentlich. Es waren viele Hooligans, vor allem bei BFC Dynamo und Dynamo Dresden wie auch Lok Leipzig, die bis heute noch dafür bekannt sind. Aber seit 1985, seit ich an dem Institut forschte, geriet auch meine eigene Identifikation in Frage.

»In den 70er Jahren hätte ich nie gesagt was ich denke, auch bei einer Umfrage, selbst wenn man mir versprochen hätte, alles anonym zu lassen. Ich hätte das gesagt, was man hören wollte.«

Ralf Hirsch

Zur Person:

Ralf Hirsch, geboren 1960 in Berlin, ist in der DDR aufgewachsen. Er war Organisator von 18 Bluesmessen, die zuletzt mehrere tausend Menschen begeisterten. 1985 hat Ralf Hirsch zusammen mit mehreren anderen die oppositionelle Gruppierung »Initiative für Frieden und Menschenrechte« gegründet. Die Initiative war eine der drei Gruppen, die sich nach dem Mauerfall zu Bündnis 90 zusammenschlossen haben.

auch mehr Freiheiten erlauben müssen. Aber die DDR hat ja ihre kritische Jugend und ihre Kritiker des Landes verwiesen. Natürlich haben die Jugendbewegungen zum Sturz der DDR beigetragen, aber auch Gorbatschow.

Es gab aber auch viele, die gar keinen Widerstand mehr leisten konnten. Wenn wir daran denken, dass es Jugendhäuser und Jugendwerkhöfe gab. Es gab Thorgau, wo junge Menschen mit 14 Jahren eingesperrt wurden. Es gab Werkhöfe, die überfüllt waren. Es gab Haftanstalten, die überfüllt waren, nicht nur von sogenannten Politischen, es gab auch Kriminelle. Ich habe die Punkbewegung immer bewundert. Mir sah man nicht an, dass ich in der Opposition war, die Stasi wusste es natürlich. Aber die Punks waren auffällig und wurden weggefangen. Wegen ihres Aussehens wurden sie weggesperrt. Viele ganz junge Leute wurden eingesperrt, weil sie sich politisch geäußert haben. Das darf man nicht vergessen. Wir tun heute so, als ob wir uns frei äußern durften, das war nicht so. Diejenigen, die als Opposition nicht weggesperrt wurden, hatten sehr viel Glück.

In den 70er Jahren hätte ich nie gesagt was ich denke, auch bei einer Umfrage, selbst wenn man mir versprochen hätte, alles anonym zu lassen. Ich hätte das gesagt, was man hören wollte. Nach 1988 boomte die Ausreisewelle und es gab auch viel mehr Initiativen, die kritisch in der DDR aktiv waren. Die Künstlerszene hatte sich schon verändert, war mutiger geworden.

Harald Hauswald: Mit dem Fotoapparat das andere Berlin gefunden

Ich bin 1954 in Radebeul bei Dresden geboren und bin im Tal der Ahnungslosen mit Rockmusik aufgewachsen. Wir sind damals immer nach Polen gefahren. Da gab es die ersten LPs aus dem Westen. Wir hatten sie zuerst auf dem Rücken versteckt. Der war aber zu schmal, das heißt, die Ecken guckten raus. Dann hat uns eine polnische Oma im Bus den Hohlraum in der Rückbank gezeigt und so haben wir dann die Platten geschmuggelt.

Ich bin Anfang der 70er Jahre den Rockbands hinterher gefahren, habe Klaus Renft kennen gelernt und bin Rocktechniker für eine Band aus Leipzig geworden. 1973 haben sie mich zur Armee gezogen und sechs Wochen später war die Band verboten. An der TU habe ich 1976 den Abschluss als Fotograf nachgemacht.

Als ich nach Berlin kam, war dort als Fotograf nichts zu machen. Ich fing als Telegrammbote bei der Post in

Prenzlauer Berg an. Das waren Vier-Stunden-Touren zu Fuß, und ich hatte den Fotoapparat immer dabei. So habe ich Berlin erobert. Gleich am Anfang lernte ich Lutz Rathenau kennen. Er hatte schon Kontakt zu Westjournalisten, und so kam es zu den ersten Veröffentlichungen im Westen und zu den ersten Kontakten mit der Stasi. 1987 habe ich zusammen mit Lutz Rathenau ein Buch zur 750 Jahr-Feier »Ostberlin die andere Seite einer Stadt« gemacht. Peter Wensierski hatte vorher im Westen ein Buch »VEB Nachwuchs in der DDR« veröffentlicht, in dem viele meiner Fotos gezeigt wurden. Das brachte mir Ärger mit der Staatsmacht ein aber auch meine erste Canon-Kamera mit Objektiv.

Meine erste Begegnung mit Punks war im Plänterwald. Obwohl ich sie gefragt hatte, ob ich sie fotografieren dürfe, war, als ich wegging, die Linse der Kamera mit Rasierschaum beschmiert. Erst langsam kam eine Annäherung an diese Szene. Ich fand das beeindruckend von denen, wie offen sie ihre Protesthaltung zeigten. Einige Kirchen haben Räume für die Bands zur Verfügung gestellt, für deren Proben und Konzerte. Ich habe sie dort fotografiert und auch mal zu mir auf den Hof eingeladen. Da kam so eine Clique von zehn jungen Männern, von denen ich auch einzelne Portraits gemacht habe. Wie mir einer später erzählte, hatte ich ihn vor einer Tür, auf der »Ausgang« stand, fotografiert. Ausgang war für ihn der Weg in die Freiheit, denn er war kurz danach im Knast und hatte immer vom Ausgang geträumt.

Skinheads und Neonazis in der DDR gab es auch in der DDR. Die Hooligans des BFC Dynamo Berlin waren rechts angehaucht und bei der Stasi sehr angesehen, weil es »ordentliche Deutsche« waren. Wenn sie in Leipzig verhaftet wurden, kam die Transportpolizei oder die Stasi, und dann durften die immer wieder vom LKW runter.



Zur Person:

Harald Hauswald wurde 1954 in Radebeul (Sachsen) geboren. Ende der 70er Jahre ist er nach Ost-Berlin umgezogen. Der Fotograf ist vor allem durch seine Aufnahmen aus dem DDR-Alltag und der Stadt Berlin bekannt geworden.

Kapitel 7 // Operation West-Berlin

Der Einfluss der Staatssicherheit auf die Politik der westberliner Parteien

und die Folgen für deren programmatische Ausrichtung

Termin:	14. November 2008
Podium:	Dr. Georg Herbstritt (wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stasi-Unterlagen-Behörde), Wolfgang Lüder (Rechtsanwalt und Senator a.D., FDP), Dr. Rudolf Steinke (Geschäftsführer Berliner Wirtschaftsgespräche e.V., SPD), Dr. Jochen Staadt (Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin), Wolfgang Wieland, MdB (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag)
Moderation:	Alice Ströver, MdA (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin)
Impulsreferat:	Dr. Georg Herbstritt

West-Berlin war ein Haupeinsatzgebiet der ca. 3500 inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit, die Ende der 80er Jahre im Westen im Einsatz waren. Die Angst vor »Feindmaßnahmen gegen die DDR« aus West-Berlin war beträchtlich. Bis 1989 gab es ein dichtes Spionagenetz im Westen, die Unterwanderung aller wichtigen politischen Parteien war erklärtes Ziel. Es galt, die Deutschland- und Bundespolitik zu beeinflussen. Wie erfolgreich war der »Westarm« der Staatssicherheit? Welchen Einfluss hatte die Stasi auf die Programmatik der westberliner Parteien?

Über seine Forschungsarbeiten zur Rolle der Staatssicherheit in West-Berlin berichtete Dr. Georg Herbstritt in seinem Impulsreferat. Keine andere bundesdeutsche Stadt war so von der Stasi durchsetzt wie West-Berlin. Bis heute gibt es keinen genauen Überblick über die Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) in West-Berlin. Ungefähr 800 bis 1000 IM waren hier tätig und damit 25 Prozent aller in der Bundesrepublik eingesetzten IM. Es gab sie in allen gesellschaftlichen Bereichen, sozialen Schichten, in der Verwaltung und den Universitäten, bei der Kirche und in den Medien. Viele waren auf Ex-DDR-Bürger angesetzt, die in West-Berlin lebten. Die Parteien in West-Berlin waren ein wichtiges Ziel der Stasi. Es ist kaum vorstellbar, dass diese große IM-Dichte ohne Folgen geblieben ist. Der Einfluss der Stasi wird offensichtlich bei den verschiedenen Entführungsfällen und der Bekämpfung von Dissidenten, bei der Aufdeckung von Fluchtplänen und der Enttarnung von Fluchthelfern. Schwieriger aus den Akten herauszulesen ist der Einfluss auf die Parteien, deswegen ist die Erinnerung von Zeitzeugen so wichtig. Ziel der Stasi war die Sicherung der Herrschaft der SED. Wer die Deutschlandpolitik der DDR in Frage stellte, der sollte bekämpft werden. An der Stasi-Hochschule wurden Diplomarbeiten über die Alternative Liste (AL) und die CDU angefertigt, was das Interesse der Stasi an diesen beiden Parteien unterstreicht. Wegen der Kontakte zu Bürgerrechts- und Umweltgruppen wurde die AL als »Feindobjekt« eingestuft, das »subversiv« gegen die DDR vorginge. Der bekannteste IM, Dirk Schneider alias IM »Ludwig«, war Pressesprecher und Bundestagsabgeordneter der AL. Er hatte die Aufgabe, die deutschlandpolitische Linie der SED umzusetzen. Das entsprach auch Schneiders eigener Position und war insofern authentisch.

Wolfgang Lüder: Es war schwierig, die Verkehrsplanung auf Wiedervereinigung auszurichten

Wolfgang Lüder, ehemaliger Berliner Senator und wichtiger Führungspolitiker in der FDP, berichtete von einem für die Ostkontakte zuständigen Mitarbeiter des Liberalen Studentenbundes, der am 14. Januar 1961 aus seiner Wilmersdorfer Wohnung nach Ost-Berlin gelockt, von dort nach Prag entführt und dann zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde, sechs Jahre davon habe er tatsächlich abgesessen. Lüder schilderte ferner, wie schwer es in den 70er Jahren im sozial-liberalen Senat war, bei der

Straßen- und U-Bahn-Planung so vorzugehen, dass im Falle der Wiedervereinigung die U-Bahn fahren konnte, ohne erst wieder ein neues, langwieriges Planverfahren durchzuführen.

Dr. Rudolf Steinke: Im Nachhinein war klar: Die Stasi saß immer mit am Tisch

Dr. Rudolf Steinke musste als West-Berliner wegen »Devisenvergehens« 19 Tage in DDR-Haft verbringen. Während der Verhöre wurden ihm so viele Infos über sein Leben in West-Berlin präsentiert, das klar war: Die Stasi war immer mit dabei. So auch bei der Vorbereitung des Bahro-Kongresses (1978), »da saßen die IM immer mit am Tisch«, wie aus den Akten hervorgegangen ist. In der Friedensbewegung kam es zu heftigem Streit über die Idee »atomwaffenfreies Europa«. In der Friedenskoordination, in der circa 120 Delegierte aus vielen verschiedenen Gruppen waren, wurde von einem großen Teil der beteiligten Gruppen und ihrer VertreterInnen stark in eine DDR-freundliche Richtung gedrängt. Die Idee eines atomwaffenfreien Europas wurde als spalterisch diffamiert. Für diese Vereinigungen galt: »Der Geldkoffer kam immer«.

Wolfgang Wieland: Auch die Alternative Liste hatte IMs

Wolfgang Wieland hat als Gründungsmitglied der Alternativen Liste (AL) erlebt, wie der Grundkonsens aus dem Jahre 1978 immer mehr parteiintern unter Beschuss geriet, dass man – »nicht dem Westen und nicht dem Osten loyal« - die Blockkonfrontation aufweichen wolle. Systematisch drängte Dirk Schneider als Wortführer einer ganzen Gruppe auf DDR-Freundlichkeit und Ablehnung jeder Solidarität mit der Oppositionsbewegung im Osten. Dies wäre nur eine »Destabilisierung im Interesse der kalten Krieger«. Schneider war so offen und ungetarnt in seiner Ausrichtung (»Ständige Vertretung der DDR bei den Grünen«, nannte ihn Joschka Fischer), dass niemand auf den Gedanken kam, ausgerechnet er stehe auch tatsächlich auf den Lohnlisten der Stasi. Schneiders Position war zwar nie mehrheitsfähig, verrückte aber die gesamte Debatte, weil seine DDR-freundliche Haltung einen extremen Pol setzte, mit dem sich alle anderen auseinandersetzen mussten. Wer die deutsche Frage

Zur Person:

Wolfgang Lüder, geboren 1937 in Celle, ist Rechtsanwalt, Notar und FDP-Politiker. Von 1971 bis 1981 war er Landesvorsitzender der Berliner FDP, von 1975 bis 1981 Wirtschaftssekretär. 1987 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er bis 1994 angehörte.

Zur Person:

Wolfgang Wieland, geboren 1948 in Berlin, ist Rechtsanwalt und Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Er gehörte 1978 zu den GründerInnen der Alternativen Liste (AL) in Berlin und musste die Erfahrung machen, dass auch in der eigenen Organisation zahlreiche Stasi-Spitzel unterwegs waren. Von 1987 bis 1989 und von 1990 bis 2004 war Wieland Mitglied der AL bzw. der Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, seit 2005 ist er Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Den Mauerfall hat Wolfgang Wieland am Checkpoint Charlie erlebt – teils weinend (»was mir nicht oft passiert!«), teils lachend und Trabis schüttelnd.

offen halten wollte, wurde schnell als »reaktionär« diffamiert. Dafür habe man sich später entschuldigt. Aber noch nach dem Fall der Mauer im März 1990 habe es nur eine knappe Mehrheit auf einer Vollversammlung der AL gegeben, die für eine positive Gestaltung des Einigungsprozesses stimmte, gegen Dirk Schneider und den heutigen Wirtschaftssenator der Linken, Harald Wolf, für die die Deutsche Einheit auch zu diesem Zeitpunkt noch schlicht »ein reaktionäres Projekt« war.

Es sei zu befürchten, dass auch viele Aktionen, die von der AL geplant und zum Teil im Ostteil auch durchgeführt wurden, sowie Kontakte zu Oppositionellen durch Schneider und etliche andere IM in der AL verpöfien wurden.

Wieland selbst hatte da früher schon ganz eigene Erfahrungen gemacht: Als er zu den Weltjugendfestspielen nach Ost-Berlin einreisen und Flugblätter einschmuggeln wollte, standen Vertreter SEW - naher Studentenverbände (ADS) am Grenzübergang und zeigten auf ihn, so dass die Grenzpolizei die Flugblätter fand und er Einreiseverbot für viele Jahre erhielt.

Zur Person:

Dr. Jochen Staadt, geboren 1950 in Bad Kreuznach hat Germanistik und Politikwissenschaften an der FU Berlin studiert und über DDR-Literatur promoviert. Er hat über Jahrzehnte bei diversen zeitgeschichtlichen Forschungsprojekten mitgewirkt. Seit 1992 arbeitet Staadt für den Forschungsverbund SED-Staat der FU. Als die Mauer fiel, war Staadt mit-tendrin: Er hat in Kreuzberg am Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße und am Checkpoint Charlie gefeiert.

Dr. Jochen Staadt: Es gab an der FU Widerstand gegen kritische Beschäftigung mit DDR-Literatur

Dr. Jochen Staadt hat in den 80er Jahren Einreiseverbot in die DDR bekommen, weil er in einem von Prof. Dr. Horst Domdey betreuten Arbeitskreis »DDR-Literatur« am Institut für Germanistik der Freien Universität (FU) Berlin mitarbeitete. Informationen über diesen kleinen Arbeitskreis, dem nicht einmal zehn Personen angehört hatten, waren durch einen Inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi namens »Rosenow«, der bis 1989 als wissenschaftlicher Angestellter an der FU nebenberuflich für das MfS die DDR-Forschung ausspionierte, nach Ost-Berlin gelangt. Das MfS stufte den Arbeitskreis als »antisozialistisches Vorhaben« ein. Der Widerstand gegen eine kritische Beschäftigung mit der DDR-Literatur kam aber auch aus der FU selbst. So gab es in allen geisteswissenschaftlichen Fachbereichen Parteigänger des DDR-Sozialismus, die in einer kontroversen Diskussion, ob man sich mit Wolf Biermann nach dessen Ausbürgerung überhaupt solidarisieren sollte, keineswegs isoliert waren, sondern sogar an zwei FU-Instituten (Philosophie und Psychologie) Abstimmungsmehrheiten für sich herbeiführen konnten.

Impulsreferat Dr. Georg Herbstritt:

1. Einleitung: West-Berlin setzt sich gegen den Stasi-Einfluss zur Wehr

Einleitend sei stichwortartig an drei Ereignisse aus der (West-)Berliner Geschichte erinnert:

Am 14. Juni 1951 beschließt das Abgeordnetenhaus ein Gesetz, das den Titel trägt: »Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit«. Das Gesetz stellt Entführungen und Verschleppungen von West-Berlin in den Osten unter Strafe. Es ist eine unmittelbare Reaktion auf die zahlreichen Menschenraub-Aktionen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), und es bildet die Weiterführung eines ähnlichen Gesetzes, das der damalige Magistrat von Groß-Berlin (West) bereits am 12. September 1949 erlassen hat.

Etwa im Juli 1982 schickt der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker den Chef der Senatskanzlei, Hansjürgen Schierbaum, zur sowjetischen Botschaft nach Ost-Berlin. Er soll die Sowjets auffordern, auf das MfS einzuwirken, damit es die erpresserischen Anwerbeversuche gegenüber dem West-Berliner Innensenator Heinrich Lummer künftig unterlässt.

Ende April 1988 schickt die Deutsche Bundespost Berlin Peilwagen an die Berliner Mauer. Sie sollen die Störsender des MfS orten, die die »Radio Glasnost«-Sendungen des westberliner Senders »Radio 100« stören.

Diese drei Schlaglichter zeigen, dass das politische West-Berlin sich immer wieder gegen die Übergriffe der Stasi gewehrt hat.

2. West-Berlin: Intensiv von Stasi-Agenten durchsetzt

Allerdings ist das nur ein Teil der Geschichte. Auf der anderen Seite steht die Tatsache, dass keine westliche Stadt in Deutschland so intensiv von Stasi-Agenten durchsetzt war wie West-Berlin. Allein die Auslandsspionage-Abteilung des MfS, die so genannte Hauptverwaltung A (HVA, auch »Hauptverwaltung Aufklärung«), hat Ende der achtziger Jahre 345 West-Berliner als inoffizielle Mitarbeiter geführt, weitere 82 als Kontaktpersonen. Die anderen Stasi-Abteilungen waren in West-Berlin eher noch stärker mit West-IM vertreten. Ende der 80er Jahre waren somit rund 800 bis 1000 West-Berliner als IM für die Stasi tätig. Das bedeutet: Mindestens ein Viertel aller

West-IM, die die Stasi in der Bundesrepublik hatte, waren in West-Berlin im Einsatz.

Man findet diese West-IM in allen Bereichen und allen Schichten der westberliner Gesellschaft. Denn im Visier der Stasi befanden sich neben der Politik auch Polizei, Zoll, Sicherheitsbehörden, die Verwaltung, die Alliierten, die ausgebürgerten DDR-Dissidenten und DDR-Flüchtlinge sowie ihre Sympathisanten in West-Berlin, verschiedene Ausländer-Vereine, die Medien, die Universitäten, die Kirchen, Fluchthelfer, die Bundesdruckerei, die Berliner Sparkasse, der Flughafen Tegel, die Infrastruktur insgesamt und anderes mehr.

Die Politik der westberliner Parteien war also nur eines von vielen Zielen der Stasi im Westteil der Stadt, aber gewiss eines der wichtigsten.

3. Welche Auswirkungen hatte die Stasi-Präsenz in West-Berlin?

Es ist schlichtweg unvorstellbar, dass diese intensive IM-Durchdringung West-Berlins ohne Folgen geblieben wäre. Aber wenn wir nach den konkreten Folgen der Stasi-Tätigkeit in West-Berlin fragen, tun sich zuerst einmal einige Probleme auf:

Wir haben bis heute keinen zuverlässigen Überblick über die Stasi-IM in West-Berlin. Neben einigem an gesicherten Erkenntnissen gibt es strittige Fälle - in den vergangenen drei bis vier Jahren gab es beispielsweise Meldungen über eine wahrscheinliche IM-Tätigkeit eines Kreuzberger SPD-Politikers, der jetzt zuletzt noch Chef der SPD-Senioren war, oder über eine Frauenbeauftragte bei den Grünen, die 1989 für die AL ins Abgeordnetenhaus gewählt wurde.

Aber selbst da, wo die Aktenüberlieferung gerichts-fest ist, schränkt uns die aktuelle Rechtsprechung zunehmend ein. Denn es gibt bei manchen Juristen die Tendenz, die namentliche Nennung früherer IM weitgehend zu verbieten.

Und schließlich: Wie kann man die Auswirkungen des Stasi-Einflusses im einzelnen feststellen? Das ist relativ leicht möglich, wo es um konkrete Aktionen geht, und wo einzelnen Menschen Schaden entstanden ist: Das gilt für die Entführungsfälle in den 50er Jahren, als mehrere hundert Menschen in den Osten verschleppt wurden, aber auch für die Bekämpfung von ausgebürgerten DDR-Dissidenten und ihren Sympathisanten in West-Berlin in den 70er und 80er Jahren, wie Jürgen Fuchs, Roland Jahn,

Bernd Eisenfeld und viele andere. Aber auch diejenigen Westberliner, die plötzlich Einreiseverbot in die DDR hatten, gehören unter Umständen dazu.

Doch wie verhält es sich mit dem Stasi-Einfluss auf die programmatische Ausrichtung der westberliner Parteien - was ja das Thema der folgenden Diskussion ist? Das ist, allein aus den Stasi-Akten heraus, meines Erachtens nicht befriedigend zu beantworten.

Klar ist, die SED, und somit die Stasi, wollten bestimmte Ziele erreichen: An erster Stelle ging es darum, die eigene Macht zu sichern. Auch die West-Arbeit der Stasi ist unter diesem Aspekt zu sehen. DDR-Kritiker im Westen sollten marginalisiert oder mundtot gemacht werden. Eine Deutschlandpolitik, die die Souveränität der DDR infrage stellte, sollte bekämpft werden.

4. Stasi-Analysen zu westberliner Parteien

An der MfS-Hochschule in Potsdam verfassten Stasi-Offiziere mehrere Diplom-Arbeiten über das Innenleben der bundesdeutschen Parteien. Einige Diplomarbeiten beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit West-Berlin: Da ging es zum Beispiel 1988 und 1989 um die so genannten »feindlichen Kräfte« innerhalb der »Alternativen Liste« (AL) und der Grünen, die den politischen Untergrund in der DDR unterstützten, oder es ging um die innerparteilichen Strömungen in der Westberliner CDU 1985. Das Ziel derartiger Stasi-Analysen war es, festzustellen, wo es Einfallstore gab, um längerfristig Einfluss auf die Politik der Parteien zu nehmen. Für die Umsetzung solcher Erkenntnisse waren West-IM im Einsatz.

Fast lehrbuchhaft ist der Fall des AL-Politikers Dirk Schneider, den das MfS als IM »Ludwig« führte. Hubertus Knabe hat diesen Fall in seinem 1999 erschienenen Buch »Die unterwanderte Republik« detailliert beschrieben: Dirk Schneider war demnach maßgeblich daran beteiligt, bei der AL eine deutschlandpolitische Linie durchzusetzen, die voll und ganz den Erwartungen der SED entsprochen hat. Allerdings entsprach diese Linie offenbar auch Schneiders eigener politischer Auffassung. Was also war aus Ost-Berlin ferngesteuert, was war authentisch?

Ohnehin bleibt das Bild widersprüchlich: Denn die AL galt beim MfS weiterhin als »Feindobjekt«, das heißt, als eine Institution, die »subversiv gegen die DDR tätig ist«. Das lag unter anderem daran, dass die AL offen mit den unabhängigen Umweltgruppen in der

Zur Person:

Dr. Georg Herbstritt, geboren 1965 in Schluchsee (Baden-Württemberg), hat Geschichte und Katholische Theologie in Freiburg im Breisgau studiert. Seit 1999 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Stasi-Unterlagen-Behörde in Berlin. Das Jahr der Maueröffnung war in seiner Studen-tenzeit. Am 9. November 1989 selbst war Georg Herbstritt in Frankreich, und hat erst am 10.11. morgens von den Ereignissen erfahren. Er war so begeistert davon, dass er einen Tag später nach Berlin gereist ist.

SCHÖN WAR DIE ZEIT ...?

7 // DER EINFLUSS DER STAATSSICHERHEIT AUF DIE POLITIK DER WESTBERLINER PARTEIEN

DDR sympathisierte. Noch im Programm der AL zur Abgeordnetenhauswahl am 29. Januar 1989 stand die Forderung an die DDR, alle Umweltdaten offenzulegen, verbunden mit der Erklärung: »Freie Kontakte zwischen den Umweltinitiativen auf beiden Seiten halten wir für unverzichtbar. [...] Ausdrücklich kritisieren wir daher die Versuche der DDR-Führung, unabhängige Stimmen abzuwürgen und mundtot zu machen.« Aber - war das noch Konsens bei der AL?

5. Stasi in West-Berlin: Geheimdienstliche Lobby-Arbeit für die SED?

Es kann keinen Zweifel über den repressiven Charakter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR geben: Es hat sich selbst als »Schild und Schwert« der SED bezeichnet, es war gleichzeitig Geheimpolizei und Geheimdienst, und es hat die Potenzen, die sich aus seiner unkontrollierten Machtfülle ergaben, für seine Ziele hemmungslos eingesetzt. Mit Bezug auf die westberliner Politik könnte man das MfS zusätzlich auch als spezielle Art eines »Lobbyisten« betrachten, das heißt, als eine Institution, die versucht, Einfluss zu nehmen und politische Ziele, eben die der SED, in West-Berlin durchzusetzen.

Dieser Blickwinkel wirft dann noch eine andere, wichtige Frage auf: Wie stellen sich die politischen Einflussversuche des MfS in West-Berlin aus der Perspektive derjenigen dar, die beeinflusst werden sollten? Wie nahmen jene, die in West-Berlin politisch aktiv waren, die zumeist unsichtbare Präsenz des MfS in ihrem Umfeld wahr? Inwieweit stellten sie bereits damals, oder stellen sie heute erst rückblickend fest, dass auch das MfS womöglich ein politischer Faktor in West-Berlin war? Wo befanden sich gegebenenfalls die Einfallstore für politische Beeinflussung?

Diese Fragen sind nicht nur an die Geschichte gerichtet, sondern auch an die Gegenwart. Denn auch heute ist danach zu fragen, wo sich Einfallstore für politische Beeinflussung befinden, an welchen Stellen Politiker der Gefahr ausgesetzt sind, manipuliert zu werden, und wie sie sich dagegen schützen können.

Dies sind auch einige Fragen an das nun folgende Podium und somit an die Praktiker aus der Politik: Was haben Sie damals von der MfS-Präsenz in Ihrer unmittelbaren Umgebung wahrgenommen, was hat sich für Sie nach 1989 erhellt, aber auch: Wo liegen heute die Gefahren für eine geradlinige und unabhängige Politik?



Kapitel 8 // Leseland DDR

Literatur als Kampfmittel des Sozialismus?

Termin:	18. Februar 2009
Podium:	Prof. Ines Geipel (Schriftstellerin und Professorin an der Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch«), Elmar Faber (Verleger und ehemaliger Chef des Aufbau Verlags), Christoph Hein (Schriftsteller), Erich Loest (Schriftsteller)
Moderation und Impulsreferat:	Hans-Georg Soldat (ehemaliger Literaturredakteur des RIAS)

Bücher waren für die SED ein willkommenes Mittel, die Bevölkerung zu erreichen und die Vorzüge des Kommunismus zu preisen. Doch in den 70er Jahren wurde Literatur immer stärker ein Medium, um gesellschaftliche Widersprüche zwischen den Zeilen zu thematisieren. Einige SchriftstellerInnen agierten zwischen Anpassung und subtilem Widerspruch. Manche verinnerlichten den sozialistischen Realismus als Lebensaufgabe. Andere AutorInnen wurden mundtot gemacht, weil sie sich mit ihren Texten gegen die Fesseln der Staatsdoktrin wandten. Verbotene Literatur – aus dem Untergrund oder illegal aus dem Westen importiert – kursierte informell. Warum wurde welches Buch in der DDR verboten oder gedruckt? Wie wurden Auflagen bestimmt und Bücher vertrieben? Zum literarischen Nachlass der DDR gehören die verbotenen Werke und die Staatsliteratur gleichermaßen. Aber was bedeutet diese Erbschaft heute?

Impulsreferat

Hans-Georg Soldat: »Wer spricht von Siegen? Überstehen ist alles!«

Es ist schwierig, eine Einführung in dieses Thema, »Literatur als Kampfmittel des Sozialismus?«, zu geben. Wie soll man ihm nur gerecht werden? Man müsste erst einmal eine Grundlage finden, von der aus man das Thema einverständlich diskutieren kann. Dafür erschien mir ein Zitat von Heinz Ludwig Arnold geeignet, dem verdientvollen Herausgeber der Zeitschrift TEXT + KRITIK. In einem Sonderheft aus dem Jahre 1991 zum Thema »Literatur in der DDR – Rückblicke« schrieb er:

Staat und Gesellschaftssystem der DDR sind vergangen. Und die dort entstandene Literatur bleibt oder vergeht wie jede andere Literatur. Aber als komplexes Zeugnis von Schriftstellern, von Menschen also unterschiedlichen Temperaments, deren jeder auf seine besondere Weise sich mit dem Leben in der DDR, und das heißt immer auch: mit seinem Leben dort, auseinandergesetzt hat, bewahrt vor allem, wenn nicht als einzige, gerade ihre Literatur die Erinnerung an die DDR.

Die Grundlagen sind verschwommen. Lenin schrieb 1905, dass Schriftsteller »Rädchen und Schraubchen im Mechanismus der Parteiarbeit« sein müssten, Stalin forderte 1932 von den Schriftstellern, als »Ingenieure der menschlichen Seele« zu arbeiten, und Chruschtschow sah sie 1957 als »aktive Kämpfer für den Kommunismus«. Otto Grotewohl sagte auf dem 5. Plenum des ZK der SED 1951: »Literatur und bildende Künste sind der Politik untergeordnet... die Idee der Kunst muss der Marschrichtung des politischen Kampfes folgen.«

Konstituierend für die gesamte Theorie war die Doktrin des Sozialistischen Realismus, die 1932 vom ZK der KPdSU als Richtlinie für die Produktion von Literatur, bildender Kunst und Musik in der UdSSR beschlossen wurde. Im Statut des ersten Allunionskongresses der sowjetischen Schriftsteller von 1934 heißt es:

Der sozialistische Realismus als Hauptmethode der sowjetischen künstlerischen Literatur und Literaturkritik, fordert vom Künstler wahrheitsgetreue, historisch konkrete Darstellung der Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung. Wahrheitstreue

Nach einem einführenden Referat von Hans-Georg Soldat, der beim RIAS als Literaturredakteur gearbeitet hat, trafen in dieser Diskussion vier sehr unterschiedliche Sichtweisen auf den Umgang des DDR-Regimes mit KünstlerInnen und Literaturschaffenden aufeinander. Elmar Faber, der ehemalige Chef des Aufbau Verlags, protestierte vehement gegen das einführende Referat, weil die DDR auch großartige literarische Leistungen hervorgebracht habe. Er bezeichnete das Referat als eine verkürzte und verzerrende Form von Realitätswahrnehmung, die nicht historisch angelegt sei.

In den Augen von Ines Geipel war der Umgang mit der Literaturlandschaft der DDR einer der stark vernachlässigten geistigen Räume der letzten 20 Jahre. Sie forschte nach AutorInnen, die in der DDR nicht erscheinen durften und hat in der Debatte viele AutorInnen genannt, die wegen ihrer Manuskripte in den 80er Jahren verhaftet und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind.

Zu der Frage, ob es in den 80er Jahren liberaler in der DDR zugeht, gab es unterschiedliche Bewertungen. Der Schriftsteller Christoph Hein betonte den Unterschied zu den 50er und 60er Jahren, wo erheblich rigider reagiert worden sei. Durch die Möglichkeit, in Westdeutschland zu veröffentlichen, seien die Spielräume für Schriftsteller sehr viel größer geworden. Erich Loest, ebenfalls Schriftsteller, sah das anders. Der politische Apparat sei nicht liberaler, er sei schlampiger geworden. Und es habe einen riesigen Unterschied ausgemacht, ob man eine bekannte Persönlichkeit war oder nicht. In der Provinz konnte die Stasi zuschlagen und niemand habe es gemerkt – bis in die letzten Jahre der DDR hinein.

Erich Loest verwies auch auf die Selbstzensur der Schriftsteller. Man habe in jener Zeit immer gewusst, was erlaubt war und was nicht. Tabu war zum Beispiel, über Vergewaltigungen durch Soldaten der Roten Armee, über den Gulag oder über die Mauer zu schreiben. Die einfachste Art zu lügen, sei das Weglassen gewesen. Durch Zensur und Selbstzensur seien viele Schriftsteller beschädigt worden. Keiner sei davon verschont geblieben, der in der DDR geschrieben hätte, er selbst auch nicht.

Zur Person:

Hans-Georg Soldat ist 1935 in Königsberg (damals Preußen, heute Russland) geboren. Er hat theoretische Physik und Mathematik in Greifswald studiert. Nach seiner Flucht in den Westen hat er in Berlin als freier Mitarbeiter der BBC, des WDR und NDR gearbeitet. Er hat beim Tagesspiegel volontiert und war anschließend Redakteur dort. Von 1967 bis 1994 war er Literaturredakteur im RIAS, wodurch er sich jahrzehntelang hauptberuflich auch mit DDR-Literatur beschäftigt hat. Zur Zeit des Mauerfalls war Hans-Georg Soldat in Kenia.

und historische Konkretheit der künstlerischen Darstellung müssen mit den Aufgaben der ideologischen Umformung und Erziehung der Werktätigen im Geiste des Sozialismus abgestimmt werden.

Das war die Grunddoktrin, sie blieb bis zum Schluss offizielle Leitlinie. Dazu kam die Doktrin vom so genannten positiven Helden, der ebenfalls bis zuletzt in den Literaturauseinandersetzungen eine Rolle spielte. Parteilichkeit, Volkstümlichkeit, Optimismus waren gebräuchliche Schlagworte. Das drückte sich auch in den unzähligen, unsäglichen Losungen aus: »Stürmt die Höhen der Kultur«, »Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist«, »Vorwärts für den Sieg des Sozialismus« – was mich schon damals zu einem Zitat von Rilke führte: »Wer spricht von Siegen. Überstehen ist alles.« Natürlich tat ich damit dem Dichter ziemliche Gewalt an.

Aufgrund von Archivfunden in der Lubjanka wird geschätzt, dass man in den 30er und 40er Jahren in der UdSSR insgesamt rund 2.000 Schriftsteller verhaftete, von denen 1.500 entweder im Lager starben oder hingerichtet wurden.

Es waren also nicht etwa nur abstrakte Forderungen, die man an die Schriftsteller richtete, sondern man setzte sie auch durch. In der DDR war es nicht anders. Den Auftakt aller Disziplinierungen bildete die berühmt-berühmte Formalismusdebatte von 1951/1952, deren prominenteste Zielscheiben Brecht und Dessau wurden. Grundlage war ein Beschluss des schon zitierten 5. Plenums des ZK der SED vom 17. März: »Kampf gegen Formalismus in Literatur und Kunst für eine fortschrittliche deutsche Kultur«. Dort heißt es etwa:

Alle Richtungen und Auffassungen in der Kunst, die die Kunst vom Leben trennen und in die Abstraktion führen, sind eine objektive Hilfe für den Imperialismus.

Walter Ulbricht bekräftigte in einer Rede vor der Volkskammer am 31. Oktober 1951 nochmals den absoluten Vorrang des Sozialistischen Realismus:

Wir wollen in unseren Kunstschulen keine abstrakten Bilder mehr sehen. Die Grau in Grau Malerei, die ein Ausdruck des kapitalistischen Niedergangs ist, steht in schroffstem Widerspruch zum neuen Leben in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Direktive dazu war von Moskau gekommen mit einem prominenten Zeitungsartikel: »Wege und Irrwege der modernen Kunst« Die damaligen Verfolgungen führten zu einer ersten Fluchtwelle von DDR-Autoren in den Westen

Die Germanistik teilt die DDR-Literaturgeschichte meist in vier Phasen: Die 50er Jahre: Aufbau-literatur – Die 60er Jahre: Ankunfts-literatur – Die 70er Jahre: Liberalisierung – Die 80er Jahre: Untergrundliteratur.

Mir ist das ein wenig zu schematisch und zu theorielastig. Ich bevorzuge eine zugegebenermaßen vagere Einteilung: in die vergleichsweise kurze Phase des primären Stalinismus bis 1953, vielleicht bis 1956, bis zum ungemein folgenreichen XX. Parteitag der KPdSU im Februar mit Chruschtschows Verdammung Stalins, gefolgt von einem sekundären Stalinismus mit ständigem Auf und Ab zwischen Tauwetter und Vereisung. Dieses Auf und Ab wurde – abgesehen von wichtigen politischen Ereignissen wie der Niederschlagung des Ungarnaufstandes 1956, dem Mauerbau 1961 oder dem Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968, was alles enorme Auswirkungen auf die DDR hatte – gekennzeichnet von drei kulturpolitischen Zäsuren:

Die erste Zäsur ist das 11. Plenum des ZK der SED vom 16. bis 18. Dezember 1965. Das ursprünglich als Wirtschaftsplenum konzipierte Treffen entwickelte sich zu einer »Kahlschlag-Diskussion« der Jugend- und Kulturpolitik. Im Mittelpunkt der Anklage standen die Künstler der DDR, aber auch das »Versagen« der Kontrollgremien. Wortführer war Erich Honecker, der den Künstlern u. a. »Nihilismus«, »Skeptizismus« und »Pornographie« vorwarf. Dieses Plenum mit seinen anschließenden unzähligen Verboten von Filmen, Theaterstücken und Büchern hatte eine sehr große Wirkung auf die Kulturpolitik der DDR in den kommenden Jahrzehnten.

Die zweite Zäsur war 1971 die Entmachtung Ulbrichts durch Honecker. Er versprach bei seiner Machtübernahme zunächst eine Liberalisierung der DDR-Literaturpolitik. Als das zunehmend wörtlich genommen wurde, wurde es der Partei unheimlich und sie zog 1976 die Reißleine, womit wir bei der dritten Zäsur wären, der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976. Was als disziplinierender Befreiungsschlag in stalinistischer Manier gedacht war, entpuppte sich als Rohrkrepiere. Die Ausbürgerung Biermanns

Diskussionsbeiträge:

Elmar Faber: DDR-Literatur enthält alle wesentlichen gesellschaftlichen Konflikte

Wenn dies die Literaturgeschichte der DDR war, würde ich posthum meinen Hut nehmen und noch heute aus der DDR auswandern. Weil es wieder einfach die verkürzte und verzerrende Form von Realität ist, weil es nicht historisch angelegt wird. Das ist eine sehr einseitige Darstellung und hat mit den Akteuren auf der literarischen Bühne wenig zu tun. In erster Linie meine ich die Autoren, und dann natürlich auch die Verleger. Oder denken Sie, dass wir in unseren Kernen gesessen haben und unentwegt über den Sozialistischen Realismus nachgedacht haben? Alle wesentlichen gesellschaft-

lichen Konflikte sind in der Literatur der DDR auch aufgehoben. Das ist ja nicht nur Literatur der DDR, sondern es ist deutsche Literatur, die Literatur einer besonderen deutschen Provinz, die die Schicksalswege deutscher Menschen illuminiert hat, die ins Europäische mutiert sind.

Sie können untersuchen, was der Aufbau Verlag geleistet hat. Als ich zum Aufbau Verlag kam, nahm ich als erstes wahr, dass Christa Wolf und Christoph Hein nicht in der Presse erwähnt werden sollten. Dagegen bin ich sofort Sturm gelaufen. In meinem ersten Jahr gab es auch die Erzählung »Grüner Juni« von Strittmatter. Da gab es eine Vergewaltigungsszene. Ich bin in Thüringen groß geworden, wo erst die Amerikaner waren und dann die Russen. In unser Dorf stürmten sie mit aufgepflanzten Bajonetten. Sie haben Frauen vergewaltigt. Ja, glauben Sie denn, ich hätte jemandem ausreden wollen, eine Vergewaltigungsszene zu beschreiben? Ich beschäftige mich gerade mit der Literaturgeschichte der Bundesrepublik seit den 50er Jahren. Was meinen Sie, wie viele Autoren dort eine Vertriebsbeschränkung hatten? Gerade viele Autoren, die aus der Emigration zurückkamen. Richtig ist, dass Studenten, die Westliteratur lesen wollten von ihrem Professor eine Bescheinigung bringen mussten.

führte zu einer noch nie da gewesenen Solidarisierung der DDR-Literaten und in der Folge zu einem einmaligen Exodus von Autoren.

Doch unterdessen wurde die Kulturdebatte durch eine sich zuspitzende ökonomische Krise überlagert. Nach außen hin äußerte sich das in einer immer konfuseren Kulturpolitik. Sie verlor ihre – von Grund auf kunstfeindliche – Konsistenz und wurde weitgehend ersetzt durch einsame Entscheidungen von Kulturfunktionären. Natürlich alles immer im Namen des Sozialismus. Das böse Wort vom »Feudalsozialismus« machte die Runde. Stichworte sind die verblüffend eigenständige Prenzlauer-Berg-Szene und die erstaunlichen Veröffentlichungen »Außer der Reihe« im Aufbau-Verlag.

»Na ja, hört man dann, anpassen mussten sie sich auch, ja ja – heute etwa nicht ? Früher an die Partei, heute an den Markt ... Nein, kann ich da nur entgegenhalten, es ging nicht um ‚anpassen‘, es ging um das Wort an sich, das Prinzip der Literatur grundsätzlich.«

Hans-Georg Soldat

Zensur gab es offiziell natürlich nicht, das war sogar in der Verfassung der DDR verankert. Aber de facto übte das Politbüro der SED über das Kulturministerium und die einzelnen Verlage eine sehr effektive Zensur aus. War es überhaupt möglich, sich eine DDR ohne Zensur zu denken? Beseitigte sie nicht damit ihre ideologische Grundlage und schaffte sich damit hinterrücks selbst ab? Und umgekehrt – man hört ja oft genug, dass die beste Literatur im Schreiben gegen die Zensur entstanden sei.

Leseland DDR – lieber Himmel! Manchmal wird die öffentliche Debatte bestimmt von der Vorstellung, dass es den Schriftstellern in der DDR mental und materiell so gut gegangen sei wie nie zuvor – und erst recht jetzt nicht. Na ja, hört man dann, anpassen mussten sie sich auch, ja ja – heute etwa nicht ? Früher an die Partei, heute an den Markt ... Nein, kann ich da nur entgegenhalten, es ging nicht um »anpassen«, es ging um das Wort an sich, das Prinzip der Literatur grundsätzlich. Also nicht um Rilkes »Überstehn«, das ist eben doch nicht alles, schon Celan hatte das erkannt. Man lese sein Gedicht »Atemwende« nach. Ich danke Ihnen.

Zur Person:

Elmar Faber, geboren 1934 in Deesbach (Thüringen), war Chef des Aufbau Verlags und somit langjähriger Verleger von zeitgenössischer Literatur. Den 9. November 1989 hat er in Berlin verbracht.

SCHÖN WAR DIE ZEIT ...?

8 // LITERATUR ALS KAMPFMITTEL DES SOZIALISMUS?

Zur Person:

Prof. Ines Geipel wurde 1960 in Dresden geboren und kennt DDR-Internate aus eigener Erfahrung. Sie ist Schriftstellerin und Professorin für deutsche Verssprache an der Berliner Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch«. Den Tag des Mauerfalls erlebte sie in Darmstadt – bei ihrer Abendschicht in einer Darmstädter Weinstube, bekleidet mit einem rosafarbenen Dirndl.

Zur Person:

Christoph Hein wurde 1944 in Heinzendorf/Schlesien geboren. Er hat Philosophie in Leipzig und Berlin studiert und war von 1974 bis 1979 Hausautor an der Volksbühne in Ost-Berlin. Seitdem arbeitet er als freier Autor in Berlin.

Zur Person:

Erich Loest, geboren 1926 in Mittweida (Sachsen), war und ist Schriftsteller. Er kämpfte zusammen mit anderen Autoren gegen die Zensur in der DDR. Er wurde so massiv von der Stasi überwacht, dass er 1981 die DDR verlassen hat, um frei schreiben zu können. Den Mauerfall verfolgte Erich Loest in Bonn übers Radio.

Dann gingen sie in die Deutsche Bücherei in den »Giftturm« hinauf. Das war nicht das, was wir heute geistige Freiheit nennen, aber man muss immer beides sehen, die Beförderung und die Behinderung.

Ines Geipel: Zensur bis zum letzten Tag der DDR

Wer vergibt eigentlich dieses Recht, welche Autorinnen und Autoren öffentlich sein dürfen und zum kulturellen Gedächtnis gehören? Für mich wirkt die Literatur, die in der DDR entstanden ist, gar nicht gut sortiert und gar nicht aufgearbeitet. In meinen Augen ist das einer der sehr verwahrlosten geistigen Räume der letzten 20 Jahre. Weil wir uns in der DDR auch härteste Schicksale geleistet haben. Zum Beispiel: Uwe Keller, den Sie sicher als Lyriker kennen, bekam 1981 sechs Jahre und acht Monate Gefängnis. Frank Romeis bekam für zwölf Gedichte Anfang der 80er Jahre drei Jahre und sechs Monate Haft. Ralf Arnecke schickte seine Manuskripte in die Bundesrepublik und bekam 1984 wegen ungesetzlicher Verbindungsaufnahme ein Jahr und zehn Monate Gefängnis. Rolf Becker, wegen eines einzigen Manuskriptes verhaftet, erhielt fünf Jahre und sechs Monate.

Ich kenne aus der Bundesrepublik keine vergleichbaren Fälle. In der DDR gab es auch Edeltraut Eckert, 1950 verhaftet, 25 Jahre Gefängnis, vier Jahre später in Hoheneck skalpiert. Eine ganz junge Dichterin. Sie können das bis 1989 verfolgen und stoßen auf große Härten gerade in der Literatur. Wir haben in einer geistigen Selektion gelebt, wir wurden abgekoppelt von der Welt. Ich habe Germanistik studiert und kenne diese »Giftschränke« und die Schwierigkeiten, an die Weltliteratur ranzukommen. Die große Härte gerade in der Literatur hat bis 1989 angehalten, auch wenn es 1969 einen Strategiewechsel bei der Staatssicherheit gab. Nicht mehr diese offene Repression, nicht mehr die Liquidierungen der frühen Terrorzeit, sondern stille Repression. Dazu hat Erich Mielke viele Reden gehalten. Die Kulturszenen zu infiltrieren, sie unwirksam zu machen, war das Ziel. Zensur hat es bis zum letzten Tag der DDR gegeben, sie blieb strukturell im Sinne geistiger Auslöschung immer das Ziel, lediglich die Methoden haben sich verändert.

Christoph Hein: In den 80ern wurde es einfacher

Mein erstes Buch erschien 1980. Da war es sehr viel aufgeweichter und liberalistischer. Die Veränderungen, die auch durch Schriftsteller und Künstler erfolgten, hat die enorm strikte Zensur der 50er und 60er Jahre sehr aufgeweicht. Mit Hilfe von Westdeutschland hatten wir einen ziemlich guten Samisdat. So wird in der Sowjetunion das Abschreiben von Manuskripten bezeichnet. Manuskripte, die in der DDR nicht erscheinen konnten, erschienen in Westdeutschland. Gelegentlich gab es dafür drakonische Maßnahmen, aber in der Regel erhielt man einen Anruf, dass man da eine schlimme Sache gemacht hatte und dafür eine Genehmigung einzuholen gewesen wäre. Damit hatte sich es dann aber. Das war anders als in den 50er und 60er Jahren. Man konnte in den 80er Jahren mit den Manuskripten in beiden deutschen Staaten hantieren.

Erich Loest: Weglassen war die einfachste Art zu lügen

Ein Begriff ist noch nicht gefallen: Tabu. Wir Schriftsteller wussten zu jeder Zeit, was ging und was nicht ging. Unter das Tabu fielen die Vergewaltigungen der Soldaten der Roten Armee, der Gulag, später die Mauer oder alles, was über den Kreis des Bezirks hinaus ging. Zu schreiben, wie jemand ins Politbüro kommt, war undenkbar. Das bestimmte auch immer das Gespräch mit unseren Verlegern und Lektoren. Wenn in dem Buch etwas unpassendes stand, sagte der Lektor nicht, dass das anders sei. Er sagte: Das kriegst Du nie durch. Und das kriegten wir nie durch.

Ich habe einen Roman über Fußball in den 60er / 70er Jahren geschrieben. Lok Leipzig. Ich habe ein Jahr mit ihnen gelebt, habe alles geschrieben, wie es war. Keine Lüge, ich habe nur etwas weggelassen. Einmal im Monat kam der Mann von der Reichsbahndirektion. Lok hieß der Verein und er brachte ihnen Geld. Denn es waren natürlich alle Profis. Das wussten alle. Das zu schreiben wäre aber für diesen Roman tödlich gewesen. Er wäre nicht erschienen. Also habe ich es weggelassen. Das war die einfachste Art zu lügen. Das Weglassen. Ich habe mir damals vorgenommen, das machst du nicht noch einmal.

Wir Schriftsteller sind durch Zensur und durch unsere Selbstzensur, das Tabu anzuerkennen, beschädigt worden. Keiner von uns, der in der DDR geschrieben hat, ist davon verschont geblieben.



Kapitel 9 // Smogalarm

Umweltpolitik in Groß-Berlin

Termin:	13. Mai 2009
Podium:	Dr. Carlo Jordan (Mitbegründer der Umweltbibliothek und der Grünen Partei der DDR), Dr. Wolfgang Mitzinger (ehemaliger Minister der DDR für Kohle und Energie von 1979 bis 1989), Judith Demba-Fernandez Rios (DDR Umweltaktivistin), Prof. Dr. Martin Jänicke (Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik)
Moderation:	Franziska Eichstädt-Bohlig, MdA (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Abgeordnetenhaus von Berlin)
Impulsreferat:	Prof. Dr. Martin Jänicke

Die DDR versuchte zeitlebens, den Westen ökonomisch zu überholen. Tatsächlich gelungen ist das nur bei der Umweltverschmutzung. Während in der Bundesrepublik die Anti-Atom-Bewegung auf der Straße war, wurde die Katastrophe von Tschernobyl durch die SED verharmlost. Wenn in West-Berlin Smog-Alarm ausgerufen wurde, rauchten im Ostteil der Stadt alle Schloten weiter. Aber nicht einmal durch Beschlüsse des DDR-Ministerrats ließ sich der markante Braunkohle-Geruch verbieten. Wir wollen darüber diskutieren, welchen Stellenwert Umweltschutz in Ost- und Westdeutschland hatte und was die Umweltbewegung in Ost und West bewirkt hat.

Impulsreferat

Martin Jänicke: Zur Umwelt- und Energiepolitik in der ehemaligen DDR

Die formelle Institutionalisierung von Umweltpolitik begann in der ehemaligen DDR früher als in der BRD, und zwar 1968 mit der Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung. Als zweites Land Europas – nach Schweden (1969) – erließ die DDR 1970 mit dem Landeskulturgesetz ein umfassendes Umweltraumengesetz, das durch zahlreiche Einzelgesetze und Durchführungsverordnungen konkretisiert wurde. Das umweltpolitische Instrumentarium reichte von der Integration von Umweltaspekten in die verschiedenen Ebenen zentralstaatlicher und betrieblicher Planung über Formen ordnungsrechtlicher Verhaltenssteuerung, z.B. durch Grenzwerte oder Strafrechtvorschriften, bis hin zu ökonomischen Instrumenten wie dem Staub- und Abgasgeld, dem Wassernutzungsentgelt, dem Abwassergeld und der Bodennutzungsgebühr.

Auch im administrativen Bereich erfolgte relativ früh der Aufbau differenzierter Institutionen. So wurde bereits 1971 das für die staatliche Planung und Leitung von Umweltschutzmaßnahmen zuständige Ministerium für Umwelt und Wasserwirtschaft gegründet. Auf bezirklicher Ebene waren staatliche Umweltspektiven und die dem Gesundheitsministerium unterstellten Hygiene-Inspektionen für die Kontrolle der Einhaltung von Umweltvorschriften verantwortlich.

Den relativ umfassenden formalen Regelungen stand allerdings ein offensichtlicher Mangel an substantieller Umweltpolitik gegenüber. Zwar wurden in der ersten Hälfte der 70er Jahre – etwa bei den Schwefeldioxid Emissionen – vorübergehend gewisse Verbesserungen erzielt. Aber spätestens seit Mitte der 70er Jahre wurde Umweltpolitik grundsätzlich ökonomischen, außenpolitischen und auch sozialpolitischen Erwägungen untergeordnet. Die zu zahlenden Umweltafgaben waren in der Regel – wie auch sonst im damaligen Osteuropa – Strafgebühren für Grenzwertüberschreitungen. Da sie sehr niedrig waren, schufen sie eher eine Rechtfertigung für Umweltverschmutzung. Daher der DDR-Witz: Frage an den Unternehmensleiter: »Was tust Du für den Umweltschutz?« Antwort: »Ich zahle regelmäßig Staub- und Abgasgeld«.

Eröffnet wurde dieses Gespräch mit einem illegal in der DDR gedrehten Kurzfilm über das Waldsterben und die erstickende Bitterfelder Luftbelastung. Der Umweltpolperte Professor Martin Jänicke von der Freien Universität Berlin gab danach einen Überblick über die Phasen der DDR-Umweltpolitik mit einem mutigen Beginn 1970 und einem kläglichen Ende 1989. Bereits 1971 wurde in der DDR ein Ministerium für Umwelt und Wasserwirtschaft gegründet. In der ersten Hälfte der 70er Jahre wurden vorübergehend gewisse Verbesserungen erzielt. Aber seit Mitte der 70er Jahre wurde Umweltpolitik grundsätzlich ökonomischen, und sozialpolitischen Zielen untergeordnet, auch wenn es einiges Vorbildliche gab bei der Abfallsammlung, im Güterverkehr, in der Flächenpolitik und in einem sparsamen Wasser- und Bodennutzungsrecht. Am Ende ihres Bestehens hatte die DDR dramatische, die staatliche Existenz bedrohende Umweltprobleme.

Dr. Wolfgang Mitzinger, ehemaliger Minister für Kohle und Energie der DDR, erläuterte, in welchem Maße die einheimische Braunkohle der entscheidende Energieträger und Rohstoff für die DDR war, den man viel sparsamer hätte nutzen müssen. Aus sozialen Gründen wurden aber Strom und Gas umfassend für die Bevölkerung subventioniert, was auch zur Energieverschwendung führte.

Als gelernte Chemiefacharbeiterin fing die Umweltaktivistin Judith Demba-Fernandez-Rios früh an, sich für Umweltpolitik zu interessieren. Unter dem Dach des Kulturbundes arbeitete sie in einer Umweltgruppe »Stadtökologie« mit. Sie schrieb mit anderen Flugblätter und baute in einem Berliner Großbetrieb eine betriebliche Umweltgruppe auf.

Das Demokratiedefizit in der DDR und die fehlende Öffentlichkeit in Umweltfragen machte der DDR-Bürgerrechtler Carlo Jordan, Mitbegründer der Umweltbibliothek und der Grünen Partei 1989, an einem Beschluss des Ministerrates von 1982 fest, der sämtliche Daten zur Lage der Umwelt zum Staatsgeheimnis machte. Der Aufbau der Umweltbibliothek war eine sehr bedeutende Initiative der Bürgerbewegung. Sie stellte die Frage der öffentlichen Informationen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Sie wurde von Westberliner Aktiven unterstützt und erstellte im Samisdat Selbstverlag-Publikationen. Die West-Sendung »Kontraste« sendete illegal gedrehte Filme, zum Beispiel »Zum Smog in der DDR«, oder »Bitteres aus Bitterfeld«, zu den Umweltproblemen, die Millionen von Menschen, auch in der DDR, erreichten.

Zur Person:

Martin Jänicke, geboren 1927 in Buckow (Brandenburg) ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und hat an der FU Berlin gelehrt. Von 1986 bis 2007 leitete er dort die Forschungsstelle für Umweltpolitik. Die Einreise in die DDR war ihm nach kritischen Rundfunkbeiträgen verboten worden.

Ab 1979 erwies sich die (erneute) einseitige Ausrichtung der Energiewirtschaft auf die einheimische Braunkohle als ökologisch verheerend. Auch die sozialpolitisch begründeten Subventionen des privaten Energie- und Wasserverbrauchs waren umweltpolitisch höchst nachteilig. Daneben betrieb das SED-System eine repressive Abschottung seiner zentralisierten Informations- und Entscheidungsstrukturen. Auch das umweltrechtliche Instrumentarium erwies sich aufgrund schwacher Grenzwerte, niedriger Umweltafgaben, geringerer Strafen und unvollkommener Kontrolle als ineffektiv. Zudem wurde vielfach mit Ausnahmegenehmigungen operiert.

Die DDR wies am Ende ihres Bestehens dramatische Umweltprobleme auf: Im Vergleich zu Japan wurde 1988 in der DDR bei Schwefeldioxid (SO₂) mehr als das Dreißigfache, bei Staub mehr als das Hundertfache und bei CO₂ fast das Dreifache emittiert. Das Kraftwerk Jämschwalde hatte SO₂-Emissionen wie ganz Dänemark und Norwegen zusammen!

Die Gewässerverschmutzung war, insbesondere im Süden der DDR, extrem hoch: Von den 16,6 Millionen Einwohnern erhielten 9,6 Millionen zeitweise oder ständig qualitativ beeinträchtigtes Trinkwasser. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln lag flächenbezogen doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Von den 1995 erfassten etwa 170 000 großen Altlastenverdachtsflächen Deutschlands lag die Hälfte im Osten. Von den 11 000 Standorten für Hausmüllablagerungen wurden in den neuen Bundesländern rund 10 000 als «wilde Müllkippen» ohne Beachtung von Sicherheitsstandards zunächst weiter betrieben. Im Gebiet des Uranbergbaus überstieg die Radonkonzentration in 50 Prozent der Häuser den Normalbereich von 250 Becquerel/m³.

Letztlich ist der Zusammenbruch des DDR-Systems, wie des Ostblocks insgesamt, auch mit der extrem ineffizienten Ressourcennutzung und dem Fehlen entsprechender Modernisierungen zu erklären. Als Pluspunkt in der Vergleichsbilanz ist allerdings zu vermerken, dass ab 1979 der Gütertransport auf der Straße drastisch verringert wurde, teils durch Verlagerung auf die Schiene,

teils durch dirigistische Eingriffe. Dies war allerdings nicht ökologisch motiviert, sondern das Ergebnis energiewirtschaftlicher Zwänge durch das Einfrieren der Ölimporte aus der Sowjetunion.

Vergleichsweise gut organisiert war die Wiederverwertung von Rohstoffen (Sero-System). Im Industrieländervergleich sehr niedrig war der Flächenverbrauch. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche blieb seit 1970 aufgrund staatlicher Regulation (Bodennutzungs-Verordnung, Bodennutzungsgebühr) nahezu konstant, während sie in der Bundesrepublik stark zunahm. Im internationalen Vergleich hoch war auch der Anteil an Naturschutzflächen.

Es lohnt sich also eine etwas differenziertere Sicht auf die Umweltpolitik der DDR. Sie startete mit einem bemerkenswerten Ehrgeiz und machte es etwas besser als die übrigen Ostblockstaaten. Sie war nicht in jeder Hinsicht das Gegenbild dessen, was man in der Bundesrepublik erreichte – auch wenn sie regelmäßig zur Idealisierung des Westteils erhalten musste.

Diskussionsbeiträge:

Dr. Wolfgang Mitzinger: Die Einsparung von Energie war ein objektives Erfordernis

Ich habe 1946 Betriebselektriker im damaligen SAG-Betrieb (sozialistische Aktiengesellschaft) gelernt, habe dort als Betriebselektriker gearbeitet, die Abendschule besucht, an der Bergingenieursschule in Zwickau studiert und an der Bergakademie Freiberg promoviert. Ich war als Hauptenergetiker in verschiedenen Braunkohlewerken tätig und dann in der staatlichen Plankommission, Abteilung Kohle, Generaldirektor der VVB Kraftwerke in Cottbus. Dann wurde ich als Staatssekretär berufen und später als Minister.

Die Energiepolitik der DDR folgte vier Hauptlinien. Die erste war die rationelle Energieanwendung als Hauptquelle zur Deckung des wachsenden Energiebedarfs.

Das war u.a. festgelegt in der Energieverordnung vom Juni 1988. Zweitens ging es um die verstärkte Nutzung der einheimischen Rohbraunkohle als Energieträger und Rohstoff. Drittens ging es um die höhere Veredelung der Rohbraunkohle als Rohstoff und viertens um die beschleunigte Entwicklung der Elektroenergie als höchste Veredelungsstufe aller Energieträger und als universell einsetzbare Energieform.

Die Einsparung von Energie, Material und Rohstoffen betrachteten wir als ein objektives Erfordernis zur Schonung der Ressourcen. Es war auch ökonomisch günstiger. Der Aufwand war 30 Prozent geringer als neue Tagebaue zu erschließen. Die rationelle Energieanwendung wurde ein wichtiger Intensivierungsfaktor der Volkswirtschaft und ein wichtiger Faktor für Erneuerungsprozesse der Produktion. Wir mussten mit geringerem spezifischen Energieaufwand produzieren, weil wir der Entwicklung entgegensteuern mussten. Der Primärenergieverbrauch zum produzierten Nationaleinkommen lag 1979 noch bei 20 Megajoule pro Mark und 1988 bei 13,9. Der spezifische Brennstoffwärmeverbrauch lag 1979 bei 11.700 Kilojoule pro Kilowattstunde und 1988 bei 11.000. Natürlich wäre der spezifische Energieverbrauch weit besser gewesen, wenn wir veraltete Kraftwerke stillgelegt hätten. Aber da wir permanenten Energiemangel hatten, vor allen Dingen in den Wintermonaten, konnten wir diese Kraftwerke nicht stilllegen.

Die Preise für die Bevölkerung für Elektroenergie lagen bei 8 Pfennig pro Kilowattstunde. Darauf war man stolz. Die Preise für Stadtgas waren mit 10 Pfennig pro Kubikmeter ähnlich. Der Staat hat pro Kubikmeter verbrauchtem Gas 40 Pfennig dazubezahlt und pro Kilowattstunde Strom 15 Pfennig. Honecker lehnte eine Vorlage im Politbüro ab, nach der nur ein bestimmter Grundverbrauch subventioniert werden sollte. Seine Begründung: da haben einige vor, an der Wirtschaftspolitik der Partei zu rütteln.

Judith Demba-Fernandez Rios : Nebenwidersprüche wie Ökologie wurden vertagt

Ich bin in einem marxistischem Elternhaus aufgewachsen und komme nicht aus der kirchlichen Umweltbewegung. Ich war in Leuna im Kindergarten und habe im Petrochemischen Kombinat meine Ausbildung zur Chemiefach-

arbeiterin gemacht. Ich fing an, mich für Umweltpolitik zu interessieren, weil das Waldsterben auch rund um das damals modernste Erdölverarbeitungswerk Europas unübersehbar war. Später kam ich nach Berlin, und wohnte in unmittelbarer Nähe des Kraftwerks Klingenberg, dessen Rauchwolken wir fast mit den Händen greifen konnten. Die Luftbelastung durch den Verkehr, insbesondere, die Auspuffgase der Zweitakter, der Trabanten, waren eine zusätzliche Belastung. Auch in der DDR war vielen bewusst, dass die Luftverschmutzung ursächlich für Erkrankungen der Atemwege bei Kindern waren oder deren Verlauf komplizierten, denken wir nur an Pseudo-Krupp, es war alles fassbar, wurde aber meist verdrängt.

Wir haben Anfang der 80er Jahre Flugblätter geschrieben und in Briefkästen gesteckt. Das war ein Versuch, gerade im Umfeld von Klingenberg auf diese Probleme aufmerksam zu machen. Später haben wir uns auf der Suche nach Gleichgesinnten organisiert. Schon seit 1945 gab es in der DDR den von der sowjetischen Administration gegründeten Kulturbund. 1985 bildeten sich im Kulturbund sogenannte Fachgruppen heraus. Eine davon war die Gesellschaft für Natur und Umwelt. Unter diesem Dach haben sich umweltinteressierte Menschen zusammengefunden und Projektgruppen gegründet, zum Beispiel zum Thema Abfallpolitik, einer unserer Schwerpunkte waren die Giftmülldeponien. Uns ging es dabei immer um Aufklärung und Öffentlichkeit.

Im Werk für Fernsehlektronik haben wir eine Betriebsökologiegruppe gegründet und wollten deren Anerkennung bei der FDJ, Partei und Werksleitung durchsetzen. Die Aufmerksamkeit war auch groß, insbesondere von der Staatssicherheit. Wir haben Wandzeitungen zum Thema »Industrienebel« und seinen Auswirkungen gemacht, die wurden schnell wieder abgehängt. Es wurden Gerüchte im Betrieb verbreitet, dass wir illegal seien und nur die Leute aufhetzen wollten.

Bei vielen Kollegen gab es aber durchaus ein Bewusstsein dafür, dass sich etwas ändern musste. Auch in der SED gab es Aktive, die sich mit den Umweltproblemen befasst haben. Konkrete Maßnahmen wurden aber immer wieder verschoben unter dem Vorwand, dass es dafür keine Mittel gäbe. Der Hauptwiderspruch stand im Vordergrund und Nebenwidersprüche wie die Ökologie wurden nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen vertagt. Das erleben wir heute ja genauso. Die spannende Frage ist, ob es andere Möglichkeiten gegeben hätte.

Zur Person:

Judith Demba-Fernandez Rios wurde 1957 in Laucha (Sachsen-Anhalt) geboren. Sie hat zunächst als Facharbeiterin in der chemischen Produktion gearbeitet, danach war sie politische Mitarbeiterin des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds der DDR. Im Werk für Fernsehlektronik (WF) hat sie die Gruppe Betriebsökologie gegründet. 1989 gehörte sie zu den MitbegründerInnen der Grünen Partei der DDR. Von 1990 bis 1999 war sie für Bündnis 90/Die Grünen Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, trat aber 1999 aus Protest gegen den Kosovokrieg aus der Partei aus. Heute ist sie Mitarbeiterin eines Europa-Abgeordneten der Linksfraktion. Den 9. November 1989 hat Judith Demba Fernandez Rios auf einem Solidaritätskonzert im »Palast der Republik« erlebt.

Zur Person:

Dr. Wolfgang Mitzinger, geboren 1932 in Lichtenstein/Erzgebirge, war von 1979 bis 1989 Minister für Kohle und Energie in der DDR. Mitzinger absolvierte erst eine Ausbildung als Elektriker, später studierte er an der Bergingenieurschule in Zwickau. Mitzinger war SED-Mitglied und hat von 1968 bis 1971 als Staatssekretär und erster stellvertretender Minister für Grundstoffindustrie gearbeitet. 1971 absolvierte er die Parteihochschule »Karl Marx« beim Zentralkomitee, eine Voraussetzung für weiteren beruflichen Aufstieg in der Regierung der DDR. Danach arbeitete er als Staatssekretär weiter, bis er 1979 zum Minister ernannt wurde. Den Tag des Mauerfalls hat er im Ministerium für Kohle und Energie verbracht.

Prof. Dr. Martin Jänicke: Das Spannende ist gerade das Widersprüchliche

Das Thema ist durchaus aktuell. Die DDR ist das erste Land, das an der Krise des ressourcenintensiven Industrialismus gescheitert ist. Dann folgte der Ostblock insgesamt. Die Krise ist nicht bewältigt worden. Man hatte nicht die Innovationskapazitäten, man hatte nicht die notwendigen Investitionsmittel. Heute kann man sagen, da wurde die Krise, die wir jetzt generell und weltweit haben, vorexerziert mit sehr weitgehenden Folgen, die wir hoffentlich heute vermeiden.

Man darf das Thema Umweltpolitik der DDR aber nicht im Hau-Drauf-Verfahren diskutieren. Das Spannende daran ist gerade das Widersprüchliche. Die Frage: »Gab es einen anderen Weg?« ist nicht leicht zu beantworten. Wenn wir das Jahr 1968 nehmen würden, in dem der Schutz der Umwelt in der Verfassung verankert wurde, sage ich Ja. Oder in Prag, wo ein Konzept entwickelt worden ist, das man mit jeder Planperiode hätte einsetzen können, das hätte schrittweise Änderungen bewirken können. Aber im Jahre 1979, wo die Kostenexplosion durch den russischen Stop der Öllieferungen zu bewältigen war, war das extrem schwierig. Die in der DDR gewährten hohen Energiesubventionen sind ja heute weltweit ein Problem. In China gibt es sie und in Indien. Aber weil sie eine Sozialkomponente haben, kann man sie nicht so leicht ändern. So war das in der DDR auch. Es gab ja keine hohen Löhne, von denen das hätte finanziert werden können.

Dr. Carlo Jordan: In der Umweltbibliothek haben wir vor allem für Öffentlichkeit gesorgt

Das Demokratiedefizit der DDR in Umweltfragen muss man an dem Beschluss des Ministerrates von 1982 festmachen, mit dem sämtliche Umweltdaten zum Staatsgeheimnis erklärt wurden. Dieser Ministerratsbeschluss war so geheim, dass er den Bürgern nicht als Gesetzblatt zugänglich war. Selbst wir als Aktivisten der Umweltbibliothek, die wir das erste grüne Netzwerk gegründet haben, bekamen diesen Beschluss erst 1988 in die Hände. Die DDR wurde dabei in drei Kategorien aufgeteilt: In der ersten Kategorie wurden die Umweltdaten, die von staatlichen Hygiene- und Industrieaufsichtsbehörden erhoben wurden, für fünf Jahre gesperrt. In der zweiten

Kategorie galt die Sperre für zehn Jahre und in der dritten für fünfzehn Jahre. Der Mangel an Öffentlichkeit führte zu großer Unglaubwürdigkeit der DDR-Umweltpolitik. Denn seit Anfang der 80er Jahre hatte sich die Umweltsituation in Bezug auf Luft, Boden und Gewässer dramatisch verschlechtert.

Im SED-Archiv habe ich auch nachgelesen, welche Motive die DDR hatte, so früh mit der Umweltgesetzgebung anzufangen. Die Einrichtung des DDR-Umweltministeriums als eines der ersten in Europa war ein Vehikel für die Anerkennung der DDR auf internationaler Ebene. Denn 1972 fand in Stockholm die erste internationale Umweltkonferenz statt, und Honecker setzte auf die außenpolitische Anerkennung der DDR und sicherte sich so internationalen Respekt, der dann im zweiten Schritt zur völkerrechtlichen Anerkennung führen sollte.

In der Umweltbibliothek haben wir vor allem das Thema Öffentlichkeit in den Mittelpunkt gestellt. Wir haben im Samisdat Publikationen erstellt. Unsere Quelle zum Smog war zum Beispiel die Zeitung der Sozialistischen Einheitspartei West-Berlins »Die Wahrheit«. Die haben ihre Genossen in West-Berlin immer vor Smog gewarnt und die Smog-Werte in Berlin veröffentlicht. Es gab auch eine West-Berliner Unterstützerguppe der Umweltbibliothek. Und die Sendung »Kontraste« sendete illegal gemachte Filmaufnahmen vom Waldsterben und aus Bitterfeld. Diese Filme erreichten Millionen von Menschen, auch in der DDR, und trugen so zur Mobilisierung der Bürgerbewegung bei.



Zur Person:

Dr. Carlo Jordan wurde 1951 in Ost-Berlin geboren. 1986 gründete er die Berliner Umweltbibliothek im Keller des Gemeindehauses der Zionskirche. Der Raum war einer der wichtigsten Treffpunkte der DDR-Oppositionellen. 1989 hat er die Grüne Partei der DDR mitgegründet und war Mitglied des ersten Sprecherrats. Den Mauerfall hat Carlo Jordan am Grenzübergang Bornholmer Brücke mit Freunden der Umweltbibliothek verbracht, nachts war er bei Westberliner Unterstützern der Umweltbibliothek in Schöneberg.

Kapitel 10 // Aufklären statt verklären

20 Jahre nach der friedlichen Revolution

Termin:	7. Oktober 2009
Podium:	Katrin Göring-Eckardt, MdB (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung), Dr. Jochen Staadt (Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin), Heinz Vietze, MdL (Fraktion Die Linke im Brandenburger Landtag, Vorsitzender des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung)
Moderation:	Brigitte Fehle (Stellvertretende Chefredakteurin »Berliner Zeitung«)

Die SED-Spitze feierte am 7. Oktober 1989 im Palast der Republik den 40. Jahrestag ihrer Herrschaft. Draußen vor der Tür demonstrierten bereits Tausende für Freiheit und gegen das Regime. Auch Polizeiterror und Verhaftungen konnten nicht verhindern, dass es der letzte Geburtstag der DDR war. Am 9. November war das Politbüro am Ende und die Mauer offen. 20 Jahre später diskutieren wir, was vom SED-Staat und von der friedlichen Revolution übrig geblieben ist. In der letzten Veranstaltung unserer Reihe fragen wir nach den Ursachen für die Verklärung des Lebens in der Diktatur. Was muss sich ändern am Gedenken, am Erinnern und am Geschichtsunterricht? Kann auch die SED-Nachfolgerin »Die Linke« dazu einen Beitrag leisten?

Alle waren sich einig: Ohne die Bürgerbewegung hätte es keine friedliche Revolution in der DDR gegeben. Doch bei den ersten freien Wahlen im März 1990 bekamen die Oppositionsgruppen zusammen nur knapp 5 Prozent. Die Vizepräsidentin des Bundestages, Katrin Göring-Eckardt, betonte, dass viele Bürgerbewegte zunächst einen dritten Weg, eine eigene demokratische Republik wollten, statt in den vorhandenen Institutionen nach der Macht zu greifen. Der wichtigste Ausdruck dafür waren die Runden Tische.

Thomas Krüger hielt die Integration der Bürgerrechtler in die Parteien für besonders positiv. Sie hätten eigene Akzente in den verschiedenen Parteien gesetzt und nach der Vereinigung für ein Stück DDR – Perspektive und Pluralisierung gesorgt.

Heinz Vietze beschrieb die Ohnmacht der SED angesichts der Krise der DDR. Das Hauptverdienst der Bürgerbewegung sei gewesen, dass sie einen Ausweg aus dieser Krise der DDR zeigte und ohne militärische Konfrontation den Weg für Veränderungen frei machte.

Dr. Jochen Staadt kritisierte diese Einschätzung, da die Bürgerbewegung nicht erst 1989 auf den Plan getreten sei. Sie müsse im Zusammenhang mit der Repressionsgeschichte des SED-Staats in den 50er und 60er Jahren gesehen werden. Während die Bürgerrechtler 1989 eine eigenständige Zukunft für die DDR suchten, sei für die Opposition der früheren Jahre der Gedanke der deutschen Einheit selbstverständlich gewesen, ein Gedanke, den das SED-Regime der DDR-Bevölkerung bis 1989 nicht austreiben konnte. Das und auch die Ausreisebewegung von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik habe für die Entwicklungen 1989 eine große Rolle gespielt.

Thomas Krüger forderte mehr Mut, verschiedene Perspektiven auf 1989 zuzulassen. Eine Verkürzung auf die Systemdebatte und auf die Täter- und Opferperspektive werde dem Thema DDR nicht gerecht.

Katrin Göring-Eckardt war die Diskussion über den Begriff Unrechtsstaat sehr wichtig. Für viele sei die DDR

angeblich kein Unrechtsstaat gewesen, aber die SED hätte jedes Recht, jedes Gesetz sofort außer Kraft setzen können. Vor dem Hintergrund politischer Verhandlungen mit der Linkspartei war ihr der Blick auf die Vergangenheit ein besonderes Anliegen. Der klare Blick auf die eigene Geschichte sei eine Grundvoraussetzung, um Demokratie zu gestalten.

Heinz Vietze erklärte, dass er sich persönlich für die Aufarbeitung der DDR in der Linkspartei stark einsetze. Er sah die Schwierigkeiten darin, dass es noch keine hinreichende öffentliche Akzeptanz für die selbstkritische Beschäftigung mit der DDR gibt. Dem stehe die Forderung der anderen gegenüber, dass sich die Mitglieder, Wählerinnen und Wähler der Linkspartei dieser Auseinandersetzung ehrlich stellen müssten.

Diskussionsbeiträge

Katrin Göring-Eckardt: Mir ist die Diskussion über den Begriff Unrechtsstaat wichtig

Ich bin über die Jugendarbeit zur kirchlichen Oppositionsarbeit gekommen und habe bei der »solidarischen Kirche« und den »Frauen für den Frieden« mitgemacht. Dort habe ich mich als Theologiestudentin für die friedliche Revolution engagiert und danach im »Demokratischen Aufbruch«. Der hat sich nach der Vereinigung zur Allianz für Deutschland bekannt.

Das war nichts für mich. So habe ich in Thüringen dabei mitgewirkt, »Demokratie Jetzt« aufzubauen, die sich bald mit anderen zu Bündnis 90 zusammengeschlossen hat. Später war ich an den Verhandlungen zwischen Bündnis 90 und den Grünen beteiligt. Da habe ich gelernt, dass wir in Ost und West zwar die selbe Sprache sprechen, aber nicht immer das gleiche sagen.

Die Mehrheit der Bevölkerung der DDR wollte die Einheit und wollte Teil der wohlhabenden Bundesrepublik werden, während wir Bürgerbewegten auf eine eigene neue demokratische Republik zielten. So wurde Helmut Kohl zum Garanten der Einheit und nicht die Bürgerbewegung. Das hat viele von uns sehr gekränkt.

Zur Person:

Katrin Göring-Eckardt wurde 1966 in Friedrichroda (Thüringen) geboren und war sehr aktiv in der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Unter anderem war sie Gründungsmitglied der Gruppierung »Demokratie Jetzt«, die 1991 zusammen mit anderen Bewegungen im Bündnis 90 aufging. Katrin Göring-Eckardt hat Theologie studiert und ist seit 2009 Präses der Synode der Evangelischen Kirche Deutschland. Seit 1998 ist sie Mitglied der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, seit 2005 ist sie Vizepräsidentin des Bundestags. Am 9. November 1989 war Katrin Göring-Eckardt mit ihrem zwei Monate alten Sohn zu Hause.

Die Sehnsucht nach der Deutschen Einheit hat bei der entscheidenden Wahl im März 1990 der »Allianz für Deutschland« so viele Stimmen gebracht, obwohl die Bürgerrechtler die Revolution getragen hatten.

Wir wollten nicht an die Schaltstellen der Macht, wir wollten eine andere Politikkultur. Die Mehrheit der Bürgerbewegten wollte nicht in einer Partei arbeiten, sich nicht schon wieder einer Meinung unterordnen. Bei der Vereinigung von Bündnis 90 und den Grünen haben wir lange über die Präambel diskutiert. Da sollte drinstehen, dass wir für eine neue politische Kultur eintreten. Die West-Grünen fragten, was meint ihr mit neuer politischer Kultur? Wir haben doch die Demokratie, warum muss man etwas Neues erfinden? Wir ostdeutschen Bürgerrechtler aber wollten ganz bewusst etwas anderes, weil wir mit der Ausübung von Macht in der DDR schlechte Erfahrungen gemacht hatten.

Wir müssen auch mehr über die Biografien reden, und zwar über alle Biografien. Dabei müssen wir auch über die Denk- und Lebensweise der Funktionäre sprechen. Denn es hat nicht nur ein paar Stasi- oder SED-Funktionäre gegeben, sondern auch viele kleine Funktionäre, die sehr gerne all das exekutiert haben, was von oben gefordert wurde. Die haben bis in die eigene Nachbarschaft und Familie hinein versucht, ihre kleine Macht im Namen des SED-Systems auszuspielen.

Mir ist auch die Diskussion über den Begriff Unrechtsstaat sehr wichtig. Dieser Staat, der für viele angeblich gar kein Unrechtsstaat war, konnte jedes Recht, jedes Gesetz sofort außer Kraft setzen, selbst das Baurecht und das Verkehrsrecht. Bei den Sondierungsgesprächen in Thüringen mit der Linkspartei habe ich die gleichen Argumente gehört, wenn es um die Frage der Vergangenheitsaufarbeitung ging. Wir sollten doch nicht unsere Mitglieder, unsere Wähler überfordern. Ich finde, wir brauchen nach 20 Jahren ganz dringend diese Überforderung. Das ist eine Anforderung an unsere Demokratie-tiefähigkeit. Wenn wir ehrlich und ernsthaft Demokratie gestalten wollen, müssen wir einen klaren Blick auf die eigene DDR-Geschichte haben. Dafür müssen wir auch lernen, uns gegenseitig auch kontroverse Biografien zu erzählen, über Generationen, Milieus, aber auch über die früheren Ost-West-Grenzen hinweg.

Thomas Krüger: Die Bürgerrechtler haben in allen Parteien eigene Akzente gesetzt

Ich habe am 7. Oktober vor 20 Jahren die Sozialdemokratische Partei SDP mitgegründet. Ich wollte nie in die SED eintreten, habe es aber zu einem knappen Jahr FDJ gebracht. Dort wurde ich ausgeschlossen nach einem Versuch, den Havemann-Prozess zu besuchen, Mitte der 70er Jahre in Fürstenwalde. Ich war zu DDR-Zeiten neben bürgerrechtlichen Aktivitäten viel in Subkulturgruppen aktiv. 1990 war ich in der Volkskammer und anschließend im Ostberliner Magistrat als Stadtrat für Inneres und Justiz. 1991 bis 1994 war ich als Senator für Jugend und Familie tätig. Danach war ich bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags. Seit 2000 bin ich Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Ich habe anfangs in dieser Behörde die Zahl der Ostdeutschen verdoppelt, auch hier hat sich einiges verändert.

Die gesamte Bürgerrechtsbewegung war doch Teil der DDR und hatte nur eine Überlebenschance, indem sie für eine Pluralisierung in der parlamentarischen Landschaft gesorgt hat. 1989 ging es um eine demokratische DDR. Von der SDP bis zum Neuen Forum ist das in allen Programmen nachzulesen. Durch die Mischung aus der Straße, die die Einheit wollte, und den Medien ist die Bürgerrechtsbewegung in Zugzwang geraten, dieses Ziel zu überdenken. Dabei hat sie binnen kurzer Zeit an politischer Schlagkraft verloren. Dies galt für die SDP ebenso wie für das Bündnis 90.

Durchgesetzt hat sich ab März 1990 die Politik der Einheit. Allerdings würde ich das nicht negativ bewerten. Das Spannende ist, dass Akteure der Bürgerrechtsbewegung eigene Akzente in den verschiedenen Parteien gesetzt haben. Das ergab Pluralisierung und ein Stück DDR-Perspektive. Erfahrungen, die im vereinigten Deutschland öffentlich zur Debatte gestellt wurden. Allerdings haben viele von den Bürgerbewegten der ersten Stunde aufgesteckt oder sind nicht mehr gewählt worden. Der Alltag hat die Kinder von 1989 verschluckt. Aber es gibt immer noch Aktive, die sich in die Debatten einmischen.

Man kann keine Verabredungen über Zukunftspolitik treffen, ohne sich über die Vergangenheit zu verständigen. Das ist auch im 20. Jahr nach dem Mauerfall noch so. Wir haben im 20. Jahrhundert zwei Diktaturen erlebt. Daraus folgt Verantwortung für die Zukunftspolitik. Das ist ein Stück Staatsräson, die sich in der Geschichte der

Bundesrepublik niedergeschlagen hat und die sich auch im Aufbau der Demokratie seit 1989 in den neuen Bundesländern erweisen muss.

Mich stört bei der Reflexion über die Vergangenheit, dass wir die Geschichte immer wieder auf die Täter- und die Opferperspektive reduzieren. In den 90er Jahren haben wir oft die Stasi-Diskussion geführt und kaum über die SED und ihre führende Rolle in der Nationalen Front und im Parteiensystem gesprochen. Eine Verkürzung auf die Systemdebatte und auf die Täter- und Opferperspektive wird dem Thema DDR nicht gerecht. Dabei sollten wir die Frage des totalitären Charakters nicht verleugnen, aber wir sollten nach mehr Facetten dieser Gesellschaft fragen, die 40 Jahre lang einen Teil unseres Landes geprägt hat.

Heinz Vietze: Noch fehlt die Akzeptanz für die selbstkritische Befassung mit der DDR

Ich bin Jahrgang 1947, aufgewachsen in Thüringen. Mein Großvater war Pfarrer in Gerstungen, meine Mutter im Marienstift in Eisenach. Der Pfarrer war nicht ganz so aufgeschlossen mir gegenüber, das war dann stärker Sybille, die Pionierleiterin. So habe ich eine andere Entwicklung genommen. Ich bin über die Pionierorganisation in die FDJ gekommen. In der Wendezeit wurde ich 1989 erster Bezirkssekretär der SED in Potsdam. Ich war verantwortlich für das Referat zur Analyse der Ursachen der Krise in der DDR, das sogenannte Stalinismusreferat. Seitdem bin ich mit dem Thema Stalinismus, stalinistische Strukturen und der Krise der SED beschäftigt. Ich war in den letzten 20 Jahren Abgeordneter im Brandenburger Landtag, davon 17 Jahre lang stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Ehrenamtlich beschäftige ich mich mit diesem Thema, das heute auf der Tagesordnung steht.

In der DDR gab es die Allmacht einer Partei mit 2,3 Millionen Mitgliedern. Alle gesellschaftlichen Bereiche wurden durch eine Partei politisch geführt. Die Macht dieser Partei wurde durch einen umfänglichen militärischen Sicherheitsapparat gesichert. Unter diesen Bedingungen

»Während aber die Opfer wissen, dass sie Opfer waren, ist es mit den Tätern etwas schwieriger. Ich glaube, wir haben im Moment noch keine hinreichende öffentliche Akzeptanz für die selbstkritische Beschäftigung mit der DDR.«

Heinz Vietze

– und das dokumentiert, wie anfällig die Macht 1989 war – organisierte sich nach Jahren erstmals wieder eine Oppositionsbewegung in der DDR. Sie organisierte sich mit dem Ziel des dritten Weges, einer Demokratisierung der DDR und leitete daraus die zwei Hauptforderungen ab: Beendigung des Führungsanspruchs der SED und weg mit der Staatssicherheit.

Die SED trug die Verantwortung für die Entwicklung in der DDR und damit für die Krise, in die das System geführt hat. Als Funktionär gehöre ich zu den Verantwortlichen und bekenne mich dazu. Zugleich ist es wichtig, darauf zu verweisen, dass die Entwicklung der DDR zu keiner Zeit alleinig aus der Verantwortung der in der DDR Tätigen sich vollzog. Es war Kalter Krieg, es gab die Blockkonfrontation und es gab - das kommt erschwerend hinzu - überzogene Sicherheitsinteressen und ausgeprägtes Misstrauen. Es gab unterschiedliche Zeitetappen der Repression. Fakt war, dass man Mitte der 80er Jahre keine Mittel mehr gesehen hat, weil das eigene Bewusstsein angeknackst war, weil wir nicht in der Lage waren, die Probleme dieses Landes zu lösen. Der Reformstau war eben existent.

Die Bürgerbewegung hat einen Ausweg aus dieser Krise gezeigt. Sie hat eine militärische Konfrontation verhindert und hat den Weg freigemacht für Veränderungen in der DDR. Das ist meiner Meinung nach ihr Hauptverdienst. Das ist das, was 1989 und dann am Runden Tisch stattgefunden hat. Als es aber darum ging, die Prozesse weiterführend zu leiten, kam wieder eine Allmacht, und zwar aus der Bundesrepublik mit ihrem starken System. Nach dem »Wir sind das Volk« kam »Wir sind ein Volk«. Damit begann der Prozess, bei dem die politisch tragenden Kräfte der Wende vom Herbst 89 und Anfang 1990 nicht mehr mit von der Partie waren.

Während aber die Opfer wissen, dass sie Opfer waren, ist es mit den Tätern etwas schwieriger. Ich glaube, wir haben im Moment noch keine hinreichende öffentliche Akzeptanz für die selbstkritische Beschäftigung mit der DDR. Es gab 225 Kreise mit alleine 1500 Kreissekretären und etwa 5000 bis 6000 Mitarbeitern der Kreisleitungen,

Zur Person:

Heinz Vietze wurde 1947 in Zeitz/ Sachsen-Anhalt geboren. Er ist gelernter Dreher und hat an der Parteihochschule des Zentralkomitees der SED in Berlin Gesellschaftswissenschaften studiert. Er war von 1977 bis 1983 Erster Sekretär der FDJ-Betriebsleitung Potsdam. Von 1984 bis 1989 war Vietze Erster Sekretär der SED-Kreisleitungen Oranienburg und Potsdam, und ab November 1989 für zwei Monate auch des gesamten Bezirkes Potsdam. Danach war er Mitglied des Bundesvorstandes der PDS, Landesvorsitzender in Brandenburg und seit 1990 für 19 Jahre Mitglied des brandenburgischen Landtags. Heute leitet Vietze die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Zur Person:

Thomas Krüger, geboren 1959 in Buttstädt/Thüringen, hat zunächst in Fürstenwalde eine Lehre als Facharbeiter für Plast- und Elastverarbeitung gemacht. Später hat er in Ost-Berlin evangelische Theologie studiert. Er engagierte sich in der Bewegung »Kirche von unten« und war im Oktober 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP). Am 9. November 1989 hat Krüger für den Kundendienst der Evangelischen Kirchen in der DDR einen Workshop zum Thema Videokunst mit organisiert. Erst an den beiden folgenden Tagen konnte er dann Freunde in West-Berlin besuchen.

der Parteiorganisationen, den zentralen Kombinatn usw. Da kommt eine Größenordnung von 10 000 bis 15 000 Funktionären zustande. Die Linke hat heute in ihren Reihen 25 000 ehemalige SED-Mitglieder. Von denen, die eine Funktion hatten, gibt es außer mir und Hans Modrow niemanden in der Linken. Ein Großteil hat sich zurück gezogen und verweigert sich der Teilnahme an diesen Diskussionen, fühlt sich zu Unrecht behandelt und hat natürlich auch eine andere Sicht. Weil er in der DDR anders gelebt hat. Das muss man erst einmal akzeptieren, dass jemand, der in der DDR Verantwortung getragen hat, ein anderes Leben geführt hat als jene, die in der Opposition waren.

Der Großteil, der sich erklären müsste, hat mit unseren Reihen nichts mehr zu tun. Ich würde mir wünschen, dass der Anspruch auf Aufklärung übergreifend praktiziert wird. Der Eindruck, dass Verklärung dominant wird im Zusammenhang mit Aufklärung, ist eine große Verpflichtung, der wir uns auch stellen müssen. Deswegen nehme ich solche Einladungen immer an und fordere auch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von der Partei, das zu tun.

Zur Person:

Dr. Jochen Staadt, geboren 1950 in Bad Kreuznach, hat Germanistik und Politikwissenschaften an der FU Berlin studiert und über DDR-Literatur promoviert. Er hat über Jahrzehnte bei diversen zeitgeschichtlichen Forschungsprojekten mitgewirkt. Seit 1992 arbeitet Staadt für den Forschungsverbund SED-Staat der FU. Als die Mauer fiel, war Staadt mit-tendrin: Er hat in Kreuzberg am Grenz-übergang Heinrich-Heine-Straße und am Checkpoint Charlie gefeiert.

Jochen Staadt: Die Bürgerrechtsbewegung hat an die Unterdrückungen der 50er und 60er Jahre angeschlossen

Es kann historisch nicht hoch genug bewertet werden, dass wir hier in Deutschland vor 20 Jahren eine erfolgreiche demokratische Revolution erlebt haben. Die zweite nach 1918. Mir fehlt aber folgendes: Die Bürgerbewegung hat in der Widerstandsgeschichte der 50er und 60er Jahre eine Vorgeschichte, die weithin vergessen worden ist. Es hat damals viele Todesopfer gegeben. Es gab viele Menschen, die für 20 oder 25 Jahre in Lagern in der Sowjetunion verschwunden sind. Es hat viele Menschen gegeben, die 10 oder 15 Jahre für nichts, für Meinungsäußerungen und demokratisches Engagement in DDR-Gefängnissen gelandet sind.

Die SED hatte für die gesamte Geschichte der DDR die tragende Verantwortung, angefangen mit der Formierung des Staatswesens in der Zeit der SBZ. Das geht aus dem Schriftgut hervor, das im Bundesarchiv zur Verfügung steht ebenso wie das der Stasi. Leider werden die SED-Überlieferungen zu wenig genutzt. Man kann dort bis in die Schulen, bis in die Betriebe hinein studieren und

nachvollziehen, wie das Ordnungs- und Machtsystem der SED funktionierte. Alle Entscheidungen von Institutionen, Ministerien, großen Massenorganisationen, waren von der SED bestimmt. Es gab in der Volkskammer, soweit ich weiß, nur eine Abstimmung mit Gegenstimmen. Das war die Abstimmung über die Frage der Abtreibung.

Der Gedanke der deutschen Einheit ist in der DDR nie verschwunden. Er ist im Westen weit in den Hintergrund gerückt. Die Ausreisebewegung und der Vereinigungsgedanke spielte jedoch für das, was sich 1989 ereignete, eine gewaltige Rolle. Auch was sich in der Sowjetunion und im Ostblock ereignet hat, war eine Voraussetzung der friedlichen Revolution in der DDR. Die Sowjetunion hat ihre schützende und steuernde Hand von der SED genommen. Damit hing die SED gleichsam als zappelnde Marionette in der Luft.

Die Ungarn, die Polen, die Tschechen haben durch ihr mutiges Handeln Vorleistungen gebracht, die im Bewusstsein der Menschen in der DDR eine gewaltige Rolle gespielt haben. Dieser Prozess war keine Inszenierung der bundesdeutschen Medien, denn auch die Polen, Tschechen und Ungarn, die nach 1989 frei wurden, haben sich für parlamentarische Demokratien entschieden.

Ich wehre mich dagegen, dass man das als einen besonderen Trick der Regierung Kohl oder der bundesdeutschen Medien interpretiert, was in der DDR 1989 geschah. Es waren hunderttausende von ganz normalen DDR-Bürgern, die den Sturz des SED-Regimes und die Herbeiführung freier Wahlen erzwangen. Einig sind wir uns aber alle darin, dass die Oppositionsgruppen und ihr langjähriges Engagement als kleine Minderheit eine entscheidende Rolle gespielt haben.





Wolf Biermann: Ein Nachwort an Stelle der Einführung

Liebe Franziska Eichstädt-Bohlig,

leider nein! ein Redemanuskript hatte ich an diesem 23. Mai im Jahre 2007 in dem Gebäude des Berliner Abgeordnetenhauses nicht vor der Nase, das kann ich Dir also nicht liefern.

Ich sollte an diesem Tag, ich wollte – wenn überhaupt – nur eine kurze freigesprochene Vorrede halten ... über ein Thema, das für mich ein weites Feld ist: DDR-Nostalgie.

Inzwischen, sagte mir meine Frau Pamela, habt Ihr GRÜNEN in Berlin unter diesem Motto danach noch eine ganze Serie von Veranstaltungen im ehemaligen Preußischen Landtag durchgeführt, die großen Zuspruch fanden. Und die wurden dann auch alle aufgezeichnet und sollen nun in einem Buch gebündelt werden.

Dumm gelaufen, dass es also von unserem allerersten Abend in dieser Serie gar kein Material gibt. Schade schade, dass Ihr Grünen so übergrün wart und nicht mal ein einfaches Tonbandgerät habt mitlaufen lassen oder eine Video-Aufnahme: Solch ein Dokument hätte sich vielleicht gelohnt, denn es war – so erinnere ich – kein langweiliger Abend.

Immerhin fand ich jetzt den dreistufigen offiziellen Titel der Veranstaltung, wie ich ihn mir notiert hatte in meinem Arbeitsbuch, an jenem Tag. Es sollte eine Podiumsdiskussion sein vor gemischtem Publikum.

**»Schön war die Zeit ...?«
aufklären statt verklären:
Alltag und Unrecht in der DDR**

Du erinnerst Dich: Der Saal an diesem Abend war – angenehme Überraschung – überfüllt. Ich vermute, es lockte manche Leute die Neugier auf einen Skandal. Das war zu erwarten, weil da, wie in einem Polit-Bestiarium, besonders kontroverse Menschentiere zu einem Schaukampf aufeinander losgelassen werden sollten.

Du wirst Dich erinnern, dass ich die Einladung der Grünen damals zunächst abgelehnt hatte, ja, aus Widerwillen und auch Angst. Die Linken sind ja meine abgefauten Familienbande. Wer will schon in eine Arena mit den verstockten Canaillen des alten Regimes! Diese Erben der totalitären DDR-Nomenklatura sind für mich alles meine verkommenen Verwandten, die Gespenster

des Kommunismus, sind die untoten Wiedergänger der DDR. Ich wollte auf keinen Fall den jovialen Manager einer verlogenen und schuldbeladenen und reaktionären Partei aufwerten in einem Streitgespräch unter Demokraten. Ich brauche diesen totalitären Kitzel nicht. Wir Demokraten haben untereinander schon genug brisante Meinungsverschiedenheiten. Solche finsternen Lichtgestalten wie Gysi und Bisky können keinem mehr ein Licht aufstecken.

Es kränkt auch. Und es ärgert, es ekelt mich, dass die politischen und materiellen Nutznießer der DDR-Diktatur jetzt, nach dem Zusammenbruch ihres Regimes, die Segnungen der Freiheit ohne Risiko mißbrauchen, um ihre DDR-Diktatur zu verklären. Die schuldbeladenen Unterdrücker von gestern suhlen sich in den Talk-Shows und genießen die Redefreiheit, die Rechtssicherheit, den kapitalistischen Wohlstand, als wäre es eine Wiedergutmachung für den Verlust ihrer DDR. Das wiedervereinigte Deutschland belehren ausgerechnet diese Ausbeuter von gestern über eine Soziale Gerechtigkeit, die es im realsozialistischen Paradies DDR nie gab. Kennst Du mein Lied »Wir bleiben doch die wir werden«? Da singe ich in Anlehnung an Meister Heine, 170 Jahre nach seinem »Wintermärchen« :

**Ob wo wer Wasser trinkt, ob Wein
Ist mir egal. So soll es sein:
- mein Blut soll keiner saufen ! ...**

Die Reichsverweser der SED-Diktatur predigen nun im Parlament den anderen Parteien in pazifistischer Pose Friedenspolitik. Dabei haben sie, an der Macht, sich 1968 am Krieg gegen die CSSR beteiligt. Sie haben die DDR vom Kindergarten bis ins Altersheim systematisch durchmilitarisiert. Und im Kalten Krieg haben sie den heißen Krieger des Ostblocks vier Jahrzehnte bei jedem Kriegsabenteuer treu Gefolgschaft geleistet. Diese Canaillen der gescheiterten Diktatur sollten einfach mal beschämt schweigen, sollten jetzt, wie wir in Hamburg auf Platt sagen: » ... nich so mitn Lukndeckel klappern!«

Gysi, Bisky & Konsorten fordern in der Demokratie Demokratie. Aber sie haben jahrzehntelang dem DDR-Volk einen Maulkorb aus Stacheldraht geflochten. Molieres

Tartüffe war ein naiver Ganove gemessen an diesen ausgebufften Heuchlern. Freiheit – Frieden – Gerechtigkeit – Demokratie! Ausgerechnet mit genau den brennenden Themen, auf die sie als funktionierende Funktionäre des Machtapparates der DDR eine menschenfeindliche Antwort praktizierten, gehen sie nun mit populistischen Phrasen auf Stimmenfang. Kurz gesagt: Sie haben sich feige gewendet, aber nicht etwa mutig gewandelt, wie zum Beispiel der ehemalige KPdSU-Sekretär Michail Gorbatschow.

Die SED übte – nach den Manieren des großen Bruders – ihre geliebte Macht aus. Unter der Maske einer marxistisch verbrämten Diktatur des Proletariats funktionierte ihre murxistische Diktatur über und gegen das Proletariat. Die »Gruppe Ulbricht« hat es nach dem Krieg knallhart durchgezogen. Die KPD fraß mit der Zwangsvereinigung 1946 im Osten ihre wahrhaft soziale und echt demokratische Bruderpartei SPD: Erst klassenbrüderlich umarmt, dann festgekrallt, dann totgebissen, dann zerkaut und runtergewürgt. Kurz: Das war die Fresskultur der Politik-Kannibalen.

Allein schon der Firmenname SED war von Anfang an ein Fake, eine Maske. Jeder Buchstabe eine komplette Lüge: Diese Sozialistische Einheitspartei Deutschlands war nur im schlechtesten Sinne deutsch: eine preußisch bürokratisierte Untertanerei. Und sozialistisch war die SED im nationalistischen Sinne, aber ganz und gar nicht im Sinne von

Marx und Rosa Luxemburg. Und das Wort Einheit war ein zynischer Witz auf die Zwangsheirat. Und im übrigen war die SED überhaupt keine »Partei«, denn wenn es in einem Staat im Grunde nur noch eine einzige Partei gibt, dann kann diese Partei kein »pars« sein, also aus dem Lateinischen verdeutscht: kein Teil.

Ach! und dieser absurde Streit, ob Gregor Gysi der Spitzel IM »Notar« war oder nicht, ob Lothar Bisky der IM »Bienert« war oder der GMS mit dem Decknamen »Klaus Heine«! Ja, moralisch ist diese Frage allerdings wichtig, denn ein Denunziant stinkt immer. Aber politisch führt uns die Spitzel-Schnitzeljagd ja nur in die Irre. Schuldbeladener als irgendein IM ist sein MfS-Führungsoffizier. Schuldbeladener als der Offizier ist sein Parteisekretär.

**»Gysi, Bisky & Konsorten fordern in der
Demokratie Demokratie. Aber sie haben jahr-
zehntelang dem DDR-Volk einen Maulkorb
aus Stacheldraht geflochten.«**

Wolf Biermann

Bisky war Dozent an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Und ein Stasi-Offizier Körner bescheinigte dem Genossen Bisky schriftlich, dass der sich »strikt an die gegebenen Anweisungen hält und gegenüber dem MfS stets ehrlich war.«

Man muss den genervten Laien im Westen immer wieder und geduldig die Binsenwahrheit auf die Nase binden, die jeder gelernte DDR-Mensch weiß: In der DDR führte eben nicht das MfS – es führte die Partei! Und die Stasi war wirklich nichts anderes als das, was sie offiziell sein sollte und auch in bolschewistischer Bescheidenheit immer war: »Schild und Schwert der Partei«. Das bedeutet: Wen also das Schwert traf, das bestimmte nicht das MfS, sondern die Partei. Und Gregor, das junge kecke Söhnchen des hohen Partei-Kaders Klaus Gysi, war nicht nur ein ehrgeiziger Rechtsanwalt in einem Unrechtsstaat, sondern er war der Chef, der Parteisekretär seiner Rechtsanwaltskollegen in »Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik«.

Das Tandem Gregor Gysi und Lothar Bisky hat dann am Ende des Kalten Krieges als Retter in höchster Not die Führung der ganzen Partei übernommen. Sie haben ihrer Firma in den historischen Turbulenzen der Wendezeit über die alte Maske flott eine neue Halbmaske gezogen, im Wirtschaftsleben nennt man so was »betrügerischen Bankrott«. Sie wechselten das heruntergewirtschaftete SED-Firmenzeichen und firmierten nun als die Hybrid-Partei

SED/PDS, ein politisches Mischwesen aus Ulbricht und Dubcek. Kurz danach stülpten die Nothelfer der DDR-Nomenklatura die neue Vollmaske PDS über die vorherigen Masken. So zertraten sie also Masken über Masken über Masken. Und so brachten sie das juristische Kunststück fertig, dass die neu-alte Unterdrückerpartei trotz des moralischen Totalbankrotts der materielle Rechtsnachfolger der SED blieb und den Raub aus Jahrzehnten sich nicht aus den Klauen reißen ließ. Es geht dabei nicht, wie die Kenner behaupten, um ein paar Millionen, sondern um Milliarden, global über Privatpersonen verschachteltes Parteivermögen. Nicht ranzukommen!

Du verstehst, liebe Franziska, ich wollte nicht mit einem der abgeschlagenen Köpfe dieser Hydra über das

Zur Person:

Wolf Biermann wurde 1936 in Hamburg geboren. Der Vater, Kommunist und Jude, wurde 1943 in Auschwitz ermordet. 1953 übersiedelte Biermann in die DDR. Lieder und Gedichte veröffentlicht er seit 1960. Im November 1965 wurde Biermann totales Auftritts- und Publikationsverbot in der DDR erteilt. Wolf Biermann wurde dadurch ein radikaler Kritiker der Parteidiktatur. In Westdeutschland hat er weiterhin veröffentlicht. 1976 wurde Wolf Biermann – gegen alle Rechtsnormen – aus der DDR ausgebürgert. Die Ausbürgerung löste eine ungeahnt große Protestbewegung in Ost und West aus. Er kehrte nach Hamburg zurück, wo er auch heute noch lebt.

demokratische Wetter in Deutschland reden. So sieht es mir aus: der Bisky ist klug, der Gysi ist schlau. Vielleicht täusche ich mich grotesk, aber grade beim Bisky, dem eine Art Biederkeit aus dem Gesicht schimmert, so wie dem Gysi die Intrige, grade bei Bisky habe ich den Eindruck, dass der nun im Politzirkus über die diversen strammen Masken am Ende auch noch sein zerlebtes Menschengesicht zerrt. Ich wollte nicht in die Gefahr kommen, dass dieser Machtgauler am Ende sogar mich verwirrt, weil ich sentimentales Kommunistenkind und rationaler Renegat plötzlich mehr den gezeichneten Menschen sehe, als den abgebrühten Parteifunktionär. Und in diesem Sinne sprach ich auch an diesem Abend des 23. Mai in Berlin.

Das ist jetzt fast drei Jahre her.

Inzwischen spreizen sich die altgedienten Verderber im Medienzirkus mit ihren jungen eitlen Links-Laffen als »Die Linke« auch im westlichen Deutschland. Und der macht- und rachsüchtige Lafontaine hat ihnen das Tor in den Westen aufgestoßen.

Nein, ich wollte und ich will mit denen nicht und gar nichts, also auch nicht mal streiten. Die neue Linkspartei halte ich für weder neu noch für links. Und ich finde es zum Kotzen, zum Lachen und zum Weinen, dass es Sozialdemokraten gibt, die besonders pfiffig sein wollen und grade deshalb immer die Dummen sein werden, wenn sie mit diesen Heiratschwindlern ins politische Bett gehen, wie es Mathias Platzeck jetzt tut. Von wegen Rot-Rot! Rot sind sie beide nicht.

Rot war August Bebel, rot Lassalle, rot waren Wilhelm Liebknecht und Kurt Schumacher. Willy Brandt, sogar der weltkluge Helmut Schmidt ist ein echter »Sozi«. Um die ehrwürdig alte SPD tut es mir leid, denn sie ist, aus meiner heutigen Sicht, das Anständigste, was die Deutschen seit Bismarck als demokratische Organisation zustande gebracht haben. Aber dann eben die Entfärbung bis zur Farblosigkeit: Lafontaine, diese schwarzgrüne Chimäre. Der gestürzte Radfahrer Rudolf Scharping. Dann der fröhliche Gasmann Schröder, die machterfressene Ypsilanti, der schlichte Beck. Nun der eloquente Sigmar Gabriel, der mir sympathisch ist, denn ihm glühen in der hitzigen Debatte die roten Backen. Man wird bescheiden.

Das also waren damals meine Gründe, als ich mit Euren Gast Bisky nicht hatte polit-palavern wollen. Und dann tat ich es an diesem turbulenten Abend indirekt ja doch, als ich nach meiner kleinen Einführungsrede

das Podium verlassen hatte, als ich unten vorn in der Reihe saß und den Streitgesprächen einfach nur hatte zuhören wollen.

Der Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat, Klaus Schroeder, fletschte an diesem Tage nicht die Zähne. Seine Lieblingsfeindin Marianne Birthler lieferte mit all ihrem plebejischen Mutterwitz schmerzliche Wahrheiten über das MfS. Und ich weiß nur noch, dass ich mich dann immer mal wieder zu längeren Zwischenrufen hinreißen ließ, wenn die Tiraden des abgemafften Apparatschiks Bisky mir zu sehr auf die Nerven gingen.

Wer weiß, vielleicht ist es ein Glück für mich, dass es von dieser wutgiftigen Maulschlacht keine Aufzeichnung gibt, denn in der Bibel steht der Satz: »Wer mit den Narren umgeht, wird selbst ein Narr.« Also korrigiere ich mich. Nicht »schade schade ...«, sondern: Gut gut!! dass Ihr Grünen so schön grün wart und nicht mal ein Tonband habt mitlaufen lassen.

Liebe Franziska, nun habe ich, nur zwei Seiten weiter, doch noch was Schriftliches gefunden, in meinen Notizen. Du wirst Dich vielleicht auch daran erinnern, dass die Teilnehmer dieser Podiumsdiskussion sich vorher, ich glaube mit der grünen Kulturfrau und Moderatorin Alice Ströver, nebenan in einem Seitenraum trafen. Mineralwasser, Saft, Kaffee, Tee, Kekse, Small Talk. Es war, glaube ich, das erste Mal, dass ich diesem Genossen Lothar Bisky Auge in Auge gegenüber stand. In meinem Arbeitsbuch fand ich über diesen Abend am 23. Mai 2007 eine flüchtig hingekrakelte Randnotiz, die ich Dir einfach so abschreibe:

Im Nebenzimmer des Saales im Berliner Landtag. Bisky »gab zu«, dass Honecker mit der Ausbürgerung von Biermann »einen Fehler gemacht« habe ... dem widersprachen wir heftig. Es war kein Fehler, sondern die logische Notwendigkeit des totalitären Regimes. Ich verteidigte Honecker gegen Bisky: Honecker war kein Idiot.

Eine Gesine Löttsch, PDS, Slogan: »Bautzen war nicht Auschwitz!« auf einer Verant. mit Lea Rosh in Berlin 2007.

KZ Fuhlsbüttel war auch nicht Auschwitz! Und wie es Arno L. erlebte: KZ Buchenwald war auch nicht Auschwitz, und das kleine Todeslager Langenstein im Harz war auch nicht Auschwitz. Und Gesine L. ist kein SS-Mann, und ich möchte weder mit einem

SS-Mann, noch mit dieser PDS-Ierin darüber diskutieren, ob das GULag schlimmer als Auschwitz war, denn Auschwitz steht als Zeichen für den Mord an 6 Millionen Juden und eine halbe Million Zigeuner, während etwa Workuta, Norilsk, Berobidshan für den Mord an 80 Millionen Opfern des stalinistischen Terrors stehn.

Mehr und Anderes zu der Veranstaltung am 23. Mai finde ich da nicht. Wenn diese Notiz aus dem Jahre 2007 jetzt veröffentlicht wäre, würden die Ideologen der gysianischen Maskenpartei schreien: Ausgerechnet Biermann, dessen kommunistischer Vater in Auschwitz ermordet wurde, vergleicht das gelegentliche kleine Unrecht in der DDR, diese lässlichen Sünden, die es in jeder Gesellschaft gibt, mit dem Völkermord der Nazis! Damit verleumdet Biermann die DDR und noch schlimmer: Er verharmlost die systematischen Verbrechen der Hitlerzeit ...

Darauf gibt es zwei Antworten. Die philosophische: Vergleichen heißt nicht gleich setzen. Man kann ja grade nur zwei Dinge miteinander vergleichen, die eben nicht gleich sind. Fragt sich immer nur: was ist das »tertium comparationis«, dh.: Welche beiden Elemente werden da in Bezug auf welches Dritte miteinander verglichen.

Die historisch-politische Antwort: Die DDR war nicht nur eine commodörderische Diktatur, sondern vor allem von Anfang bis Ende ein brutal weisungsgebundener Satellit der stalinistischen Führung im Ostblock. Die DDR brach zusammen, als die Schutzmacht Sowjetunion unter Gorbatschow beides löste: die Fesseln und den Schutzpanzer.

Die Bonzen im Politbüro der SED waren Kader an der längeren oder kürzeren Kette des Großen Bruders. Unsre DDR-Firma war Teil der totalitären Großfirma. In der Stalin-Epoche, darüber streiten sich die Genocid-Historiker, wurden im GULag mindestens 20 oder 40 oder wahrscheinlich über 80 Millionen Menschen ermordet. Auf jeden Fall weiß ich: allein zwei Millionen Kader der KPdSU wurden von ihren eigenen Genossen liquidiert. Franz Kafka ist ein anakreontischer Idylliker dagegen. 1952, also ein Jahr vor seinem Tode, ließ Stalin die 13

führenden jiddischen Schriftsteller der Sowjetunion, alle am 12. August, umbringen, eine vorbildliche Planwirtschaft des Massenmords. Nur sein friedliches Wegsterben im Krankenbett 1953 hinderte den Diktator daran, Hitlers Endlösung der Judenfrage auch in der Sowjetunion zu vollenden.

Auch die Erben Stalins in der DDR-Nomenklatura haben kein sachliches und kein moralisches Recht, sich als lupenreine Antifaschisten zu spreizen. Sie sind genauso lupenreine Demokraten wie Ex-Kanzler Schröders Kompagnon, der KGB-Offizier Putin.

Wer kann, wer will sich das heute noch vorstellen: von zehn deutschen Kommunisten, denen es gelang, sich vor den Nazis in die Sowjetunion zu retten, wurden in der Stalinzeit immerhin neun von den »eigenen Leuten« liquidiert.

Zu den wenigen Überlebenden gehörten Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Johannes R. Becher, der DDR-Außenminister Dr. Lothar Bolz und der einstige Komintern-Agent und tollkühne Renegat Herbert Wehner, ach und Margarethe Buber-Neumann, KZ-Häftling bei Stalin, dann bei Hitler, und mein Freund, der tapfere Verräter Wolfgang Leonhard.

Warum mich all das so besonders erbittert und schmerzt? Weil es für mich politische Familiengeschichte ist. Das war immer so: Am bittersten sind die Schandtaten der eigenen Leute. Es erbittert mein Herz, wenn solch ein totalitäres Jung-Fossil wie

die PDS-Funktionöse Gesine Löttsch grad gestern in der Glotze gezeigt wird mit einer dummfrechen Attitüde. Ihr zynisches Bonmot notierte ich mir: »Mir wird bang um die Demokratie in diesem Land.«

Ja, und es schmerzt - weil ich tiefunglücklich bin über ein grauenhaftes Glück, dass nämlich mein geliebter Vater, Dagobert Biermann, wenigstens von seinen echten Todfeinden ermordet wurde und nicht von seinen falschen Genossen.

Wolf Biermann am 3. Februar 2010

(Alle Rechte an diesem Text liegen bei Wolf Biermann)

»Die DDR war nicht nur eine commodörderische Diktatur, sondern vor allem von Anfang bis Ende ein brutal weisungsgebundener Satellit der stalinistischen Führung im Ostblock.«

Wolf Biermann

Schlusswort

Der Besucherandrang bei unseren zehn Veranstaltungen und die Medienresonanz zeigten sehr deutlich, wie groß das Interesse an der Debatte über die SED-Diktatur und ihre Folgen auch 20 Jahre nach der friedlichen Revolution ist. Viele Zeitzeugen, aber auch junge Menschen, die die DDR und die Zeit der deutschen Teilung kaum oder gar nicht selbst erlebt haben, nahmen aktiv an den Diskussionen teil. Die Veranstaltungen waren auch deshalb sehr spannend, weil Mitglieder der SED beziehungsweise der Linkspartei sich an der Diskussion beteiligten. Allerdings gelang es selten, bei ihnen ein aufrichtiges Bedürfnis nach Aufarbeitung und Klärung der historischen Verantwortung der eigenen Partei zu wecken. Der einzige aufrichtig selbstkritische war und blieb Günther Schabowski, der nicht nur legitimierende Erklärungen zu seiner politischen Lebensgeschichte gab, sondern sehr authentisch und überzeugend darstellte, warum er seinerzeit überzeugter Kommunist und Unterstützer des Regimes war und warum er das heute nicht mehr ist.

Insofern blieben auch unsere Veranstaltungen oft bei dem Schwarz-Weiß-Bild nach dem Motto »Hier die Anklage – da die Verteidigung« stehen. Die zentrale Frage bleibt, was ist eigentlich ehrlich kritische Aufarbeitung? Gerade in Berlin ist diese Frage mehr denn je weiter auf der Tagesordnung. Die Hauptstadt wird seit 2002 von einer Koalition aus SPD und PDS/Linkspartei regiert. Beide Parteien hielten es nach einigen unverbindlichen Entschuldigungsworten der PDS nicht für notwendig, sich einem ehrlichen Diskurs über die DDR-Geschichte und das SED-Unrecht zu stellen. Und das, obwohl die Vereinigung der ehemaligen Hauptstadt der DDR mit der ehemaligen Frontstadt West-Berlin geradezu nach einer Verständigung über die geteilte Geschichte schreit – insbesondere bei dieser rot-roten Koalition!

Das 2004/5 erarbeitete Mauergedenkstättenkonzept wurde zu sehr aus einem distanzierten Blick diskutiert, als habe man es mit einer längst vergangenen fremden Geschichte zu tun. 2006 wurde das Erinnern an die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED 1946 nicht nur von der Linkspartei sondern auch von der SPD diskret übergangen. Und selbst die unzähligen Veranstaltungen im Jahr 2009 zum 20-jährigen Jubiläum der friedlichen Revolution und des Mauerfalls in Berlin weckten bei den Koalitionsparteien nur wenig Interesse, das eigene geschichtliche Handeln politisch zu hinterfragen.

Bündnis 90/Die Grünen wollten mit dieser Reihe das beredete Schweigen der rot-roten Koalition zur DDR-Geschichte und zum SED-Unrecht durchbrechen. Natürlich haben wir uns bei der Konzeption der Veranstaltungen in besonderer Weise dem großen Engagement und der historischen Leistung der BürgerrechtlerInnen der DDR verpflichtet gefühlt. Auch haben wir diese Reihe sehr bewusst vor dem Jubeljahr 2009 initiiert. Es ging uns primär um Einblicke in das Alltagsleben in der DDR, nicht um die Bewertung des Mauerfalls.

Wir haben viele Facetten der politischen Steuerung des DDR-Alltags kennen gelernt, von der Sozial-, Bildungs- und Jugendpolitik über die Umweltpolitik, den Umgang mit Ausländern, mit SchriftstellerInnen und KünstlerInnen bis hin zur Rolle der Einheitspartei SED und ihrer Einflussnahme auf die westberliner Politik. Deutlich wurde dabei, in welchem Maße die DDR zum einen eine Erziehungsdiktatur und zum anderen eine Fürsorgediktatur war. Wie nicht anders zu erwarten, waren die Blickwinkel der Podiumsgäste auf die DDR-Geschichte sehr verschieden und natürlich ausschnitthaft.

Wolf Biermann hat seinen unversöhnlichen Hass auf die SED und die Linkspartei dargestellt. Marianne Birthler, Werner Schulz und Katrin Göring-Eckardt haben die Linkspartei eindringlich zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit der Schuld der SED aufgefordert und darauf hingewiesen, dass dies nicht durch formelhafte Selbst-Entschuldigungen geleistet werden kann, sondern nur durch konkrete, den Opfern gegenüber ausgesprochene Bitten um Entschuldigung. Denn entschuldigen können nur die Opfer – man kann sich nicht einfach selbst freisprechen von der Verantwortung des eigenen Tuns und der historischen Verantwortung der Partei.

Katrin Göring-Eckardt hat auch dargelegt, wie wesentlich die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht für die aktive Mitgestaltung der Demokratie im vereinigten Deutschland ist. Demokratie und Freiheit sind mehr als Reisen und Konsum, während man der untergegangenen sozialistischen Diktatur nachtrauert.

Zu einer Reihe von grundlegenden Fragen gab und gibt es sehr unterschiedliche Positionen:

War die DDR ein Unrechtsstaat? Wieweit ist der Vergleich des SED-Regimes mit dem Nationalsozialismus erlaubt oder unzulässig? Gab es eine Krise der DDR und woran ist die DDR gescheitert? Woher kommt die heute weit verbreitete Verklärung der DDR-Zeit?

Die Veranstaltungen haben gezeigt, dass es nach wie vor völlig gegensätzliche Antworten und Positionen zu diesen Fragen gibt. Das bedeutet, dass wir in Ost und West und in allen politischen Gruppierungen noch viel zu tun haben, um zu einer gesellschaftlichen Verständigung über die gemeinsame Geschichte, Gegenwart und Zukunft zu kommen.

Berlin, im März 2010



Franziska Eichstädt-Bohlig, MdB



Andreas Otto, MdB



Alice Ströver, MdB

Literaturverzeichnis

- Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Hg.): Diesseits und jenseits der Mauer: überwachen, unterdrücken, spionieren, Berlin 1998
- Büscher, Wolfgang: Stadt der Spione [West-Berlin], in: ZEITmagazin Nr. 31/2009, S. 18-21
- Dahn, Daniela: Wehe dem Sieger. Ohne Osten kein Westen, Reinbek 2009
- Demke, Elena/Schüle, Annegret (Hg.): Ferne Freunde - nahe Fremde. Ausländer in der DDR / Berlin, Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin 2006
- Engert, Jürgen: Mein Gott Berlin. Von der Elbe an die Spree: Ein deutscher Lebensweg, Stuttgart/Leipzig 2001
- Faber, Elmar: Fort ins gelobte Land, Bottighofen am Bodensee 1993
- Faber, Elmar: Die Allmacht des Geldes und die Zukunft der Phantasie – Betrachtungen zur Bücherwelt, Leipzig, 2003
- Fricke, Karl Wilhelm/Ehlert, Gerhard: Entführungsaktionen der DDR-Staatssicherheit und die Folgen für die Betroffenen, in: Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg. Deutscher Bundestag, Baden-Baden 1999, Band VIII/2, S. 1169-1208
- Geipel, Ines/Petersen, Andreas: Black Box DDR: unerzählte Leben unterm SED-Regime, Wiesbaden 2009
- Herbstritt, Dr. Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007
- Höpcke, Klaus: Über linke Heimatliebe: Texte um die Jahrtausendwende, Berlin 2008
- Jarausch, Konrad H.: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004
- Jesse, Eckhard (Hg.): Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006
- Jordan, Carlo/Kloth, Hans Michael: Arche Nova. Opposition in der DDR. Das »Grün-ökologische Netzwerk Arche« 1988-1990, Berlin 1995
- Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999
- Kühn, Detlef: Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit, 2., stark überarbeitete Auflage. Berlin 2008
- Loest, Erich: Nikolaikirche, München 1997
- Mez, L./Jänicke, M./Pöschk, J.: Die Energiesituation in der vormaligen DDR, Berlin 1991
- Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Berlin 1998
- Müller-Enbergs, Helmut: Fleißiger SPD-Mann - IM »Sens«. Hans Kohlberger (Berlin) spionierte auch Willy Brandt aus, in: Gerbergasse 18, Nr. 39/2005, S. 21-22
- Schabowski, Günter: Der Absturz, Berlin 1991
- Schabowski, Günter/Sieren, Frank: Wir haben fast alles falsch gemacht : die letzten Tage der DDR ; Günter Schabowski im Gespräch mit Frank Sieren, Berlin 2009
- Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 1998 und 2000
- Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, Stamsried 2008
- Schroeder, Klaus/Staadt, Jochen: Im Westen nichts Neues? Dokumentation zur Diskussion um den Einfluss von SED, FDJ und MfS auf die Freie Universität Berlin (= Arbeitspapiere des Forschungsverbundes), Berlin 1995
- Schröter, Ulrike/Ullrich, Renate: Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR, 2004
- Schröter, Ulrike/Ullrich, Renate/Ferchland, Rainer: Patriarchat in der DDR. Nachträgliche Entdeckungen in DFD-Dokumenten, DEFA-Dokumentarfilmen und soziologischen Befragungen, 2009
- Schulz, Werner: Was gärt, wird Wut, in: Conze, Eckart: Die Demokratische Revolution 1989 in der DDR, Böhlau Verlag 2009
- Staadt, Jochen: Inoffizielle MfS-Mitarbeiter in West-Berlin, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 1(1996)2, S. 121-123
- Wolle, Dr. Stefan: Die Heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR, 3. Aufl. 2009

ModeratorInnen der Veranstaltungen

Franziska Eichstädt-Bohlig, geboren 1941 in Dresden, ist Architektin und Stadtplanerin und gehört seit 2006 der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin an. Von 1994 bis 2005 war sie Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Die Grünen-Politikerin ist eine der InitiatorInnen der Veranstaltungsreihe »Schön war die Zeit...?«

Christian Booß, geboren 1952 in West-Berlin, ist Historiker und Journalist. 1989 war er Korrespondent des SFB-Hörfunk in der DDR, später in Brandenburg, dann Hauptstadt-Korrespondent. Von 1994 bis 2000 hat er beim ORB-Fernsehmagazin »Klartext« gearbeitet. 2001 wurde er Pressesprecher der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU). Derzeit ist er wissenschaftlicher Projektbeauftragter bei der BStU.

Jürgen Engert, geboren 1954 in Dresden, war Chefredakteur einer Westberliner Boulevard-Zeitung. 1980 wechselte er zum Sender Freies Berlin (SFB) und war lange Jahre der Chefredakteur des Senders. Nach dem Mauerfall hat er das ARD-Hauptstadtstudio mit aufgebaut und geleitet. Am 9. November 1989 war Jürgen Engert einer der Journalisten, die den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl bei einem Staatsbesuch in Warschau begleiteten. Als die Nachricht vom Mauerfall eintraf, ist er sofort nach Berlin aufgebrochen.

Brigitte Fehrl wurde 1954 in Stuttgart geboren und ist stellvertretende Chefredakteurin der Berliner Zeitung. Sie hat Politologie studiert und lange Jahre für die taz gearbeitet. In der taz-Redaktion hat sie auch den Tag des Mauerfalls erlebt. Später war sie eine der vielen Feiernden an der Bornholmer Straße

Dr. Sibyll Klotz, geboren 1961 in Berlin, war Mitbegründerin des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV). Sie war von 1991 bis 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses, erst für die UFV, dann für die Alternative Liste, später für Bündnis 90/Die Grünen. Seit 2006 ist sie Bezirksstadträtin in Tempelhof-Schöneberg. Am 9. November war sie bei sich zu Hause in Berlin-Weißensee.

Andreas Otto ist 1962 in Templin (Uckermark) geboren. Er ist seit 2006 Mitglied der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin und einer der Initiatoren der Reihe »Schön war die Zeit...?«. Er hat 27 Jahre lang im SED-Staat gelebt. 1989 hat er bei der Aufdeckung der Wahlfälschung geholfen und war bei den Demonstrationen auf der Straße. Am Tag des Mauerfalls war er erst auf einer Bildungsdebatte im Haus des Lehrers, dann ist er über die Friedrichstraße in den Westteil der Stadt gegangen.

Hans-Georg Soldat ist 1935 in Königsberg geboren. Nach seiner Flucht in den Westen hat er in Berlin als freier Mitarbeiter der BBC, des WDR und NDR gearbeitet. Er hat beim Tagesspiegel volontiert und war anschließend dort Redakteur. Von 1967 bis 1994 war er Literaturredakteur im RIAS, wodurch er sich jahrzehntelang hauptberuflich auch mit DDR-Literatur beschäftigt hat. Zur Zeit des Mauerfalls war Hans-Georg-Soldat in Kenia.

Alice Ströver, geboren 1955 in Hannoversch Münden im südniedersächsischen »Zonenrandgebiet«, ist Kommunikationswissenschaftlerin und Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin. Sie ist eine der InitiatorInnen der »Schön war die Zeit...?«-Reihe. Als die Mauer fiel, leitete sie eine Sitzung der Alternativen Liste, die sie auch angesichts der aktuellen Ereignisse nicht abgebrochen hat.

Peter Wensierski, Journalist (»Der Spiegel«), zusammen mit Wolfgang Büscher Autor des 1984 erschienenen Buchs »Null Bock auf DDR – Aussteigerjugend im anderen Deutschland«.

SCHÖN WAR DIE ZEIT ...?**AUFKLÄREN STATT VERKLÄREN: ALLTAG UND UNRECHT IN DER DDR****Impressum****Herausgeberin**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10111 Berlin

Tel.: 030/23 25-2400

E-Mail: gruene@gruene-fraktion-berlin.de

Internet: www.gruene-fraktion-berlin.de

Redaktion

Franziska Eichstädt-Bohlig (MdB), Andreas Otto (MdB),
Alice Ströver (MdB)
Djuke Nickelsen (V.i.S.d.P.)
Jochen Aulbach, Christiane Schubert

Gestaltung und Produktion

KOMPAKTMEDIEN –
Die Kommunikationsbereiter GmbH
Torstraße 164, 10115 Berlin
www.kompaktmedien.de

Druck

StieberDruck GmbH, Lauda-Königshofen
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Auflage

3 000 Exemplare

Redaktionsschluss

März 2010

Diese Broschüre darf nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.

Bilder

Titel - Robert Pelz, Seite 4 - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, Seite 5 - Freie Universität Berlin, Seite 6 - Rainer Sturm/pixelio.de, Seite 11 - flickr.com/tillwe, Seite 20 - flickr.com/gynti_46, Seite 24 - flickr.com/jack_of_hearts_398, Seite 31 - flickr.com/Lutz Schramm, Seite 37 - flickr.com/sludgegulper, Seite 45 - flickr.com/Danny, Seite 51 - fotolia.com/PANORAMO.de, Seite 57 - flickr.com/sludgegulper, Seite 63 - flickr.com/The_Voice_Of_Objective_Truth, Seite 69 - H.Brauer/adpic.de, Seiten 70 und 75 - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ines Geipel, Hans-Georg Soldat, Christoph Hein



Jochen Staadt



Wolfgang Mitzinger, Franziska Eichstädt-Bohlig,
Martin Jänicke



Thomas Krüger



Ulrike Poppe



Wolfgang Wieland

